



HESSISCHER LANDTAG

14. 05. 2024

8. Sitzung

Wiesbaden, den 14. Mai 2024

Inhalt

Amtliche Mitteilungen	405	Frage 22	410
<i>Entgegengenommen</i>	408	Yanki Pürsün	410, 411, 411
Präsidentin Astrid Wallmann	405, 406	Ministerin Diana Stolz	410, 410, 411, 411, 411
Bürgermeister Hartmut Spogat	405	Sabine Bächle-Scholz	410
Kevin Wathling	406	Kim-Sarah Speer	411
Franziska Wathling	406		
Ingo Schon	408		
13. Entschließungsantrag		Frage 23	411
Fraktion der CDU, Fraktion der SPD		Yanki Pürsün	411, 412, 412
Kein Platz für Antisemitismus und Rassismus an hessischen Schulen – Fokus auf Wertevermittlung, Demokratieverziehung und politische Bildung legen		Ministerin Diana Stolz	411, 412, 412, 412, 413
– Drucks. 21/361 –.....	408	Max Schad	412
<i>Zurückgezogen</i>	408	Maximilian Bathon	412
1. Fragestunde		Frage 26	413
– Drucks. 21/360 –.....	408	Daniel May	413, 414, 414
<i>Abgehalten</i>	421	Minister Armin Schwarz	413, 413, 414, 414
		Heiko Scholz	413
Frage 21	408	Frage 27	414
Moritz Promny	408, 409	Daniel May	414, 414, 415
Minister Christian Heinz	408, 409, 409, 410	Minister Armin Schwarz	414, 414, 415
Martina Feldmayer	409		
Frederik Bouffier	410		

Frage 28	415	Minister Kaweh Mansoori	421
Pascal Schleich	416, 416	Andreas Lichert	425
Minister Prof. Dr. Roman Poseck	416, 416, 416	Heiko Kasseckert	428
Sandra Weegels	416	Kaya Kinkel	431
		Dr. Stefan Naas	434
		Tobias Eckert	437
		Oliver Stirböck	440
Frage 29	416		
Sascha Meier	416	44. Dringlicher Entschließungsantrag	
Minister Armin Schwarz	417, 417	Fraktion der CDU, Fraktion der SPD,	
Daniel May	417	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,	
		Fraktion der Freien Demokraten	
Frage 32	417	Kein Platz für Antisemitismus und Rassismus an hessischen Schulen – Fokus auf Wertevermittlung, Demokratieverziehung und politische Bildung legen	
Julia Herz	417, 418	– Drucks. 21/558 –	440
Minister Armin Schwarz	417, 418, 418	<i>Angenommen</i>	446
Daniel May	418	Christian Wendel	440
		Wiebke Knell	441
Frage 33	419	Nina Heidt-Sommer	442
Gerhard Bärsch	419, 420, 421	Lothar Mulch	443
Ministerin Diana Stolz	419, 420, 420, 421, 421	Sascha Meier	444
Jennifer Gießler	420	Minister Armin Schwarz	445
Maximilian Bathon	421		
<i>Anlage</i>	456	5. Erste Lesung	
<i>Die Fragen 63, 65 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 35, 36, 38 bis 43, 45 bis 51, 54, 56 bis 60, 62 und 64 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.</i>		Gesetzentwurf	
		Fraktion der Freien Demokraten	
2. Regierungserklärung		Gesetz zur Einrichtung eines Hessischen Normenkontrollrats (Bürokratieabbagesetz)	
Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum		– Drucks. 21/481 –	446
Wohlstand und Zusammenhalt – gemeinsam für einen starken hessischen Standort	421	<i>Dem Europaausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum, mitberatend, überwiesen</i>	455
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	440	Dr. Stefan Naas	446
		Peter Franz	448
42. Dringlicher Antrag		Jürgen Frömmrich	449, 452
Fraktion der Freien Demokraten		Patrick Schenk (Frankfurt)	450, 452
Zeit für eine Wirtschaftswende in Hessen: Flughafen und Finanzplatz stärken, Bürokratie dickicht lichten		Stephan Grüger	453
– Drucks. 21/551 –	421	Minister Manfred Pentz	453
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum überwiesen</i>	440		

Anwesenheit

Im Präsidium:

Präsidentin Astrid Wallmann
Vizepräsidentin Angela Dorn
Vizepräsident René Rock

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Boris Rhein
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum Kaweh Mansoori
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung
und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Manfred Pentz
Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz Prof. Dr. Roman Poseck
Minister der Finanzen Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Minister der Justiz und für den Rechtsstaat Christian Heinz
Minister für Kultus, Bildung und Chancen Armin Schwarz
Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur Timon Gremmels
Ministerin für Digitalisierung und Innovation Prof. Dr. Kristina Sinemus
Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat Ingmar Jung
Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege Diana Stolz
Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales Heike Hofmann
Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei Benedikt Kuhn
Staatssekretär Tobias Rösmann
Staatssekretär Umut Sönmez
Staatssekretärin Karin Müller
Staatssekretär Martin Rößler
Staatssekretär Uwe Becker
Staatssekretärin Tanja Eichner
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretär Christoph Degen
Staatssekretär Stefan Sauer
Staatssekretär Michael Ruhl
Staatssekretärin Dr. Sonja Optendrenk
Staatssekretärin Manuela Strube

Abwesende Abgeordnete:

Dirk Bamberger
Andreas Lobenstein
Sebastian Sack

(Beginn: 14:09 Uhr)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich die 8. Plenarsitzung des Hessischen Landtages eröffne, komme ich zu einer lieb gewonnenen Tradition im Hessischen Landtag: der Begrüßung des amtierenden Hessentagspaares und des Bürgermeisters der Hessentagsstadt.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist mir und es ist uns eine ganz besondere Freude, heute im Hessischen Landtag das diesjährige Hessentagspaar, Frau Franziska Wathling und Herrn Kevin Wathling, begrüßen zu dürfen, das den 61. Hessentag unter dem Motto „Eine Stadt voller Leben“ in der Zeit vom 24. Mai bis 2. Juni 2024 in Fritzlar vertreten wird.

(Allgemeiner Beifall)

Sie sind auch nicht allein gekommen. Sie werden begleitet vom Fritzlarer Bürgermeister Hartmut Spogat. Seien Sie uns alle drei sehr herzlich willkommen. Schön, dass Sie heute hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, Sie merken es auch: Der Hessische Landtag spürt eine große Verbundenheit mit dem Hessentag.

Gerade in Zeiten großer Herausforderungen und vieler Krisen sehnen sich die Menschen nach Zusammenhalt und Verbundenheit. Diesem Gedanken folgt seit jeher der Hessentag, das Fest der Hessinnen und Hessen sowie aller, die dazugehören wollen. Der Hessentag ist ein gemeinschaftsbildendes, friedliches und fröhliches Großereignis, das zehn Tage lang mehrere Hunderttausend Menschen zusammenbringt. Ich wünsche mir und ich wünsche uns allen, dass es auch in diesem Jahr wieder ein unbeschwertes Fest bei bestem Wetter wird.

(Allgemeiner Beifall)

Nun darf ich Ihnen, lieber Herr Bürgermeister Spogat, für ein Grußwort das Wort erteilen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Hartmut Spogat, Bürgermeister der Hessentagsstadt Fritzlar:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, lieber Herr Ministerpräsident, verehrte Abgeordnete des Hohen Hauses und Gäste! Auch wir danken sehr herzlich, dass wir heute hier vor Ihnen sprechen dürfen und die Einladung für den 61. Hessentag in der Dom- und Kaiserstadt aussprechen dürfen, eine mittelalterliche Stadt in Nordhessen. Das sage ich bewusst den Südhessen. Sie fahren 2:05 Stunden, wenn Sie in einem flotten Fahrzeug unterwegs sind. Ansonsten darf ich auch sagen: Wir sind gut angebunden.

Wir sind in Fritzlar der Hessentag der kurzen Wege. Das ist wichtig zu wissen, wenn wir zusammenkommen wollen. Wie Sie es eben formuliert haben: Der Hessentag ist in Fritzlar auf andere Beine gestellt worden. Er ist ein nachhaltiger Hessentag, er wird kurze Wege haben, und die Menschen sollen im Vordergrund stehen. Wir wollen auf dem 61. Hessentag einen Ort der Begegnung schaffen.

Vor 50 Jahren durften wir schon einmal den Hessentag feiern, 1974, und in neun Tagen ist es so weit. Da wollen

wir Sie alle bei uns in den Ederauen wiedersehen, im Treffpunkt Hessen in der ehemaligen Landesausstellung, dort, wo Sie die Kontakte mit den Bürgern führen können, führen wollen und auch führen müssen. Das ist in dieser Zeit besonders wichtig. Wir haben Veranstaltungsflächen in den Ederauen, eingebunden in das schöne Grün, das wir jetzt im Monat Mai entdecken dürfen.

Dann kommen Sie bitte in unsere historische Altstadt, 1.300 Jahre alt. Das war für uns vor fünf Jahren der Anlass, uns wiederum um den Hessentag zu bewerben. Es ist gelungen. Wir sind in den Planungen so weit, dass wir nur noch Pfingsten arbeiten müssen, und dann sind die Feiertage herum. Dann können wir auch sagen, es kann losgehen.

Wir freuen uns alle auf Sie. Sie werden sehen, die „Stadt voller Leben“ hat viel zu bieten. Auch mit Bus und Bahn können Sie gut anreisen. Ich sage Ihnen, nach einem stressigen Tag oder der Kabinettsitzung, die Sie bei uns in der Stadthalle durchführen werden, werden Sie ungefähr 220 Meter zum Weindorf haben. Wenn Sie dann noch in die Stadtmitte gehen, noch einmal 300 Meter, sind Sie im Bierdorf und dann beim Rathaus. Da arbeite ich.

Von daher: Uns geht es in Fritzlar gut. Wir leben in Nordhessen in einem ländlichen Raum; das werden Sie feststellen.

Liebe Frau Landtagspräsidentin, Sie haben eine anstrengende Sitzungswoche vor sich. Wir werden Ihnen die Ahle Wurscht näherbringen. Die Ahle Wurscht ist ein geschütztes Produkt, eine lokale Marke in Nordhessen, mit einer besonderen Rezeptur. Wir werden dort mit dem Deutschen Fleischer-Verband auch eine Preisverleihung vornehmen.

Liebe Frau Wallmann, ich möchte Ihnen, weil Sie die Sitzung leiten müssen – bei 133 Abgeordneten braucht man in den nächsten Tagen viel Kraft –, erst einmal die Ahle Wurscht überreichen. Viel Kraft dabei und guten Erfolg,

(Allgemeiner Beifall)

ein kleiner Gruß von den Fleischern Nordhessens, von den Fleischern in der Region Fritzlar.

Für Sie, sehr geehrte Abgeordnete, wird hier ein Notizblock hinterlegt, sodass Sie sich Ihre Notizen zum Hessentag machen können, mit dem sympathischen Blick unseres Hessentagspaares, also dem Gesicht des Hessentagspaares, und der Stadt Fritzlar. Natürlich liegt auch ein nachhaltiger Kugelschreiber – auch daran haben wir gedacht – für Sie bereit als Einladung, ab dem 24. Mai mindestens zehn Tage bei uns zu bleiben.

Wenn Sie fleißig sind und uns helfen wollen: Am elften Tag ist das Helferfest. Da dürfen Sie auch gerne kommen.

Die „Stadt voller Leben“ freut sich auf Sie. Wir freuen uns, Sie in Fritzlar begrüßen zu dürfen. Vielen Dank, dass wir heute hier sein und Werbung machen dürfen für unseren Hessentag in der „Stadt voller Leben“. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, lieber Herr Bürgermeister Spogat. Das war ein sehr gelungener Werbeblock. Wir haben es, glaube ich, alle verstanden: Ab dem 24. Mai führen alle Wege nach Fritzlar. Wir freuen uns, wenn wir dort sein können. Wir

werden uns dort alle wiedersehen. Ganz herzlichen Dank für Ihr Grußwort.

Jetzt darf ich das Hessentagspaar ebenfalls um sein Grußwort bitten. Liebe Frau Wathling, lieber Herr Wathling, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Kevin Wathling:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren hier im Landtag, liebe Gäste! Auch wir freuen uns sehr, dass wir als Hessentagspaar heute bei Ihnen zu Gast sein dürfen und damit kurz vor dem großen Landesfest sozusagen die perfekte Möglichkeit haben, noch einmal Werbung zu machen. Vielen Dank für die Einladung.

Franziska Wathling:

Nun hat Ihnen die Landtagspräsidentin zwar schon unsere Namen genannt. Aber als offizielle Repräsentanten des Hessentages in Fritzlar sind wir gerne bereit, auch noch ein bisschen aus dem privaten Nähkästchen zu plaudern und etwas von uns zu erzählen.

Wie Sie nun schon wissen, sind wir Kevin und Franziska Wathling. In Bezug auf unsere aktuelle Nebentätigkeit gibt es allerdings eine kleine Besonderheit, und zwar sind wir im richtigen Leben auch ein Ehepaar.

(Beifall)

Kevin Wathling:

Wir stammen aus Fritzlar bzw. einem nur wenige Kilometer entfernten Ort und sind mit dieser wunderschönen Stadt von Kindertagen an tief verbunden. Mittlerweile haben wir selbst eine Familie gegründet und leben natürlich in Fritzlar.

Die traditionsreiche und dennoch moderne Kleinstadt mit ihrem historischen Marktplatz, stattlichen Fachwerkhäusern, dem imposanten Dom und natürlich all unseren Verwandten, Freunden und Bekannten liegt uns einfach am Herzen. Von daher mussten wir auch nicht lange überlegen, als der Aufruf zur Bewerbung als Hessentagspaar erfolgte. Wir haben es getan, und deswegen stehen wir heute vor Ihnen als Hessentagspaar der Stadt Fritzlar.

(Beifall)

Franziska Wathling:

Für uns stellt sich dieses Amt als eine große Ehre dar, und die sich daraus ergebenden Pflichten nehmen wir natürlich gerne wahr. Hierzu zählt auch das Tragen der Spitzbetzeltracht, die wir beim heutigen Besuch natürlich auch angezogen haben. Dabei handelt es sich um eine regionale dörfliche Bekleidung, die im 19. Jahrhundert in Niederhessen und unter anderem auch im Altkreis Fritzlar-Homberg und in den Randgebieten getragen wurde. Ihren Namen verdankt diese Tracht der Kopfbedeckung, der Spitzbetzel.

Kevin Wathling:

Wissen Sie, wo unsere Tracht am allerbesten zur Geltung kommt? Sie werden es ahnen, richtig: in unserer Heimatstadt Fritzlar, inmitten der beeindruckenden Fachwerkkulisse. Das wäre also schon ein guter Grund, um den Weg nach Nordhessen anzutreten.

Aber es gibt noch zwei weitere. Wissen Sie, was das Beste daran ist? Sie können alle drei Dinge miteinander in Einklang bringen; denn im Zeitraum vom 24. Mai bis zum 2. Juni können Sie uns in dieser wunderschönen Tracht beim Hessentag und den Feierlichkeiten zum 1.300. Jubiläum der Stadt Fritzlar begutachten. Wir meinen, das sind wirklich sehr gute Gründe, um die kurze Reise aus dem beschaulichen Wiesbaden nach Nordhessen auf sich zu nehmen. Oder etwa nicht?

(Heiterkeit und Beifall)

Franziska Wathling:

Sehr verehrte Damen und Herren, wir laden Sie ganz herzlich in die Dom- und Kaiserstadt Fritzlar ein, um gemeinsam mit Ihnen, ganz vielen anderen Menschen aus Hessen und den angrenzenden Bundesländern zehn Tage lang feiern zu können. Kommen Sie, und beurteilen Sie selbst, ob unser Motto zutreffend ist: Fritzlar, „eine Stadt voller Leben“. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Lieber Herr Bürgermeister, liebes Ehepaar Wathling, ich kann Ihnen zusichern: Wir alle werden sehr gerne die kurze Reise aus Wiesbaden und aus anderen Orten Hessens auf uns nehmen, um Sie in Fritzlar wiederzutreffen.

Wir freuen uns sehr, dass Sie heute hier sind. Ich komme jetzt noch kurz in den Plenarteller, um Sie offiziell zu verabschieden und Ihnen noch ein paar wenige Geschenke zu überreichen. Wir freuen uns, Sie ab dem 24. Mai 2024 in Fritzlar zu sehen. Es ist schön, dass Sie heute hier sind. Ganz herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall – Präsidentin Astrid Wallmann überreicht dem Hessentagspaar und dem Bürgermeister Geschenke. – Es wird ein Foto mit dem Hessentagspaar, dem Bürgermeister und Präsidentin Astrid Wallmann angefertigt. – Allgemeiner Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 8. Plenarsitzung des Hessischen Landtages und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, soeben haben wir noch das Hessentagspaar voller Vorfreude auf das Fest bei uns begrüßen dürfen. Doch leider liegen Freude und Trauer mitunter eng beieinander. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie daher bitten, sich für zwei Nachrufe von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Wir wollen heute des ehemaligen Landtagsabgeordneten Hans Michael Maus gedenken, der am 6. April 2024 im Alter von 80 Jahren verstorben ist. Er wurde am 12. August 1943 in Wiesbaden geboren.

Herr Maus absolvierte eine Ausbildung zum Dreher und erlangte noch während seiner Ausbildung über den zweiten Bildungsweg die Fachhochschulreife. Nach einer REFA-Ausbildung arbeitete er drei Jahre als technischer Angestellter, anschließend war er von 1972 bis 1998 Betriebsratsvorsitzender.

Im Jahr 1991 wurde Herr Maus Abgeordneter des Hessischen Landtages, dem er bis April 2003 als Mitglied der SPD-Fraktion angehörte. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, im Ausschuss für Wirtschaft und Technik, im Ausschuss für Wirtschaft sowie im Sozialpolitischen Ausschuss.

Überdies engagierte sich Herr Maus viele Jahrzehnte in der Wiesbadener Kommunalpolitik. Er war Stadtverordneter in der Zeit von 1977 bis 1991. Sechs Jahre davon war er Fraktionsvorsitzender.

Wir werden Herrn Maus ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt in dieser schweren Zeit seiner Familie.

Wir haben leider einen weiteren Todesfall zu beklagen. Am 10. April 2024 verstarb der frühere Abgeordnete Hans-Joachim Schulze mit 87 Jahren. Herr Schulze wurde am 6. Oktober 1936 im heute zu Polen gehörenden Danzig geboren. Nach seinem Abitur in Petershagen studierte er in Aachen Maschinenbau und in Würzburg Betriebswirtschaftslehre. Anschließend war er in Unternehmen der Gießerei-Industrie tätig, zuletzt als Prokurist in Battenberg an der Eder. Von 1974 bis 1982 war er hauptamtlicher Kreisbeigeordneter des Landkreises Waldeck-Frankenberg.

Herr Schulze war vom 1. Dezember 1982 bis zum 4. August 1983, vom 15. Januar 1985 bis zum 17. Februar 1987 und vom 28. April 1989 bis zum 4. April 1991 Mitglied des Hessischen Landtages. In der 11. und 12. Wahlperiode war er Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technik. Nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag engagierte sich Herr Schulze in Thüringen, wo er ab dem Jahr 1991 fünf Jahre lang als Leiter der Landesvertretung die dortigen Verbände der Ersatzkassen aufzubauen half. In dieser Funktion war er auch Gründungsmitglied des Thüringer Medizinischen Dienstes der Krankenkassen.

Wir werden Herrn Schulze ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt in dieser schweren Zeit den Angehörigen des Verstorbenen.

(Schweigeminute)

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Sie darüber informieren, dass der Ältestenrat in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, dass der fraktionslose Abgeordnete Dirk Gaw, seinem Wunsch entsprechend, in der 21. Wahlperiode im Innenausschuss beratend tätig sein wird. Damit verbunden ist kein Stimmrecht, jedoch ein Rede- und Antragsrecht.

Auf Ihren Plätzen verteilt, finden Sie den Terminplan 2024. Ich freue mich, Ihnen den Terminplan 2024 nicht nur im bekannten Taschenkalenderformat, sondern auch im neuen Scheckkarten-Design präsentieren zu können.

(Vereinzelter Beifall)

– Ich sehe durchwachsene Resonanz. Wir werden das noch einmal in der Runde der parlamentarischen Geschäftsführer ansprechen.

(Vereinzelte Heiterkeit und Beifall)

Sonst wird es ihn im nächsten Jahr nicht mehr geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie noch darüber informieren, dass Frau Heike Hofmann ihr Landtagsmandat mit Ablauf des 31. März 2024 niedergelegt hat. Für die ausgeschiedene Abgeordnete ist gemäß § 40 Absatz 1 Landtagswahlgesetz Herr Rüdiger Holschuh Abgeordneter des Hessischen Landtages geworden. Die Feststellung über die Nachfolge nach § 40 Absatz 5 Satz 1 Landtagswahlgesetz hat der Landeswahlleiter am 1. April 2024 getroffen.

Sehr geehrter, lieber Herr Abgeordneter Holschuh, ich begrüße Sie zurück im Hessischen Landtag. Wir freuen uns auf die Weiterführung der guten Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Hinsichtlich der Tagesordnung darf ich auf Folgendes hinweisen. Die Tagesordnung vom 8. Mai 2024 sowie der Nachtrag vom heutigen Tag liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag der Tagesordnung zu den Tagesordnungspunkten 32 bis 36 entnehmen können, sind fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Nach § 32 Absatz 6 der Geschäftsordnung beträgt die Aussprache für jeden zulässigen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde fünf Minuten je Fraktion. Die Aktuellen Stunden werden, wie gewohnt, am Donnerstag ab 9 Uhr aufgerufen.

Eingegangen und elektronisch verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend Klimaschutz tanken – Verbrenner erhalten – HVO-Diesel ist gut für den Automobilstandort Hessen und für den Fuhrpark des Landes, Drucks. 21/536. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 37 und kann, wenn niemand widerspricht, vereinbarungsgemäß zusammen mit Tagesordnungspunkt 15, dem Setzpunkt der Fraktion der AfD, aufgerufen werden.

Weiter eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend Zeit für eine Wirtschaftswende in Hessen: Flughafen und Finanzplatz stärken, Bürokratiedickicht lichten, Drucks. 21/551. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 42 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 2, der Regierungsklä rung, aufgerufen werden.

Weiter eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD betreffend Landesregierung erstellt umfassendes Gesamtkonzept zur Entlastung des Wohnungsmarkts, Drucks. 21/557. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 43 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 18, dem Setzpunkt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aufgerufen werden.

Weiter eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Freien Demokraten betreffend kein Platz für Antisemitismus und

Rassismus an hessischen Schulen – Fokus auf Wertevermittlung, Demokratieerziehung und politische Bildung legen, Drucks. 21/558. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 44 und kann vereinbarungsgemäß heute nach der Regierungserklärung aufgerufen werden.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD unter **Tagesordnungspunkt 13**, Drucks. 21/361, wurde zurückgezogen.

Weiter eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Freien Demokraten betreffend an der Seite Israels: für Freiheit und Sicherheit jüdischen Lebens, dort wie hier, und Frieden im Nahen Osten, Drucks. 21/559. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 45 und wird am Mittwoch vor der Mittagspause aufgerufen.

Weiterhin auf Ihren Plätzen verteilt sind die abgegebenen Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses vom gestrigen Tage unter den Tagesordnungspunkten 38 bis 41. Die Beschlussempfehlungen können, wenn niemand widerspricht, morgen Abend im Abstimmungsblock mit den übrigen Beschlussempfehlungen ohne Aussprache abgestimmt werden.

Damit kommen wir zur Feststellung der Tagesordnung für die 8., 9. und 10. Sitzung mit den eben besprochenen Änderungen und Ergänzungen. Gibt es Einwände? – Dann ist die Tagesordnung so genehmigt.

Wir beginnen im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen mit Tagesordnungspunkt 1, der Fragestunde, Drucks. 21/360. Nach dem vorliegenden Ablaufplan tagen wir heute voraussichtlich bis 19 Uhr.

Begrüßen möchte ich, wie immer, die Besucherinnen und Besucher des Hessischen Landtages auf der Besuchergalerie. Schön, dass Sie heute hier sind.

Die hinter mir befindlichen Persönlichkeiten für das Kunstwerk „Himmel über Hessen. Licht-gestalten“ sind dieses Mal von Schülerinnen und Schülern der Wöhlerschule aus Frankfurt im Rahmen des vom 12. bis 14. März 2024 abgehaltenen Seminars „Im Zentrum der Landespolitik“ ausgewählt worden. Diese sind: Theodor W. Adorno, Fritz Bauer, Georg Büchner, Anne Frank, Clara Schumann, Elisabeth Selbert und Johann Christian Senckenberg.

Wir kommen nun zu den Entschuldigungen. Entschuldigt fehlen heute ganztägig die Abgeordneten Andreas Lobenstein und Sebastian Sack. Ich darf fragen, ob es weitere Entschuldigungen gibt. – Herr Schon, bitte schön.

Ingo Schon (CDU):

Frau Präsidentin, ich darf den Abgeordneten Bamberger krankheitsbedingt entschuldigen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, das habe ich notiert. – Ich darf fragen, ob es weitere Entschuldigungen gibt. – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu Geburtstagen. Ich darf im Namen des gesamten Hauses Herrn Abgeordneten Volker Richter

von der AfD-Fraktion gratulieren. Ich hoffe, dass ich es auch sagen darf: Sie sind 60 Jahre alt geworden. Ich darf Herrn Abgeordneten Mathias Wagner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr herzlich zu 50 Jahren gratulieren, Herrn Abgeordneten Arno Enners von der AfD-Fraktion zu 60 Jahren und Frau Abgeordneter Tanja Jost von der CDU-Fraktion zu 50 Jahren. Ich durfte das sagen, weil man es Ihnen allen nicht ansieht.

(Heiterkeit)

Nachträglich herzlichen Glückwunsch zu Ihren Geburtstagen. Wir wünschen Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Abschließend möchte ich auf den parlamentarischen Abend der Deutschen Automatenwirtschaft und des Hessischen Münzautomaten-Verbandes hinweisen, der ab 20 Uhr im Restaurant Lumen stattfinden wird.

Wir sind damit am Ende der amtlichen Mitteilungen.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde

– **Drucks. 21/360** –

Ich rufe die **Frage 21** auf und darf Herrn Abgeordneten Moritz Promny von den Freien Demokraten das Wort erteilen.

Moritz Promny (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, ich frage die Landesregierung:

Wie viele Verurteilungen gab es im Vergleich zur Anzahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren im Jahr 2023 wegen Straftaten, die im Zusammenhang mit Hasskriminalität stehen, Bezug nehmend auf die Pressemitteilung des hessischen Innenministeriums vom 26.01.2024 zum vierjährigen Bestehen der Plattform „Hessen gegen Hetze“, wonach die Zahl der Meldungen im Jahr 2023 um mehr als das Dreifache im Vergleich zum Vorjahr auf 25.603 Meldungen stieg?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Promny. – Zur Beantwortung gebe ich das Wort an Herrn Staatsminister Heinz.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Promny, im Jahr 2023 sind von der Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ insgesamt knapp 2.150 Vorgänge mit möglicher strafrechtlicher Relevanz an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt, kurz: ZIT – Sie kennen sie –,

(Zustimmung Moritz Promny (Freie Demokraten))

weitergeleitet worden. Die übrigen Vorgänge mit möglicher strafrechtlicher Relevanz sind seitens der Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ unmittelbar an die Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet, kurz: ZMI, des Bundeskriminalamtes gesteuert worden, wo diese Meldungen in eigener Zuständigkeit weiterbearbeitet worden sind.

Von den eben genannten knapp 2.150 Meldungen hat die ZIT etwa 1.450 als strafrechtlich relevant erachtet und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und das Hessische Landeskriminalamt mit den Ermittlungen zur Identifizierung der Tatverdächtigen beauftragt. Bei den übrigen 700 Meldvorgängen hat die ZIT dagegen eine strafrechtliche Relevanz verneint, insbesondere, weil nach Einschätzung der dort tätigen Staatsanwälte im Rahmen einer Gesamtabwägung die Meinungsfreiheit der Äußernden überwogen hat.

In den etwa 1.450 von der ZIT eingeleiteten Ermittlungsverfahren konnten bislang knapp 420 Tatverdächtige aus ganz Deutschland – das ist wichtig – identifiziert werden. Damit auch eine örtlich zuständige Staatsanwaltschaft festgestellt werden konnte, sind diese Ermittlungsverfahren durch die ZIT an diese außerhessischen Staatsanwaltschaften abgegeben und von diesen übernommen worden.

Unter den identifizierten Tatverdächtigen befinden sich insgesamt 80 Tatverdächtige aus Hessen, gegen die Ermittlungsverfahren bei hessischen Staatsanwaltschaften eingeleitet worden sind. In knapp 170 Ermittlungsverfahren sind die Ermittlungen von ZIT und Hessischem Landeskriminalamt zur Identifizierung der Tatverdächtigen leider erfolglos geblieben und mangels verfügbarer Ermittlungsansätze bereits eingestellt worden.

In weiteren Verfahren konnten 300 Geschädigte als persönlich Betroffene identifiziert werden, um darüber eine örtliche Zuständigkeit einer Staatsanwaltschaft begründen zu können. In den übrigen knapp 560 Ermittlungsverfahren wird weiterhin ermittelt, um Tatverdächtige oder Geschädigte zu identifizieren und die Verfahren an die örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften abgeben zu können.

Soweit Ermittlungsverfahren gegen konkrete Beschuldigte bzw. zum Nachteil Betroffener außerhalb Hessens durch die ZIT an die örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften in anderen Bundesländern abgegeben und dort übernommen sowie in eigener Zuständigkeit weiterbearbeitet worden sind, liegen in Hessen keine Mitteilungen zu Verurteilungen oder Sachständen vor.

Von den etwa 80 Ermittlungsverfahren gegen Beschuldigte aus Hessen, die bei hessischen Staatsanwaltschaften geführt werden, ist etwa die Hälfte bereits mit einer Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft abgeschlossen worden. Bislang liegen in diesen Verfahren sieben rechtskräftige Urteile bzw. Strafbefehle mit Verurteilungen zu Geldstrafen vor. In weiteren knapp 20 Verfahren sind bereits Anklagen erhoben bzw. Anträge auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden.

Die übrigen bereits abgeschlossenen Verfahren sind etwa wegen geringer Schuld gegen Zahlung einer Geld- oder Arbeitsauflage bzw. nach Ableistung eines speziellen sozialen Trainingskurses mit dem Titel „Stop Hate“ gemäß § 153 und § 153a der Strafprozessordnung eingestellt worden.

In allen übrigen Ermittlungsverfahren dauern die Ermittlungen noch an.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Für eine Nachfrage hat sich die Abgeordnete Feldmayer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Sie haben das Wort.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Herr Minister, ich habe noch eine Frage bezüglich derjenigen, die bei dieser Plattform etwas melden. Werden die in jedem Fall auch informiert, wie es dann weitergeht, wenn gemeldet worden ist? Wie geschieht das?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Das lässt sich so generell nicht sagen. Wir haben ausdrücklich die Möglichkeit geschaffen, dass man auch anonym anzeigen kann. Das war politisch auch so gewünscht. Zur richtigen Einordnung muss man zwischen „Hessen gegen Hetze“, wo die anonyme Meldung möglich ist, was auch der Regelfall ist, wodurch auch generell keine Rückmeldung erfolgen kann, und den Onlinewachen – was dann allerdings die Polizei betrifft – unterscheiden, die aber in diesem Fragekomplex gar nicht erfasst sind. Das ist gesondert zu betrachten und ist nicht durcheinanderzuwerfen.

Im Fall von „Hessen gegen Hetze“ ist es so, dass sie im Regelfall keine Rückmeldung bekommen, weil sie nicht bekannt sind. Wenn sie ihre Identität angeben, dann kommt es immer darauf an, ob sie persönlich betroffen sind oder jemand anderes. Das kann man so allgemein nicht beantworten.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage hat sich noch einmal der ursprüngliche Fragesteller, Herr Promny von den Freien Demokraten, gemeldet. Sie haben das Wort.

Moritz Promny (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister, ich stelle vielleicht noch einmal kurz eine Frage dahin gehend: Sie haben sehr eindrücklich die große Diskrepanz zwischen der Zahl der Meldungen und der tatsächlichen Verurteilungen dargelegt. Bewerten Sie denn die Plattform „Hessen gegen Hetze“ damit als einen Erfolg?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben jetzt das Wort.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Es ist durchaus ein Erfolg; denn Sie müssen sehen – ich habe versucht, es sehr stark zu differenzieren –: Wir haben nur die konkreten hessischen Zahlen. Wenn Sie davon ausgehen, dass diese Plattform bundesweit genutzt wird – die Zahlen habe ich Ihnen genannt – und wir die Fälle überwiegend an andere Länder abgeben und dann keine Rückmeldung mehr zu den Verurteilungen bekommen, dann ist es so, dass Sie die Zahlen mindestens mal zehn, eher mal zwölf nehmen müssen, weil das entsprechend dem Königsteiner Schlüssel aufzugliedern ist. Also mindestens mal

zehn ist das zu nehmen. Das geben unsere Zahlen her. Wir gehen davon aus, dass in 90 % der Fälle dann auch in anderen Länder entsprechende strafrechtliche Betrachtungen erfolgen.

Sie müssen zur richtigen Einordnung auch sehen, dass diese Quoten gar nicht so ungewöhnlich sind; denn wir haben auch sonst natürlich massenhaft Anzeigen in diesem Land. Der Regelfall ist, dass die Quote der Anklagen und Strafbefehle auf Anzeigen auch in anderen Fällen nicht höher ist als in diesen Fällen. Wir geben eine ganz niedrigschwellige Möglichkeit, Hetze anzuzeigen. Ich habe auch versucht, darzustellen: In manchen Fällen oder in ganz vielen Fällen überwiegt die Meinungsfreiheit. – Das ist dann aber auch Aufgabe von Justiz oder Polizei, festzustellen, dass eben gerade keine Straftat vorliegt. Dieses niedrigschwellige Angebot zu schaffen, halte ich weiterhin für richtig.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine weitere Nachfrage hat sich der Abgeordnete Bouffier von der CDU-Fraktion gemeldet. Sie haben das Wort.

Frederik Bouffier (CDU):

Herr Minister, ich wüsste gerne, wie erreicht werden kann, dass noch mehr Personen, die Straftaten der Hasskriminalität im Netz begehen, identifiziert werden.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bouffier. – Das ist relativ einfach. Ich würde gerne auf die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs eingehen. Wir würden uns im Sinne der Ermittlerinnen und Ermittler bei den Staatsanwaltschaften sehr wünschen, dass die rechtlichen Möglichkeiten ausgeweitet werden. Es ist sehr lange, auch insbesondere in Deutschland, die Auffassung vertreten worden, das sei nicht möglich. Jetzt, wo der Europäische Gerichtshof klargestellt hat, dass die Möglichkeit der IP-Adressen-Speicherung auch für allgemeine Kriminalität genutzt werden kann, wenn keine anderen Ermittlungsansätze gegeben sind, wäre das hier eigentlich ein Paradebeispiel. Ich habe Ihnen vorhin die Zahlen genannt, dass wir in vielen Hundert Fällen mangels Speicherung von IP-Adressen keine Täter identifizieren können. Ich persönlich würde mir sehr wünschen, dass der Bundesgesetzgeber hier tätig wird – es gibt auch eine entsprechende hessische Initiative –

(Beifall CDU)

und die Möglichkeit geschaffen wird, diese vielen Hundert Fälle künftig aufzuklären.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Mir liegen zwar noch weitere Nachfragen vor, aber diese zu stellen, ist nach

unserer Geschäftsordnung nicht möglich. Die einzige Möglichkeit wäre, dass Herr Promny noch eine Nachfrage stellt. Das scheint mir nicht der Fall zu sein.

Dann rufe ich jetzt **Frage 22** auf und darf Herrn Yanki Pürsün von den Freien Demokraten das Wort erteilen. Sie haben das Wort.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Was hält sie davon ab, die Rechtsverordnung zum „Drug Checking“ zu veröffentlichen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herzlichen Dank. – Das Wort hat Frau Staatsministerin Stolz.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Pürsün! Zwischen den Bundesländern wurde vereinbart, dass der AG Sucht der Auftrag übertragen wird, zunächst eine gemeinsame Rechtsverordnung zur Umsetzung des Drug-Checking-Modellvorhabens zu erstellen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegen nun weitere Nachfragen vor. Ich darf das Wort zunächst an Frau Abgeordnete Bächle-Scholz von der CDU-Fraktion geben.

Sabine Bächle-Scholz (CDU):

Vielen Dank. – Ich habe die Nachfrage: Können Sie uns den Grund nennen, warum sich die Länder auf die Erarbeitung einer gemeinsamen Musterverordnung zur Umsetzung des Drug-Checking-Modellvorhabens geeinigt haben?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Stolz, Sie haben erneut das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Die Initiative ging von Schleswig-Holstein aus. Man wollte erreichen, dass der Arbeitsaufwand in allen Ländern vereinfacht wird und dass man ein effizientes Verwaltungshandeln herstellt. Deshalb haben wir das als Hessen auch begrüßt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine weitere Nachfrage hat sich nun der Fragesteller Herr Pürsün noch einmal gemeldet. Herr Pürsün, Sie haben das Wort.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Welche Vorarbeit hat sich in einem der beiden Sozialministerien aus der letzten Legislaturperiode gefunden?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin Stolz, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

In der Tat hat es Vorarbeiten gegeben. Es gab die Planung einer Rechtsverordnung für das Land Hessen. Diese wurde dann zurückgestellt, nachdem es sozusagen bundesweit an die AG Sucht übertragen wurde.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster darf ich der Abgeordneten Speer von der CDU-Fraktion das Wort für eine Nachfrage erteilen.

Kim-Sarah Speer (CDU):

Frau Staatsministerin Stolz, auch ich habe eine weitere Nachfrage: Können Sie uns denn ein Zeitfenster nennen, wann wir mit einer Musterrechtsverordnung rechnen können?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin Stolz, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Der Beschluss ist noch relativ neu. Erst am 13. bzw. am 14. März hat die Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden getagt und dort den Auftrag an die AG Sucht gegeben. Insofern kann ich im Moment leider noch keinen genauen Zeitpunkt nennen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine letztmögliche Nachfrage darf ich Herrn Pürsün von den Freien Demokraten erneut das Wort erteilen.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Sie haben jetzt bei drei Fragen nur einmal das Wort Bund verwendet. Ist es so, dass alle 16 Bundesländer da mitarbeiten, oder gibt es Bundesländer, die schon eine Verordnung erlassen haben?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Es ist so, dass Mecklenburg-Vorpommern eine Verordnung hat. Die ist meines Wissens gerade aktuell in der Kabinettsabstimmung. Sie soll auch in die AG Sucht eingespielt werden, um zu schauen, was daraus benutzt werden kann.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Wir kommen nun zur **Frage 23**. Ich darf erneut Herrn Abgeordneten Pürsün von den Freien Demokraten das Wort erteilen.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Wie gedenkt sie mit der auch von ihr durch eine unzureichende Investitionskostenfinanzierung verursachten Schließung von Krankenhäusern, Krankenhausabteilungen und -angeboten weiter umzugehen?

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Die Frage ist schon falsch!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin Stolz, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Die wirtschaftliche Lage einiger Krankenhäuser in Hessen ist tatsächlich sehr angespannt. Die Ursache dafür kann aber nicht in einer unzureichenden Investitionskostenfinanzierung der hessischen Krankenhäuser gesehen werden. Die Investitionsfördermittel für hessische Plankrankenhäuser sind seit Jahren nicht nur kontinuierlich, sondern auch massiv erhöht worden. Bereits im Jahr 2022 haben die Krankenhäuser in Hessen für die Pauschalförderung 300 Millionen Euro erhalten. Dieser Betrag wurde im Jahr 2023 auf 380 Millionen Euro und im Jahr 2024 noch einmal um 10 Millionen Euro und somit auf insgesamt 390 Millionen Euro angehoben.

Dass wir in Hessen mit der Höhe der Investitionsförderung im landesweiten Vergleich bei den absoluten Zahlen bereits seit Jahren im Spitzenbereich liegen, hat uns zuletzt die aktuellste Bestandsaufnahme der Deutschen Krankenhausgesellschaft aus dem Jahr 2022 für die Jahre 2019 bis 2021 bestätigt. Bei einzelnen Betrachtungen, so zum Beispiel bei der Krankenhausinvestitionsquote, liegen wir sogar auf Platz 1 – und das, obwohl die massiv angestiegenen Investitionsfördermittel aus den Jahren 2022 bis 2024 noch gar nicht berücksichtigt wurden.

Grund für die Schließung bzw. die angespannte Lage von Krankenhäusern und Krankenhausabteilungen sind vor allem die stetig steigenden Betriebskosten. Dies ist auf die dringend reformbedürftige Betriebskostenfinanzierung zurückzuführen. Die massive Inflation, stark gestiegene Lohnkosten und ein drastischer Anstieg der Energiepreise führen dazu, dass die Betriebskosten der Krankenhäuser

ständig steigen. Die Krankenhäuser benötigen zur Kompensation dringend eine bessere Finanzierung ihrer Betriebskosten. Hier ist der Bund in der Pflicht, so schnell wie möglich die Betriebskostenfinanzierung zu reformieren.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage hat sich der Abgeordnete Schad von der CDU-Fraktion gemeldet.

Max Schad (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin, da Sie aus meiner Erinnerung heraus die genau gleiche Frage bereits in der vergangenen Woche im Rahmen eines Dringlichen Berichtsantrags beantwortet haben, möchte ich zur Klarstellung doch noch einmal nachfragen, ob ich das richtig verstanden habe. Die Ursache für die zum Teil wirtschaftlich angespannte Lage einiger Krankenhäuser in Hessen kann nicht in einer unzureichenden Investitionskostenfinanzierung der hessischen Krankenhäuser gesehen werden. Trifft das so zu?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin Stolz, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Ja, in der Tat. Die Investitionsförderung ist in Hessen schon fast beispielgebend. In den vergangenen sieben Jahren ist sie um 170 % erhöht worden. Das ist wirklich eine stattliche Leistung. Da hat Hessen seine Hausaufgaben gemacht.

Anders sieht es beim Bund aus, der für die Betriebskostenfinanzierung zuständig ist. Diese ist dringend reformbedürftig. Deshalb bemühen sich derzeit alle 16 Bundesländer, beim Bund auf entsprechende Änderungen hinzuwirken.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine weitere Nachfrage darf ich Herrn Abgeordneten Pürsün das Wort erteilen.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Welche der Angebote, die in den vergangenen Monaten von Krankenhäusern aufgegeben wurden und die aktuell zur Aufgabe anstehen, hält das bisherige Gesundheitsministerium und/oder Ihr Gesundheitsministerium für verzichtbar?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Ich muss gestehen, dass ich die Frage nicht ganz verstanden habe. In der Tat ist es so, dass wir eine Krankenhausstrukturreform in Hessen brauchen. Auch in Hessen sind die Strukturen teilweise veraltet. Das heißt, man braucht eine Krankenhausreform. Alle 16 Bundesländer üben Kritik an dem vorliegenden Gesetzentwurf, weil dieser den Ländern nicht die notwendigen Planungsmöglichkeiten lässt. Zudem sind noch weitere Dinge in dem Gesetzentwurf Änderungsbedürftig.

Man muss sich alles anschauen. Ich könnte jetzt einen langen Vortrag über die Krankenhausreform halten. Ich glaube aber, darüber haben wir uns im Ausschuss schon ausgiebig ausgetauscht. Ich weiß nicht, ob wir das hier in gleicher Form noch einmal machen sollten. Ich wäre dazu bereit, aber ich glaube, das sprengt den Rahmen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Zumal es noch weitere Nachfragen gibt. – Nun erteile ich Herrn Bathon von der CDU-Fraktion das Wort.

Maximilian Bathon (CDU):

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Stolz, Sie haben bei Ihrer Antwort auf die mündliche Frage streng zwischen den Zuständigkeiten des Bundes und der Länder im Bereich der Krankenhausfinanzierung unterschieden. Halten Sie eine so scharfe Trennung auch im Bereich der Planungshoheit für die Krankenhausplanung für sinnvoll?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Ja, absolut. Das zählt auch zu meinen größten Bauchschmerzen angesichts des derzeit vorliegenden Gesetzentwurfs des Bundes, weil dieser in die Planungshoheit der Länder eingreifen würde. Diese ist aber dringend notwendig.

Ich will das einmal so erklären: Sie können zum Beispiel einen Stadtstaat wie Bremen nicht mit einem Bundesland wie Hessen vergleichen. Wir haben hier ganz andere Herausforderungen. Wir haben ländliche Regionen und andere Strukturen. Als Land müssen Sie Planungshoheit haben, damit Sie auf diese regionalen Unterschiede reagieren können. Dafür treten im Übrigen alle 16 Bundesländer ein.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Nun darf ich noch einmal Herrn Abgeordneten Pürsün von den Freien Demokraten das Wort erteilen.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Von den Krankenhaus- und Abteilungsschließungen der vergangenen Monate und denen, die aktuell anstehen, welche diese Veränderungen waren denn nicht

mit dem vorherigen Ministerium bzw. Ihrem jetzigen Ministerium abgesprochen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Vielleicht erkläre ich das auch noch einmal. Das habe ich auch schon im Ausschuss getan. Zunächst einmal schließt das Ministerium keine Krankenhäuser und auch keine Abteilungen. Im Moment ist es so, dass ein Krankenhaus bei uns einen Antrag stellt. Dieser muss dann geprüft werden. Dieser geht zunächst in die Arbeitsgruppe und dann in den Fachausschuss. Dann kann dem Antrag zum Beispiel auf Teilschließung von Stationen entsprochen werden. Das ist keine Ermessensentscheidung des Landes. Wenn die Versorgung in der Region weiterhin gewährleistet ist, zum Beispiel durch umliegende Krankenhäuser, dann ist diesem Antrag zu entsprechen. Dann hat das Ministerium keinen Ermessensspielraum.

In der Regel – es ist gut, wenn ein Krankenhaus dies tut – kommuniziert es vorab mit dem zuständigen Ministerium, mit meinem Haus, dass es solche Umstrukturierungen plant. Dann begleitet das Ministerium solche Prozesse und gibt Ratschläge, wie man kommuniziert. Ob das Krankenhaus diesen Ratschlägen folgt, ist dem unternehmerischen Handeln des Krankenhauses freigestellt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Ich komme damit nun zu Frage 25. Herr Abgeordneter Lobenstein ist für heute entschuldigt. Ich darf fragen, wer die Frage vorträgt.

(Zuruf AfD: Zurückgezogen!)

– Entschuldigung. Die Frage ist zurückgezogen worden.

Wir kommen zu **Frage 26**. Ich darf Herrn Abgeordneten May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Bis wann sollen, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, alle Schülerinnen und Schüler ab der Klasse 7 mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister Schwarz, Sie haben das Wort zur Beantwortung.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter May, der Koalitionsvertrag spricht nicht davon, dass sämtliche Schülerinnen und

Schüler ab der Klasse 7 mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage darf ich Herrn Abgeordneten Scholz von der AfD das Wort geben.

Heiko Scholz (AfD):

Sehr geehrter Herr Kultusminister, gibt es denn erste Überlegungen seitens des Kultusministeriums oder der Landesregierung, digitale Endgeräte für alle Schüler in den Katalog der Lehrmittelfreiheit aufzunehmen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Hessische Landesregierung möchte in Zusammenarbeit mit den Schulträgern Schülerinnen und Schülern ab der Jahrgangsstufe 7 einen kostenfreien Zugang zu digitalen Endgeräten in der Schule ermöglichen, sofern es integraler Bestandteil des Unterrichts ist.

Die Umsetzung muss in enger Absprache mit den 33 hessischen Schulträgern erfolgen, die für derlei Ausstattungsfragen zuständig sind. Dieser Abstimmungsprozess kann selbstredend nicht von heute auf morgen erfolgen; denn die digitalen Endgeräte müssen, wie Sie wissen, in die bestehende Infrastruktur der Schulträger eingebunden werden. Es ist mir wichtig, zu betonen, die Umsetzung des Vorhabens bedarf in Abhängigkeit von der konkreten Ausstattung einer nicht unerheblichen finanziellen Ausstattung.

An dieser Stelle darf ich auf das zurückkommen, was ich bereits häufiger in diesem Plenum gesagt habe. Die Bundesregierung hat ihre Zusage, den Digitalpakt 2.0 umzusetzen, bis zum heutigen Tage nicht eingehalten. Ich finde, das ist ein erschreckender Vorgang. Die Mittel für den Digitalpakt 1 sind zu 99,08 % bewilligt und damit gebunden. Formal läuft der Digitalpakt 1 am 16. Mai, also in zwei Tagen, aus.

Der originäre Digitalpakt läuft bis Ende dieses Jahres. Dass die Mittel gebunden sind, hatte ich bereits gesagt. Den Ländern, den kommunalen Schulträgern und letztlich den Schulen selbst fehlt es dadurch an Planungssicherheit. Deswegen sage ich noch einmal: Die Zeit drängt. Bitte setzen Sie sich alle dafür ein – damit meine ich die regierungstragenden Fraktionen auf Bundesebene, die dort Verantwortung tragen –, dass der Digitalpakt 2.0 zügig kommt. Das würde vieles – im Übrigen für alle Bundesländer – erleichtern.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine Nachfrage darf ich Herrn Abgeordneten May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister, verstehe ich Sie richtig, dass es abgesehen davon, auf eine Fortschreibung des Digitalpakts zu warten, keine Aktivitäten der Landesregierung für die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten geben wird?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben erneut das Wort zur Beantwortung.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Vielen Dank. – Herr Abgeordneter May, ich verweise auf das, was ich eben gesagt habe. Wir sind im intensiven Austausch mit 33 Schulträgern. Selbstverständlich haben wir dort im Austausch ganz konkrete Vorhaben, wie wir das umsetzen wollen.

Ich will allerdings auf eines hinweisen – ich gehe davon aus, dass ich Sie da richtig verstehe –: Wir müssen bei allem, was wir machen, bedenken, dass der Unterricht nicht dadurch besser wird, dass jedem Kind und jedem Jugendlichen die ganze Zeit ein digitales Endgerät zur Hand gereicht wird. Das ist zwar ein integraler Bestandteil des Unterrichts, aber dazu bedarf es auch entsprechender pädagogischer Konzepte. Deshalb ist eine 1:1-Ausstattung mit diesen Geräten nicht zwangsläufig erforderlich.

Wie bereits gesagt: Wir werden das Thema mit den Schulträgern erörtern. Wir sind dabei, das zu tun. Die Schulträger sind für die Ausstattung zuständig, und es liegt in der Natur der Sache, dass Aussagen zur Zeitachse und zur konkreten Umsetzung vor diesem Hintergrund nicht seriös wären. Das einzige relevante Datum, Herr Abgeordneter, ist – mit Blick auf die Arbeit der Koalition – das Ende der Legislaturperiode, also das Jahr 2029.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr May, Sie haben erneut das Wort für eine Nachfrage.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Bis zum Jahre 2029 ist noch ein bisschen hin. Mich würde die nähere Zukunft interessieren.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mich würde interessieren, ob es überhaupt eine Definition für den Begriff „integraler Bestandteil des Unterrichts“ gibt, ob dieser Begriff noch mit Leben gefüllt werden muss und ob die Füllung dieses Begriffs möglicherweise bis 2029 dauern wird.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Herr Abgeordneter May, durch das Wiederholen einer Frage wird diese nicht besser. Ich will Ihnen Folgendes sagen. Sie sind ein erfahrener Lehrer. Selbstverständlich ist es die Aufgabe eines jeden Kollegen und einer jeden Kollegin, die Lehr- und Lernmittel, die verwendet werden, so in den Unterricht einzubetten, dass sie Sinn ergeben. Dies wird – das wissen wir sehr genau – im Übrigen von verschiedensten Studien bestätigt, dass das der Sinn und der Zweck auch des Einsatzes digitaler Endgeräte sein muss.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Mir liegen keine weiteren Nachfragen vor.

Wir kommen zu **Frage 27**. Ich darf erneut Herrn Abgeordneten May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Könnte die verbindliche Erhebung von „Vertretungsanlässen“ und Unterrichtsausfall an allen Schulen wie geplant in diesem Schuljahr starten?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister Schwarz, Sie haben erneut das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, hierzu gibt es keinen neuen Sachstand.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also: nein!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Zu einer erneuten Nachfrage hat Herr Abgeordneter May das Wort.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte gerne nachfragen, ob es einen neuen Sachstand dahin gehend gibt, wann die verbindliche Erhebung von Vertretungsanlässen und Unterrichtsausfällen an allen Schulen in Hessen starten kann.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter May, bevor ich zu Ihrer eigentlichen Frage komme, möchte ich eine kurze Vorbemerkung machen. Unsere hessischen Schulen sind bestmöglich mit ausgebildeten Lehrkräften versorgt. Die Unterrichtsgrundversorgung, also die Abdeckung der Stun-

dentafel, liegt bei deutlich über 100 %. So stehen den hessischen Schulen in Summe in diesem Schuljahr über 20 % mehr Lehrkräfte mit einem entsprechenden Lehramt zur Verfügung, als zur Abdeckung des Grundunterrichts notwendig wäre.

Jetzt zu Ihrer eigentlichen Frage, sehr geehrter Herr May. Ich möchte zunächst betonen, dass Vertretungsanlässe, wie Schulfahrten, Wandertage oder Ähnliches, mit einem für die Schulen möglichst geringen Verwaltungsaufwand zu erheben sind. Das Ziel der Hessischen Landesregierung ist es daher, dass die Erhebung vor Ort so praktikabel wie möglich aus einem Guss erfolgen kann. Deswegen gilt für mich hier der Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ und vor allem der Grundsatz, möglichst wenig Verwaltungsaufwand zu erzeugen.

Wie Sie sich aufgrund der Antworten meines Amtsvorgängers, Prof. Dr. Alexander Lorz, zu diesem Thema sicherlich erinnern können, wurde für das von mir eben beschriebene Ziel ein Projekt initiiert. Bei diesem Projekt soll erfasst werden, wie Schulen mit Unterrichtsstunden umgehen, die nicht gemäß dem Stundenplan erteilt werden können. Dieses Projekt trug den Arbeitstitel „Vertretungskonzepte und Datenerfassung zur Unterrichtsstatistik“. Hierfür wurde ein für die Schulen leicht handhabbares Erfassungsformat entwickelt und zusammen mit einer Auswahl von Schulen erprobt. Die dabei von Schulleiterinnen und Schulleitern geäußerten Anregungen und Hinweise sind in die Optimierung dieser Anwendung eingeflossen.

In einem nächsten Schritt wurde das angepasste Abfragesystem an 30 Schulen, verteilt auf die Schulumtsbezirke, daraufhin erprobt, ob die schulspezifischen Vertretungskonzepte und die unterschiedliche Vertretungsorganisation vor Ort mit den einzelnen Abfragekategorien der IT-Anwendung ausreichend in Übereinstimmung zu bringen waren. Daher musste, dem Ziel der Landesregierung nach einer verwaltungsaufwandsarmen Anwendung folgend, die Abfragemaske noch einmal überarbeitet werden, um für die Schulen in einfacher Weise handhabbar zu sein und einen möglichst geringen Verwaltungsaufwand zu produzieren. Als ehemaliger Lehrer bin ich mir an der Stelle sehr sicher, dass die Lehrkräfte das zu honorieren wissen, und ich weiß, dass wir da eine große Verantwortung tragen.

Zudem haben die die Regierung tragenden Fraktionen der Landesregierung im Koalitionsvertrag den Auftrag erteilt, die zentrale Beschaffung und Bereitstellung eines digitalen Programms zu prüfen, das in seinem Funktionsumfang eine Unterrichts- bzw. Stundenplanvertretungsverwaltung beinhaltet. Die Bereitstellung eines solchen Programms ist bislang Aufgabe des Schulträgers. Mit Blick auf die schulischen und fachlichen Anforderungen wird derzeit geprüft, welchen Umfang das neue digitale Programm haben soll.

Im Rahmen dieser Prüfung wird ein Aspekt sein, inwiefern auch der Umfang der Vertretungsanlässe an Schulen über eben jenes Programm erfasst werden kann. Sollte diese Prüfung zu dem Ergebnis kommen, dass das Land ein entsprechendes Programm zentral beschaffen und bereitstellen kann, das – ohne zusätzlichen Aufwand für die Lehrkräfte – auch Auskunft über den Umfang von Vertretungsanlässen gibt, werden wir das Vorhaben weiterführen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine Nachfrage hat sich der Abgeordnete May zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wir sehen da ja richtig Tempo bei der Digitalisierung.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb würde mich interessieren, ob ich davon ausgehen kann, dass dieses Vorhaben noch vor dem Ende der Wahlperiode im Jahre 2029 verwirklicht werden kann oder ob es vielleicht doch eher fallen gelassen wird.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Herr Abgeordneter May, trotz Ihres Schmunzelns möchte ich auf Folgendes hinweisen. Der Start des Projekts „Vertretungskonzepte und Datenerfassung zur Unterrichtsstatistik“ war im Herbst 2019 auf den Weg gebracht worden. Der Beginn des Jahres 2020 war, wie wir uns alle erinnern, von einem maßgeblichen Ereignis geprägt, das im Übrigen nach wie vor gewisse Spuren nach sich zieht. Während der Pandemie sahen sich die Schulen – und im Übrigen auch mein Haus – mit ganz anderen Herausforderungen konfrontiert. Daher erfolgte der Testlauf in der erweiterten Stichprobe erst Ende 2022.

Im Sommer 2023 wurde das Vorhaben dann umfangreich mit dem Hauptpersonalrat Schule sowie der Konzeptgruppe des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen erörtert, wobei auch vonseiten der Beteiligten an verschiedenen Stellen die Komplexität des Themas betont und entsprechende Optimierungswünsche geäußert wurden, was ich für völlig legitim halte. Dadurch war schnell klar, dass hier Gründlichkeit vor Schnelligkeit angezeigt ist, um eine an den Schulen leicht handhabbare Anwendung ohne Zusatzbelastung an den Start bringen zu können, die von den Beteiligten akzeptiert wird.

Jetzt müssen wir, wie gesagt, das Ganze nochmals vor dem Hintergrund des Prüfauftrags anschauen, den die Landesregierung hat. Daran arbeiten wir gerade, und es ist selbstverständlich, dass das Projekt genauso konsequent verfolgt wird. Ich will es noch einmal sagen – das finde ich gar nicht zum Schmunzeln –: Die Corona-Zeit hat in der Tat auch an dieser Stelle eine maßgebliche Bremsspur hinterlassen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit rufe ich **Frage 28** auf und darf Herrn Abgeordneten Schleich von der AfD-Fraktion das Wort erteilen.

Pascal Schleich (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Wie beabsichtigt sie, das Verbot des Cannabis-Konsums im Umkreis von 200 Metern an hessischen Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen durchzusetzen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Das Wort hat Herr Staatsminister Prof. Poseck.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schleich, die Umsetzung des Cannabis-Gesetzes erfolgt im vorgegebenen rechtlichen Rahmen. Ziel ist es dabei auch, dem Gesundheitsschutz, insbesondere von Minderjährigen, und der Sicherheit bestmöglich Rechnung zu tragen. Dies gilt somit auch für die von Ihnen angesprochenen Verbotszonen rund um Schulen, Kindergärten und andere Einrichtungen.

Die hessische Polizei ergreift, in Unterstützung der geforderten kommunalen Ordnungsbehörden, die erforderlichen Maßnahmen, um festgestellte Verstöße gegen das Konsumverbot in den Verbotszonen zu verfolgen und zu ahnden. Dies kann im Rahmen der allgemeinen Streifen-tätigkeit oder auch durch Schwerpunktaktionen erfolgen. Eine Schwerpunktaktion habe ich bei meinem Besuch bei der Polizei in Wiesbaden auch persönlich mitbekommen.

Wie bereits vergangene Woche von Vertretern des Innenministeriums im Gesundheitsausschuss mitgeteilt, werden gegenwärtig zudem Regelungen erarbeitet, die noch offene Zuständigkeitsfragen klären werden. Ich rechne damit, dass diese binnen weniger Wochen Wirkung entfalten werden.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine Nachfrage hat sich die Abgeordnete Weegels von der AfD-Fraktion gemeldet. Frau Weegels, Sie haben das Wort.

Sandra Weegels (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank für die Antwort, Herr Staatsminister Poseck. – Wie wir wissen, ist die Streifenpolizei, also der polizeiliche Einzeldienst, ziemlich überlastet, was ihre Aufgabengebiete betrifft. Daher stelle ich die Nachfrage: Wie sollen sie aus dem Regeldienst heraus auch die Bereiche um Schulen und vielleicht sogar Kindergärten angemessen abdecken?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister Prof. Poseck, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz:

Ich bin fest davon überzeugt, dass die örtliche Polizei und auch die örtlichen Ordnungsbehörden angemessene Maßnahmen ergreifen werden. Dass das mit einem zusätzlichen

Aufwand verbunden ist, ist so. Das lässt sich an dieser Stelle nicht bestreiten. Das Cannabis-Gesetz schafft an verschiedenen Stellen zusätzliche Aufwände. Aber mein Eindruck ist, dass die Verantwortlichen diese Maßnahmen mit großem Engagement und viel Fingerspitzengefühl ergriffen haben.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Zu einer Nachfrage darf ich erneut dem Fragesteller, Herrn Abgeordneten Schleich, das Wort erteilen.

Pascal Schleich (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Herr Minister Schwarz gab der „Süddeutschen Zeitung“ vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ein Interview, in dem er Folgendes sagte: Dass das Verbot des Konsums 200 Meter um Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen eingehalten werde, könne in der Realität niemand kontrollieren. Herr Minister, Sie haben gerade Herrn Kultusminister Schwarz in dieser Sache sozusagen widersprochen. Würden Sie ihm auch bei dieser Aussage widersprechen? – Vielen Dank.

(Robert Lambrou (AfD): Tja!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schleich, ich sehe hier überhaupt keinen Widerspruch. Kontrollen finden statt. Richtig ist aber auch, dass es in einem freiheitlichen Land keine lückenlosen Kontrollen geben kann. Das haben Sie auch im Straßenverkehr nicht. Auch dort gibt es ständig Verstöße. Aber es gibt auch Kontrollen, um Verstöße zu entdecken und entsprechend zu ahnden. Das heißt, es finden Kontrollen statt. Aber natürlich lässt sich nicht jeder Verstoß verhindern. Das ist nun einmal so. Das muss am Ende auch hingenommen werden. Insofern sehe ich eine große Übereinstimmung zwischen dem, was Kollege Schwarz gesagt hat, und dem, was ich sage.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Mir liegen nun keine weiteren Nachfragen vor.

Ich komme damit zu **Frage 29** und darf Herrn Abgeordneten Meier von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Herr Meier, Sie können losgehen.

Sascha Meier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Plant sie, den Schulversuch Türkisch als Fremdsprache, wie in der letzten Legislaturperiode angekündigt, zum kommenden Schuljahr in den Regelbetrieb zu überführen und Türkisch als reguläres Unterrichtsfach einzuführen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister Schwarz, Sie haben das Wort zur Beantwortung.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Meier, Ihr Kollege Daniel May sagte in der 107. Plenarsitzung des Hessischen Landtags der letzten Legislaturperiode, dass das Angebot eines Schulversuchs Türkisch – ich zitiere – „in den Regelbetrieb gehen soll, wenn es nachgefragt wird“. Die Nachfrage nach Türkisch als Fremdsprache im Rahmen des Schulversuchs ist jedoch sehr gering. An der Georg-August-Zinn-Schule in Kassel werden im aktuellen Schuljahr 2023/2024 in der Jahrgangsstufe 7 zwölf Schülerinnen und Schüler und in der Jahrgangsstufe 8 acht Schülerinnen und Schüler im Schulversuch Türkisch als Fremdsprache unterrichtet. An der Clemens-Brentano-Europaschule in Lollar sind es 15 Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 7.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir den Schulversuch Türkisch als Fremdsprache sehr stark beworben und in Abstimmung mit den Staatlichen Schulämtern zahlreiche Schulen mit einem großen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit türkischer Staatsangehörigkeit und türkischem Migrationshintergrund eigens deswegen angesprochen haben. Im laufenden Schuljahr 2023/2024 besuchen im Übrigen 24.000 Schülerinnen und Schüler, die die türkische als erste oder zweite Staatsangehörigkeit haben, eine öffentliche Schule in Hessen. Darüber hinaus haben rund 62.000 Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen in Hessen einen türkischen Migrationshintergrund. Das sind in Summe rund 86.000 Personen.

Angesichts der geringen Nachfrage von landesweit aktuell gerade einmal 35 Schülerinnen und Schülern im Pilotversuch sowie des intensiven Bewerbens der Maßnahme ist ein Überführen des Schulversuchs in den Regelbetrieb derzeit nicht angezeigt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Zu einer Nachfrage darf ich Herrn Abgeordneten May das Wort erteilen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Da der Minister so freundlich war, mich zu zitieren, möchte ich doch einmal nachfragen, wie ich ihn zu verstehen habe. Man könnte doch der Auffassung sein, dass sich daran, dass man an zwei Schulen einen Versuch startet und dieser dort nachgefragt wird, zeigt, dass ein Bedarf gegeben ist.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Entschuldigung, Herr May, dass ich Sie kurz unterbreche. – Ich bitte, keine Fotos von der Besuchergalerie aus zu machen. – Herr May, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbrochen habe. Ich würde Sie bitten, Ihre Frage noch einmal zu stellen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Mich würde interessieren, welchen Maßstab das Kultusministerium jetzt anlegt, um eine gesicherte Nachfrage festzustellen – abgesehen davon, dass in den zwei Versuchsschulen, die wir haben, weiterhin eine Nachfrage besteht. Wie messen Sie das, wenn der Schulversuch nicht ausgeweitet wird?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Ich will das wiederholen, was ich eben gesagt habe: Wir haben für diesen Schulversuch massiv geworben. Wir haben Schulen angesprochen und dort nachgefasst, wo ein Interesse besteht und auch ein Bedarf gegeben ist. Ich weiß von Kolleginnen und Kollegen aus diesem Hohen Haus, dass dort diese Werbemaßnahmen wirklich flankiert wurden.

Herr Abgeordneter, wenn Sie uns Schulen nennen können, können Sie das gern sofort machen. Dann können wir unsererseits noch einmal einen Vorstoß in die Richtung machen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Mir liegen nun keine weiteren Nachfragen vor.

Damit rufe ich **Frage 32** auf und darf der Abgeordneten Julia Herz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Bitte schön.

Julia Herz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Für wie viel Prozent der hessischen Schülerinnen und Schüler im Primärbereich steht im Schuljahr 2023/2024 ein rechtsansprucherfüllender Ganztagsplatz über acht Stunden an fünf Tagen in der Woche in einem Ganztagsprofil des Landes zur Verfügung?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister Schwarz, ich gebe Ihnen erneut das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Herz, Ihre mündliche Frage beantworte ich im Einvernehmen mit der Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales, da der Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/2027 in § 24 Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch verankert ist und sich an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe richtet.

Grundschulkindern werden demnach, beginnend mit der Klassenstufe 1 und stufenweise fortgesetzt, einen Anspruch auf Förderung im Umfang von acht Stunden an fünf

Werktagen haben. Ungeachtet des Rechtsanspruchs gegenüber den Jugendhilfeträgern bekennt sich das Land zu seiner Verantwortung für die ganztags schulische Bildung und wird den Ausbau von Ganztagsangeboten an Grundschulen und Grundstufen von Förderschulen konsequent fortführen.

Die Ganztagsprofile 2 und 3 sowie der Pakt für den Ganzttag des Landes erfüllen bereits den rechtlich verankerten Betreuungsumfang von acht Stunden an fünf Werktagen in der Woche. Das Land setzt weiterhin auf die Überzeugung der Schulgemeinden und der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die ganztägigen Angebote umzusetzen. Für diesen Entwicklungsprozess erhalten die Schulen Unterstützung seitens des Landes. Die Position und Mitbestimmung der Schulträger im Entwicklungsprozess der Schule zum Ausbau ganztägiger Angebote wurden im Hessischen Schulgesetz durch die Änderungen in § 15 Absatz 6 gestärkt.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Herz, nun komme ich zur Beantwortung Ihrer eigentlichen Frage. Boten im Schuljahr 2013/2014 38 % der Grundschulen ein Ganztagsprogramm des Landes an, so sind es im Schuljahr 2023/2024 bereits mehr als 74 %. Im Schuljahr 2023/2024 wird mehr als 128.000 Schülerinnen und Schülern in Grundschulen und Grundstufen eine Betreuung in einem Ganztagsprofil des Landes ermöglicht, was im Vergleich zum Schuljahr 2013/2014 mehr als einer Verdopplung entspricht.

Im Schuljahr 2023/2024 arbeiten 535 Grundschulen und verbundene Grundschulen im Profil 2, im Profil 3 oder im Pakt für den Ganzttag und halten damit ein rechtsanspruchserfüllendes Platzangebot über acht Stunden an fünf Tagen in der Woche vor. 227 Grundschulen und verbundene Grundschulen im Profil 1 bieten ebenso ein Angebot an fünf Tagen in der Woche. Zusätzlich bietet die kommunale Seite rund 24.000 Hortplätze an, die die Angebote des Landes ergänzen. Um die Weiterentwicklung und den Ausbau ganztägiger Angebote zu ermöglichen, setzt das Land im Schuljahr 2023/2024 insgesamt mehr als 4.680 Stellen ein und wird den Stellenaufwuchs zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf eine ganztägige Förderung konsequent und bedarfsgerecht vorantreiben.

Vor diesem Hintergrund liegen für das kommende Schuljahr 2024/2025 von unseren 33 Schulträgern rund 280 Anträge auf Entwicklungsvorhaben im Ganzttag vor. So wechseln zum Beispiel 14 Grundschulen und Grundstufen von Profil 1 in die rechtsanspruchserfüllenden Profile 2 und 3. 15 Schulen nehmen neu am Landesprofil 1, 2 oder 3 teil, und 164 Schulen wollen ihr bereits umgesetztes Profil 1, 2 oder 3 erweitern. In Summe werden ab dem kommenden Schuljahr zusätzliche 46 Grundschulen und verbundene Grundschulen in einem Landesprogramm arbeiten.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage darf ich Herrn Abgeordneten May das Wort erteilen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Mich würde noch einmal der Kern der Fragestellung interessieren, nämlich, wie hoch der prozentuale Anteil der Plätze ist, die wir im Profil 3 oder im Pakt für den Ganzttag derzeit anbieten können, um daraus ableiten zu können, wie groß die Lücke bis zur Erfüllung des Rechtsanspruches noch ist.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Herr Abgeordneter May, ich habe Ihnen die Prozentwerte eben genannt. Im Übrigen habe ich gerade auch sehr deutlich aufgezeigt, wie sich die Entwicklung seit dem Schuljahr 2013/2014 bis zum gegenwärtig laufenden Schuljahr darstellt. Ihre Frage zielt darauf ab, wenn ich es richtig verstehe, wie die Landesregierung den Rechtsanspruch umzusetzen gedenkt und wie sich der Aufwuchs darstellt. Deswegen kann ich Ihnen sagen, dass die Landesregierung auch in Zukunft den Ausbau ganztägig arbeitender Schulen forcieren und die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung stellen wird.

Die qualitative Entwicklung wird fortlaufend durch vielfältige, individuelle Beratungs- oder Fortbildungsangebote für Schulen und ihre Partner vorangetrieben. Fortbildungsthemen sind zum Beispiel „Arbeiten in multiprofessionellen Teams“ oder „Ganztagskoordination“.

Die Landesregierung setzt auf eine multiprofessionelle Ausgestaltung ganztägiger Angebote in allen Profilen. Auch in Zukunft wird die Kooperation von Lehrkräften, sozialpädagogischen Fachkräften und sonstigem pädagogisch tätigem Personal unterstützt. Unter der Voraussetzung – und das ist der Plan –, dass die Landesregierung den Schulen weiterhin die jährlichen Ausbaukontingente von derzeit 350 Stellen zur Weiterentwicklung im Ganzttag bereitstellt und die Schulen und Schulträger den intensivierten Ausbauprozess insbesondere für Grundschulen wie begonnen vorantreiben, rechnet die Landesregierung damit, die errechneten Bedarfe von Elternseite für Hessen erfüllen zu können.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine Nachfrage darf ich der Fragestellerin, Frau Herz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erneut das Wort erteilen. Bitte schön.

Julia Herz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Wenn ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe, liegt zwischen den aktuell zur Verfügung stehenden Plätzen und denen, die wir bis zum Jahr 2026 benötigen, noch eine eklatante Lücke. Deswegen frage ich die Landesregierung: Welche zeitnahen Maßnahmen plant die Landesregierung, um diese Lücke noch zu schließen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Frau Abgeordnete Herz, vielen Dank für Ihre Nachfrage. – Ich möchte das wiederholen: Wenn sich der Aufwuchs so fortsetzt, wie ich es eben gerade beschrieben habe, werden wir sämtliche Bedarfe decken. Einhergehend mit der

Umsetzung der eben beschriebenen Skizze ist das erklärte Ziel selbstredend auch die Erreichung des entsprechenden Stellenaufwuchses.

Falls Ihre Frage in die Richtung der Frage „Was ist die Erwartungshaltung?“ geht: Hierzu gibt es selbstverständlich Prognosen. Man geht derzeit davon aus, dass wir einen Bedarf von 80 % haben werden. Wir haben derzeit noch ein Delta. Wenn der Rechtsanspruch bereits im laufenden Schuljahr für alle Klassenstufen der Grundstufe zu erfüllen wäre, würden derzeit noch rund 33.000 Plätze fehlen. Aber mit den seitens der Schulen gestellten Anträge für das kommende Schuljahr können voraussichtlich bis zu ca. 11.000 weitere Plätze geschaffen werden. Daran sieht man schon den Abstand zwischen den errechneten und den abgefragten Bedarfen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegen nun keine weiteren Nachfragen vor.

Damit rufe ich **Frage 33** auf und darf Herrn Abgeordneten Bärtsch von der AfD-Fraktion das Wort erteilen.

Gerhard Bärtsch (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Welche konkreten Maßnahmen wird sie umsetzen, um Hessen als familien- und kinderfreundliches Land nach vorne zu bringen, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Das Wort zur Beantwortung hat Frau Staatsministerin Stolz. Bitte schön.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Familien werden zu Recht als Keimzelle der Gesellschaft bezeichnet. In Familien wird füreinander Verantwortung übernommen, das ganze Leben lang und über Generationen hinweg. Familien sind Zukunftsorte, in denen Kinder und Enkelkinder groß werden und die wesentlich das Leben jedes Einzelnen prägen. Dabei ist jede Familiensituation unterschiedlich und wird von den Menschen beeinflusst, die sie miteinander gestalten.

Aufgabe der Politik ist es, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und verlässliche Infrastruktur bereitzustellen, damit Familien ihr Leben individuell gestalten können und dabei die Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Familien und Kinder stehen deshalb im Zentrum der Politik der Landesregierung.

Eine kinder- und familienfreundliche Politik ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen gesellschaftlichen Bereichen und auch in allen Ministerien eine wichtige Rolle spielt. Mit einem eigenständigen Familienministerium haben wir dieser besonderen Bedeutung zusätzlich Rechnung getragen und setzen damit einen politischen Schwerpunkt für ein kinder- und familienfreundliches Hessen.

Unter Federführung des Familienministeriums werden wir eine Vielzahl an Maßnahmen umsetzen. Aufgrund der

knappen Zeit möchte ich an dieser Stelle nur einige Maßnahmen beispielhaft hervorheben.

Familienpolitik beginnt bereits vor der Familiengründung. Deshalb unterstützt die Landesregierung weiterhin Kinderwunschbehandlungen, hier den sogenannten vierten Versuch, und finanziert Beratungsangebote in der Schwangerschaft.

Damit Schwangere vor, während und nach der Geburt qualifiziert betreut werden, wollen wir die Hebammenversorgung in Hessen stärken. Die Maßnahmen des runden Tisches Hebammen werden wir dazu weiterverfolgen und beispielsweise hebammengeleitete Kreißsäle fördern. Mit einem neuen Förderprogramm unterstützen wir künftig auch die Niederlassung von Hebammen in Hessen mit einer Anschubfinanzierung.

Mit einem Aktionsplan „Kindermedizin“ wollen wir eine erstklassige und flächendeckende medizinische Versorgung von Kindern in Hessen unterstützen.

Derzeit fördern wir hessenweit 227 Familienzentren als zentrale Anlaufstellen für Familien und Menschen aller Generationen, egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. In den Familienzentren sind beispielsweise Kurse für Schwangere und junge Mütter, Kitas, Nachmittagsangebote für ältere Menschen, Großelternpaten oder Hausaufgabenhilfen unter einem Dach angesiedelt. Die Familienzentren unterstützen nicht nur im praktischen Leben, sondern sind vor allem auch Orte der Gemeinschaft und gegen Einsamkeit. Den flächendeckenden Ausbau dieser Zentren wollen wir deshalb weiter vorantreiben.

Ein weiteres attraktives Angebot für Familien in Hessen ist die FamilienApp, die digitale Umsetzung der Familienkarte. Die App ist kostenlos und einkommensunabhängig und richtet sich an alle Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren und Hauptwohnsitz in Hessen. Sie bietet unter anderem einen Unfallversicherungsschutz, zahlreiche Vergünstigungen bei Partnerunternehmen sowie einen Elternratgeber. Derzeit nutzen etwa 137.000 Familien das Angebot. Wir wollen die FamilienApp ausweiten und vor allem bekannter machen, damit mehr Familien in Hessen von diesem Angebot profitieren können.

Ein weiterer Schwerpunkt der Familienpolitik ist der Kinderschutz als dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Den Landesaktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt werden wir umsetzen. Darüber hinaus werden wir vor allem den präventiven Kinderschutz stärker in den Fokus nehmen. Wir werden flächendeckende Hilfsstrukturen und Unterstützungsnetzwerke für von Gewalt, sexualisierter Gewalt oder Vernachlässigung betroffene Kinder und Jugendliche weiter ausbauen. Bei allen Maßnahmen steht das Wohl des Kindes im Fokus.

Die Inbetriebnahme des ersten hessischen Childhood-Hauses in Frankfurt am Main in Umsetzung des Aktionsplans ist ein wichtiger Schritt, an den wir nahtlos anknüpfen werden. Im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter der Federführung des HMFG soll am Standort Frankfurt ein spezifisches multiprofessionelles Fortbildungsangebot entwickelt und für die hessischen Strukturen bereitgestellt werden. Perspektivisch werden wir ein hessisches Kinderschutz-Kompetenzzentrum etablieren, welches sowohl die Ebene der Fachkräfte aller beteiligten Professionen adressieren als auch eine Implementierung in einschlägige Hochschulausbildungen beinhalten soll. Dar-

über hinaus prüfen wir die weitere Entwicklung des Konzeptes Childhood-Haus in den hessischen Strukturen. Wir werden vor allem den präventiven Kinderschutz stärker in den Fokus nehmen.

Familie ist aber nicht auf Kinder beschränkt, sondern umfasst alle Generationen. Mir ist es daher ein besonderes Anliegen, Familienpolitik generationsübergreifend zu denken und dabei auch die Synergien innerhalb des Ministeriums zu nutzen. Hierzu gehört beispielsweise die Teilhabe von Seniorinnen und Senioren, für die gezielte Angebote unter anderem in den Familienzentren gefördert werden. Diese Zielgruppe, die nun erstmals auch im Titel eines Ministeriums genannt wird, werden wir stärker in den Blick nehmen.

Durch den demografischen Wandel wird auch die Pflege ein immer wichtigeres Thema in der Familienpolitik. Pflegenden Angehörige benötigen hier individuelle Unterstützungsangebote, die wir ausbauen werden. Aktuell läuft beispielsweise ein Förderaufruf, mit dem wir Modellprojekte in der Kurzzeit- und Tagespflege sowie in ambulant betreuten Wohnformen fördern, um pflegende Angehörige besser im Alltag zu entlasten. Daneben nehmen wir auch die stationäre Pflege in den Blick und wollen diese stärker in den Sozialraum öffnen. Unter dem Titel „Pflegeheim – Mitten im Leben“ fördern wir modellhaft Koordinierungsstellen in Pflegeeinrichtungen, die Verbindungen zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie dem Gemeinwesen und der Vereinsarbeit vor Ort unterstützen. So können Menschen in Pflegeeinrichtungen wieder mehr am Leben teilhaben.

Dies zeigt auch ein weiteres wichtiges generationenübergreifendes Thema auf: die Bekämpfung von Einsamkeit. Einsamkeit kennt kein Alter und kann alle Menschen treffen. Gerade durch die Pandemie ist dies ein größeres Phänomen auch bei Kindern und Jugendlichen geworden. Wir schaffen daher einen Aktionsplan gegen Einsamkeit, der die verschiedenen Facetten von Einsamkeit in unterschiedlichen Altersgruppen und sozialen Strukturen näher in den Blick nimmt und zielgerichtete Unterstützungsmaßnahmen vorsieht.

Diese kurzen Schlaglichter zeigen, wie vielseitig und themenübergreifend wir Familienpolitik denken und gestalten. Dies sind aber nur einige Beispiele, wie wir dazu beitragen, Hessen kinder- und familienfreundlicher zu machen. Darüber hinaus laufen bereits viele gute Projekte, die wir fortsetzen werden. Wir haben viele weitere Ideen, die wir im Laufe der Legislaturperiode zielgerichtet angehen werden. – Vielen Dank.

(Beifall Ines Claus (CDU))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine Nachfrage hat sich die Abgeordnete Gießler von der CDU-Fraktion gemeldet. Frau Gießler, Sie haben das Wort.

Jennifer Gießler (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin Stolz, Sie haben als eine Maßnahme die FamilienApp genannt. Können Sie hierzu noch etwas genauere Ausführungen machen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Und jetzt die nächsten zwei Seiten! – Gegenruf Tobias Eckert (SPD): Nur kein Neid!)

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Vielen Dank für die Nachfrage. – Die Familienkarte wurde 2010 initiiert und richtet sich, wie gesagt, an alle Familien, die mindestens ein Kind unter 18 Jahren haben. Es gibt eine ganze Menge Kooperationspartner in Hessen, und inzwischen ist sie in eine App überführt worden. Ich kann nur jeden, der Kinder unter 18 Jahren hat, zur Nutzung aufrufen. Ich weiß, dass diese App noch nicht so bekannt ist, weswegen wir im Moment massiv dafür werben, sie sich herunterzuladen.

In der App sind wahnsinnig viele Vergünstigungen enthalten, es gibt Freizeitangebote, es werden Tipps gegeben. Es ist ein wirklich sehr umfassendes Angebot. Wir sind immer wieder für Anregungen offen. Wir wollen damit auch eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Dieses Angebot ist kostenlos. Aktuell – ich kann es nur vermarkten – läuft eine Aktion, bei der man Karten für die EM bekommen kann, auch für das Deutschland-Spiel. Es lohnt sich also, die App herunterzuladen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine Nachfrage hat sich erneut der Abgeordnete Bärsch von der AfD-Fraktion gemeldet. Sie haben das Wort.

Gerhard Bärsch (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Die Landesregierung möchte laut Koalitionsvertrag auch als Arbeitgeber vorbildhaft vorangehen und die Bedürfnisse von Familien unterstützen, soweit die Arbeitsabläufe dies zulassen.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Ab wann und in welchen Bereichen können die Beschäftigten des Landes mit ersten konkreten Maßnahmen rechnen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Vielen Dank für die Nachfrage. – Das Land Hessen ist bereits heute ein sehr attraktiver Arbeitgeber für Familien. Wir haben die unterschiedlichsten familienpolitischen Angebote, viele der Ressorts sind entsprechend zertifiziert. Wir sind regelhaft im Austausch auch mit unseren Personalvertretungen, um dort zeitgemäß zu sein, weil sich Familie im Laufe der Jahre tatsächlich verändert: Was vor 20 Jahren opportun war, ist es heute vielleicht nicht mehr. Zum Beispiel hat die Pandemie einen deutlichen Wunsch

nach Homeoffice generiert, dem auch seitens der Häuser Rechnung getragen wird.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine weitere Nachfrage darf ich Herrn Abgeordneten Bathon von der CDU-Fraktion das Wort erteilen.

Maximilian Bathon (CDU):

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Stolz, Sie haben eben so viele interessante Themen angerissen. Können Sie uns vielleicht noch ein paar Informationen zu dem Förderprogramm „Pflegeheim – Mitten im Leben“ geben?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Vielen Dank für diese Nachfrage, da es sich hierbei um ein Thema handelt, das mir wirklich besonders am Herzen liegt. – Wir müssen feststellen, dass es – gerade auch in Pflegeheimen – zu Vereinsamung gekommen ist. Das ist ein Phänomen, das es immer mal wieder und schon immer in Einrichtungen gab, das aber jetzt durch die Pandemie verstärkt worden ist, weil die Pflegeeinrichtungen Orte waren, die besonders geschützt, aber damit auch besonders abgeschottet waren. Das hat dazu geführt, dass oftmals die Öffnung in den Sozialraum nicht mehr so erfolgt ist, wie wir uns das alle wünschen.

„Pflegeheim – Mitten im Leben“ soll hier Abhilfe schaffen; denn Pflegeheime sind Teil des gesellschaftlichen Miteinanders. Um das wieder zu unterstützen, haben wir „Pflegeheim – Mitten im Leben“ aufgelegt. Aktuell läuft der Förderaufruf. Auch hier kann ich nur dazu animieren, dass sich die entsprechenden Kommunen oder Pflegeeinrichtungen auf den Förderaufruf bewerben.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine weitere – und letztmögliche – Nachfrage darf ich Herrn Bärsch noch einmal das Wort erteilen. Bitte schön.

Gerhard Bärsch (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin, Sie haben in Ihren Ausführungen angesprochen – wenn ich Sie korrekt verstanden habe –, dass Sie perspektivisch ein Kinderschutz-Kompetenzzentrum etablieren wollen. Welcher Zeitraum ist unter dem Begriff „perspektivisch“ zu verstehen?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alsbald!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Vielen Dank. – Ich kann Ihnen im Moment noch kein genaues Datum sagen. Ich neige immer dazu, wenn ich etwas ganz konkret sagen kann, es dann auch ganz konkret zu tun. Das kann ich hier noch nicht. Aber Sie können sicher sein, dass das Thema Kinderschutz bei mir ganz oben auf der Agenda ist. Das war es immer, und das wird es auch bleiben.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Wir sind damit am Ende der heutigen Fragestunde angekommen.

(Die Fragen 63, 65 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 35, 36, 38 bis 43, 45 bis 51, 54, 56 bis 60, 62 und 64 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Bevor ich gleich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich auf der Besuchergalerie den Botschafter des Königreichs Belgien, Seine Exzellenz Herrn Geert Muylle, ganz herzlich begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen. Schön, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen nun zum **Tagesordnungspunkt 2:**

**Regierungserklärung
Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum
Wohlstand und Zusammenhalt – gemeinsam für einen starken hessischen Standort**

Mit aufgerufen wird **Tagesordnungspunkt 42:**

**Dringlicher Antrag
Fraktion der Freien Demokraten
Zeit für eine Wirtschaftswende in Hessen: Flughafen und Finanzplatz stärken, Bürokratiedickicht lichten
– Drucks. 21/551 –**

Ich darf zunächst, bei einer vereinbarten Redezeit von 20 Minuten, Herrn Staatsminister Mansoori das Wort erteilen. Bitte schön.

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Frau Präsidentin, Herr Botschafter, meine Damen und Herren! Zu Beginn dieser Rede möchte ich über Vertrauen und Demokratie sprechen; denn kein Politikfeld steht für sich. Wir feiern dieser Tage 75 Jahre Grundgesetz – morgen mit einer Feierstunde. Die Paulskirchenverfassung, die Frankfurter Dokumente, die Niederwaldkonferenz: Viel Hessen steckt in unserem Grundgesetz; vor allem aber das Versprechen einer sozialen Wirtschaftsordnung: gleiche Chancen und Rechte in einer freiheitlichen Demokratie.

Dieser Tage gilt es auch, zu betonen, dass das alles nicht selbstverständlich ist. Meine Eltern kommen aus einem Land, in dem es das nicht gegeben hat. Die Bilder der zwei Paten, die ich in meinem Büro hängen habe, sind von zwei Menschen, die sich völlig ohne Grund seit zwei Jahren im Gefängnis befinden. Das, was für uns manchmal selbstverständlich ist, ist es für Milliarden von Menschen auf

diesem Globus nicht. Deswegen bin ich stolz und dankbar, in Frieden, Freiheit und Demokratie leben zu können.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Zehntausende von Menschen sind in den letzten Wochen auf die Straßen gegangen, um genau für diese Werte einzustehen. Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft mischen sich ein. Sie machen deutlich, dass es um Offenheit und Zuwanderung geht, auch als Basis unseres Wohlstandsversprechens. Wir können uns in unserem Hessen Abschotung und Abriegelung nicht leisten. Deswegen geht es darum, einerseits Haltung zu zeigen. Genauso wichtig ist es aber, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat zu erneuern. Wir wollen das Versprechen einhalten, dass der Wohlstand allen zugutekommt und fair verteilt wird; denn Vertrauen ist das Fundament unserer Demokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und SPD)

Wir wollen, dass die Menschen Vertrauen und Mut fassen in Fortschritt und in eine gute Zukunft, in die Gestaltbarkeit ihres eigenen Lebens, in die Stärke der Demokratie. Ich persönlich will auch, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Hessens Vertrauen in diese Regierung haben.

Das wollen wir durch pragmatische Lösungen erreichen, durch eine klare Sprache, indem wir den Menschen auf Augenhöhe begegnen und indem wir Wohlstand und soziale Sicherheit miteinander verbinden. Ich will das für diese Landesregierung ganz deutlich machen: Wir stehen nicht für Bevormundung, Amtsschimmel und Bürgerferne, sondern für Zuhören, Anpacken und Gestalten. Das ist das, was wir mit „Renaissance der Realpolitik“ meinen.

(Beifall CDU und SPD)

Wie wollen wir das in der Praxis erreichen? Wir wollen, dass die Innovationen auch gesellschaftliche Fortschritte für die Menschen bringen. Die Art, zu arbeiten, zu produzieren, sowie der Alltag verändern sich für viele Menschen in Beschäftigung, etwa, wenn man keinem Callcenter begegnet, sondern einem Chatbot, der allerdings rund um die Uhr zur Verfügung steht.

Diese Veränderungen machen vielen Menschen Angst. Sie fordern sie. Deswegen geht es auch an dieser Stelle darum, deutlich zu machen, dass es Revolution in der Wirtschaftswelt schon immer gegeben hat: mit dem Buchdruck, der Elektrizität, dem Internet oder der Waschmaschine. Wir wollen für Vertrauen und Mut sorgen, dass technische Innovationen Grundlage für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt sind. Deswegen machen wir an dieser Stelle deutlich: Die Menschen in unserem Hessen sind die Architektinnen und Architekten des Wandels. Unsere Aufgabe als Politik ist es, Sicherheit zu geben.

(Beifall CDU und SPD)

Deswegen wollen wir die Menschen im Wandel unterstützen. Das Schlagwort „Transformation“ lässt Menschen und ihre lokalen Erfahrungen häufig verschwinden. Aber Bürgerinnen und Bürger müssen das Vertrauen haben, dass sie und ihre konkrete Lebenswirklichkeit von uns gesehen werden. Deswegen sagen wir an dieser Stelle als Koalition auch sehr deutlich: Wir sehen sie. Wir sehen ihre Bedürfnisse. Wir wissen, wie unterschiedlich die Veränderungen sind. Ob man in Frankfurt oder in Schwarz im Vogelsberg lebt, ob man bei Fritz Winter in Allendorf, in einer Kita

oder im mittelständischen Handwerk arbeitet: Wir schauen konkret hin.

(Beifall CDU und SPD)

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen, weil ich erst kürzlich bei diesem Betrieb gewesen bin: bei Kali + Salz, wo seit Generationen wichtige Grundlagen für unsere Lebensmittelversorgung, für die Pharmaindustrie, für die Textilindustrie produziert werden. Der Kalibergbau ist Teil der hessischen Identität. Aber es geht eben um die Frage: Wie können wir ein solches Unternehmen in die Zukunft begleiten? Da will ich an das Projekt „Werra 2060“ erinnern, das mit den Sozialpartnern gemeinsam entwickelt worden ist, wofür sie den Betriebsrätepreis nicht zu Unrecht erhalten haben,

(Beifall Stephan Grüger (SPD))

das deutlich macht, dass gute Sozialpartnerschaft am Ende gelebte Demokratie ist, dass Verlässlichkeit durch Vereinbarungen entsteht, durch Ausgleich von Interessen. Deswegen will ich an dieser Stelle auch als Wirtschaftsminister sagen: Wir sind stolz auf unsere hessische Industrie, und wir wollen alles dafür tun, dass sie auch in Zukunft stark und wettbewerbsfähig ist.

(Beifall CDU und SPD)

Deswegen sage ich erstens zu, dass unter sozialdemokratischer Verantwortung wieder eine dezidierte Industriepolitik gemacht wird, und zweitens, dass diese Industriepolitik mit den Unternehmen und den Beschäftigten gemacht wird. Meine Damen und Herren, am 23. Mai ist deswegen nicht nur ein Industrietag geplant, sondern das wird auch der Beginn unseres Industrietriologs sein, wo wir deutlich machen werden, dass der Wandel nur gemeinsam gelingt.

(Beifall CDU und SPD)

In all den Runden, die ich in den nächsten fünf Jahren einladen werde, will ich eines für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusagen: Wir machen keine Kränzchen, sondern wir werden konkrete Ergebnisse produzieren. Es geht darum, die Grundlagen für Wachstum, Wertschöpfung, für erfolgreiche Unternehmen und für gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten.

Deswegen sage ich auch an dieser Stelle: Bei den Strukturveränderungen, die anstehen, schafft der Markt das nicht alleine. Sie werden aber auch nicht von der Politik von oben verordnet, sondern das gelingt nur gemeinsam und mit einem Bündel an zielgerichteten Maßnahmen. Die Beschäftigten in all den Unternehmen, die jetzt in Schwierigkeiten geraten – ob es Conti, Putzmeister oder Buderus ist –, können sich alle darauf verlassen, dass sie einen direkten Draht in das Wirtschaftsministerium unseres Landes Hessen haben.

(Beifall CDU und SPD)

Damit der Wandel gelingt, braucht es eine passgenaue Wirtschaftsförderung, die Vertrauen im Wandel schafft. Ich will, dass wir diese Umbrüche in Hessen gemeinsam nutzen, um einen echten Aufbruch in eine gute Zukunft zu bewirken, um Lust auf Zukunft zu machen.

Ein wesentlicher Baustein für diese passgenaue Wirtschaftsförderung wird auch der Hessenfonds sein, zur Unterstützung von Investitionen in moderne Produktionsmethoden, und damit Hessen ein Hochtechnologieland und Ideenschmiede bleibt.

Das hat für mich hohe Priorität. Deswegen arbeiten wir auf Hochtouren daran, dass dieser Hessenfonds wirksam und konform mit der Schuldenbremse so schnell und so unkompliziert wie möglich kommt, weil ich davon überzeugt bin, dass die Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen heute gelegt werden. Deswegen packen wir auch heute an, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und SPD)

Wenn ich von Vertrauen spreche, dann geht es auch darum, dass der Staat seiner besonderen Vorbildfunktion in unserer Wirtschaftsordnung nachkommt. Deswegen habe ich im Rahmen der 100-Tage-Bilanz angekündigt, dass wir auf Hochtouren an der Novelle des Hessischen Vergabe- und Tarifreuegesetzes arbeiten. Denn es geht neben der Frage der Wirtschaftlichkeit darum, kleine Unternehmen, gerade unsere Handwerksbetriebe, von Bürokratie und verzerrtem Wettbewerb zu entlasten; und es geht gleichzeitig darum, die Beschäftigten vor Lohndumping und schlechten Arbeitsbedingungen zu schützen. Deswegen will ich, dass kleine Aufträge vom HVTG freigestellt werden; und ich will, dass große Aufträge an Tariflöhne gebunden werden. Das entlastet unsere Verwaltungen in den Rathäusern, und es hilft unseren Unternehmen, die fair bezahlen und gut arbeiten, zum Beispiel auf dem Bau.

(Beifall CDU und SPD)

Wenn ich den Bau anspreche, dann sind wir bei einem Thema, das mich sehr bewegt, nämlich die Frage, wie sich die Menschen ein bezahlbares Zuhause leisten können. Dies ist die soziale Frage unserer Zeit, die mittlerweile durch sehr viele Gruppen, ob in den Städten oder dem ländlichen Raum, geht. Wohnen ist mittlerweile einer der zentralen Standortfaktoren geworden. Unternehmen gelingt es immer schwerer, Menschen gerade in dieser hochpreisigen Region an sich zu binden, weil es häufig nicht möglich ist, dass sie von ihrem Einkommen ein bezahlbares Zuhause finanzieren können.

Deswegen machen wir eine Wohnungspolitik aus einem Guss für die unterschiedlichsten Bedarfe: Zum 01.03. haben wir mit dem Hessengeld rückwirkend begonnen, damit sich die Menschen das Leben in den eigenen vier Wänden leisten können. Wir werden das Programm des „Jungen Wohnens“ weiter ausrollen. Nicht erst bei der Vorstellung des Meisters haben mir sehr viele Meisterschülerinnen und -schüler berichtet, dass sie teilweise von weit her in ihre Klassen pendeln müssen, weil sie sich die Wohnung in dieser Region nicht leisten können. Das sind die Fachkräfte von morgen, die das berichten. Deswegen geht es darum, schneller und preiswerter zu planen. Insofern habe ich eine Kommission eingesetzt, die sich mit Innovationen im Bau beschäftigt; denn es geht darum, nicht immer neue Standards zu definieren, sondern dafür zu sorgen, dass wir Qualität durch weniger Ressourcenaufwand erreichen. Unsere Überzeugung als Koalition ist: Die beste Mietpreisbremse besteht aus Glas, Stein, Holz, Stahl und Beton.

(Beifall CDU und SPD)

Natürlich wird es auch Punkte geben, die nicht allen in diesem Haus gefallen, wenn ich etwa das Thema des Leerstands anspreche, das wir mit gesetzlicher Grundlage angehen wollen. Da geht es nicht etwa darum, dass, wenn Menschen ihre Wohnung sanieren oder Erbgemeinschaften trauern, eine Wohnung vorübergehend leer steht, sondern es ist eine Frage der Fairness, dass Einzelne nicht dauerhaft den Mietmarkt verknappen und so den Druck

auf den Wohnungsbau erhöhen. Deswegen wollen wir ein Leerstandsgesetz auf den Weg bringen, wie es das in anderen Bundesländern, wie etwa in Bayern, schon gibt. Wir werden uns mit diesem Gesetz gegen spekulativen Leerstand stellen und diesem einen Riegel vorschieben; denn im Grundgesetz ist klar geregelt: „Eigentum verpflichtet“, und diese Verpflichtung werden wir auch einfordern.

(Beifall CDU und SPD)

Mit dem gleichen Pragmatismus wollen wir die Frage der Energieversorgung angehen. Unternehmen, Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen nämlich eine verlässliche und bezahlbare Energie. Wir müssen die Energiewende erfolgreich voranbringen. Das will ich nicht moralisch definieren, sondern ganz rational: je mehr heimische Energie, desto niedriger der Preis. Weniger Emissionen werden unseren Unternehmen im internationalen Wettbewerb helfen. Wir haben in Hessen sehr viele Champions, wie etwa SMA, die Weltmarktführer in ihren Zukunftstechnologien sind. Es ist in unserem unmittelbaren Interesse, eine pragmatische Energiewende voranzutreiben.

(Beifall SPD)

Das wird uns einerseits gelingen, indem wir Wind- und Solarenergie vorantreiben, etwa indem wir durch eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei den Genehmigungsprozessen, aber auch an den Erträgen mehr Akzeptanz schaffen. Es wird uns andererseits gelingen, indem wir auf die Vielfalt der Technologien setzen, auf Bio-Energie, Geothermie, Solarthermie oder Wasserkraft. Wir wollen lokal denken und handeln. Insbesondere die ländlichen Regionen werden davon profitieren, wenn wir uns nicht auf einzelne Technologien versteifen, sondern auf das setzen, was vor Ort möglich ist, wenn wir Speicherung und Verteilung mitdenken, etwa bei der Ertüchtigung der Netze, beim Wasserstoff. Ich war heute Morgen bei einer Berufsmesse, der konaktiva in Darmstadt, wo ich von einem Unternehmen erfahren habe, in dem zukunftsweisende Ergebnisse im Bereich der Speicherung in Eisen produziert werden. Gemeinsam als Koalition wollen wir im Lahn-Dill-Kreis alles dafür tun, das nächste Pumpspeicherwerk an den Start zu bringen. Das ist pragmatische Energiepolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren, die unseren Unternehmen hilft.

(Beifall CDU und SPD)

Damit das alles gelingt, brauchen wir eine bessere Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung. Wir brauchen Verwaltungsmodernisierung, wir brauchen Pragmatismus, und wir brauchen Entscheidungsfreude. Wir brauchen vor allem auch eine Fokussierung, beispielsweise auf die Wärme. Deswegen unterstützen wir unsere Kommunen auch bei der Wärmeplanung; denn es geht darum, die beste Lösung für das Wohnviertel zu finden. Ich will für die Koalition aber auch deutlich machen, dass es darum geht, auf Technologieoffenheit und Innovationen zu setzen, auch in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen unseres Bundeslandes. Auch wenn das manche in diesem Haus regelmäßig verächtlich machen: Auch die Laserkernfusion ist eine Zukunftstechnologie, an der gearbeitet werden muss.

(Beifall CDU und SPD)

Deswegen ist klar: Wir können die Energiepolitik in Deutschland nicht von Hessen aus bestimmen, aber wir können hier bei uns dafür sorgen, dass wir nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern gemeinsam einen

Rahmen schaffen, in dem wir uns künftig verlässlich, bezahlbar und sauber mit Energie versorgen. Das ist das, woran wir arbeiten.

(Beifall CDU und SPD)

Auch in der Mobilität setzen wir auf Verlässlichkeit; denn jeder Mensch hat ein Recht auf Grundmobilität. Auch hier nehmen wir die Vielfalt der Lebenswirklichkeiten in den Blick: alle Infrastrukturen und verkehrsteilnehmende Menschen, die zu Fuß, auf dem Rad, im Auto, mit dem Bus oder auf der Schiene unterwegs sind. Auch hier will ich deutlich machen – auch wenn es nicht jedem gefällt –: Wir werden weiterhin in den Straßenbau investieren.

(Beifall CDU und SPD)

Deswegen wollen wir erfolgreiche Produkte wie das Deutschland-Ticket weiter unterstützen. Dafür setze ich mich als Verkehrsminister ein. In diesem Semester gibt es auch für Studierende ein attraktives Angebot. Natürlich geht es aber auch darum, dass der Infrastrukturausbau gelingen muss, der häufig konfliktbelastet ist. Einige davon konnte ich entschärfen oder lösen, etwa in Uttrichshausen oder in Lorsbach. Aber es geht eben darum, dass wir diese Konflikte erst gar nicht entstehen lassen, durch Beteiligungsprozesse, durch eine Verkehrspolitik, die nicht im Elfenbeinturm gemacht wird, durch Zuhören und dadurch, dass wir gute Argumente ernst nehmen. Wir wollen unideologisch entscheiden. Es braucht Bahnen, die fahren, und Straßen, die befahrbar sind. Auch wirtschaftlich gilt: Jeder Euro in unsere Infrastruktur ist auch eine Investition in den wirtschaftlichen Aufschwung Hessens.

(Beifall CDU und SPD)

Ich verrate angesichts der Haushaltssituation kein Geheimnis, wenn ich sage: Es wird ein Kraftakt, die Verbünde zu stärken. Es wird ein Kraftakt, dem Deutschland-Ticket zu einem langfristigen Erfolg zu verhelfen. Aber ich finde, es ist ein Kraftakt, der sich lohnt. Dafür will ich mit aller Macht kämpfen. Damit die Menschen nämlich sehen, damit sich etwas bewegt, müssen wir schneller werden bei der Planung und dem Bau der benötigten Infrastruktur. Auch aus meiner Zeit als Bundestagsabgeordneter weiß ich: Das ist am Ende kein Hexenwerk, sondern es geht um Digitalisierung, Priorisierung und um das Entschlacken von Verfahren. Das sind die zentralen Hebel; und wir wollen sie auch in Bewegung setzen.

(Beifall CDU und SPD)

Am Ende will ich aber die Menschen in den Mittelpunkt rücken; denn es sind die Menschen, die den Wohlstand Hessens mit Elan und Einsatzkraft erwirtschaften.

(Beifall Stephan Grüger (SPD))

Wohlstand, gute Arbeit und gute Lebensbedingungen müssen daher Hand in Hand gehen. Fehlende Fachkräfte sind deswegen nicht nur ein Ärgernis, sondern sie sind eine Gefahr für unseren Wohlstand. Nicht nur deswegen haben wir in den ersten 100 Tagen den Meister kostenfrei gemacht. Das sind nämlich die Ausbilderinnen und Ausbilder von morgen, und es drückt die Wertschätzung gegenüber den Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern unseres Bundeslandes aus.

(Beifall CDU und SPD)

Chancen, Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das gehört alles zusammen. Auch deswegen hat Ministe-

rin Hofmann in den ersten 100 Tagen auf den Ausbau der frühkindlichen Bildung gesetzt. Wir sehen in allen Statistiken: Zwei Drittel aller berufstätigen Mütter arbeiten in Teilzeit. Bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist Deutschland im europaweiten Vergleich Schlusslicht. Das zu verändern, ist nicht nur eine Frage der Gleichstellung, sondern der volkswirtschaftlichen Vernunft. Diejenigen, die mehr arbeiten wollen, müssen sich auf eine Regierung verlassen können, die alles dafür tut, dass sie auch mehr arbeiten können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist diese Regierung.

(Beifall CDU und SPD)

Wenige Wochen vor der Europawahl will ich aber auch deutlich machen, dass es um ein offenes Hessen und um qualifizierte Zuwanderung geht. Ich bin dankbar, dass die Industrie- und Handelskammern darauf hingewiesen haben, dass 27 % unserer Erwerbstätigen eine Migrationsgeschichte haben und unsere Betriebe am Laufen halten. Ich bin dankbar für all die Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich dieser Tage einmischen. Gezielte Zuwanderung ist keine Frage von Ideologie, sondern von Mathematik und Pragmatismus. Wer aus ideologischen Gründen daran rüttelt, will unsere Gesellschaft spalten und den billigen Punkt machen.

Erst kürzlich habe ich daran erinnert, wohin die Rhetorik von Abschottung und Nationalismus in Großbritannien geführt hat. Menschen bezahlen das mit leeren Regalen, mit fehlenden Arbeitskräften und mit steigender Armut. Ich will deutlich machen: Das ist keine Alternative für Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch AfD)

Demokratie und unsere Art, zu leben und zu wirtschaften, stehen unter Druck. Deswegen ist es gut, dass wir als Landesregierung viel in der Demokratiebildung machen. Aber die Demokratie zu stärken, für Vertrauen zu werben, das ist ein Langzeitprojekt. Das ist auch meine persönliche Leitlinie für die nächsten fünf Jahre. Wir werden gemeinsam am Alltag gemessen werden. Deswegen will ich keine Luftschlösser bauen, sondern ich will als Wirtschaftsminister jeden Tag dafür arbeiten, dass sich die Menschen in unserem Hessen von ihrem Einkommen ein gutes Leben leisten können. Das ist die Stärke der Demokratie. Die Stärke der Demokratie ist die Vielfalt der Stimmen. Die Vielfalt der Stimmen ist die Basis unserer Demokratie. Elisabeth Selbert, eine Hessin, hat diesen Gedanken in Art. 3 unseres Grundgesetzes verankern können.

Deswegen will ich zum Schluss sagen: Egal, wer wir sind, woher wir kommen, wir haben die gleichen Rechte und Pflichten. Dieser Staat ist für alle da. Das Versprechen „Eine für alle“, das diese Koalition trägt, ist urhessisch. Mit diesem Versprechen wollen wir die nächsten fünf Jahre gemeinsam für Wohlstand und Zusammenhalt sorgen. Ich bin überzeugt: Unsere Zukunft wird eine gute sein. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall CDU und SPD)

Vizepräsident René Rock:

Vielen Dank, Herr Staatsminister, für diese Regierungserklärung. – Für die AfD-Fraktion erteile ich jetzt dem Abgeordneten Lichert das Wort.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Guter Mann!)

Andreas Lichert (AfD):

Herr Präsident, verehrte Kollegen! Die Exzellenz hat uns leider schon verlassen.

Freiheit, Sicherheit, Wohlstand – über die Prioritäten kann man natürlich immer trefflich diskutieren, aber ich hoffe doch, dass über all die Geschmacksrichtungen der Parteien und Fraktionen hinweg wenigstens dieser fundamentale Dreiklang Einfluss findet.

(Beifall AfD)

Denn Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sind das Fundament eines erfolgreichen, eines glücklichen Lebens, sei es als Individuum, sei es als Familie, sei es als Gesellschaft. Genau darum muss es in diesem Hohen Haus gehen.

Wenn darüber Einigkeit herrscht, dann muss man doch umso lauter die Frage stellen, warum es immer weniger Freiheit gibt und auch immer weniger Wohlstand und Sicherheit, zumindest für die allermeisten Bürger.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, wenn diese Ideale wirklich von allen geteilt werden, dann sollten sie auch nicht nur abstrakte Werte in Sonntagsreden sein, nein, dann sollten sie vielleicht sogar ganz konkrete Kriterien der Bewertung und der Beurteilung von politischen Konzepten, Anträgen und Gesetzentwürfen werden. Was bedeutet ein Gesetz für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand von Bürgern und Unternehmen? Diese Frage sollten wir uns häufiger stellen. Das gilt umso mehr; denn in diesem magischen Dreieck erfolgreicher und bürgernahe Politik lauern natürlich auch Zielkonflikte. Ich möchte ein paar Beispiele nennen.

Sicherheit kostet Geld und schmälert dadurch natürlich unseren Wohlstand. Ein Mehr an Sicherheit kann natürlich auch mit Einschränkungen der Freiheit verbunden sein. Ein geradezu klassisches Beispiel, das jetzt gerade wieder in die Öffentlichkeit kommt: Ein Zielkonflikt zwischen individueller Freiheit und kollektiver Sicherheit ist die Wehrpflicht. Natürlich schränkt die Wehrpflicht die Freiheit junger Männer, und zukünftig sicherlich auch junger Frauen, ein. Aber aus ganz vielen Gründen halten wir das für sinnvoll. Wir freuen uns daher darüber, dass die Union nun auch diese bedeutende sicherheitspolitische Feststellung gemacht hat und nach zehn Jahren eine AfD-Forderung übernimmt.

(Beifall AfD)

Einmal mehr zeigt sich, dass die Alternative für Deutschland die politische Avantgarde bei der Renaissance bürgerlicher Politik ist, die unser Land so dringend braucht.

(Beifall AfD)

Auch hier muss man diese einzelne Entscheidung im großen Kontext sehen. Dazu gehört natürlich die Zeitenwende. Betrachtet man die Deutschland-Geschwindigkeit bei dieser zentralen sicherheitspolitischen Zeitenwende,

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Kommen Sie zu Hessen!)

dann muss man doch eher von einer Zeitlupenwende sprechen.

(Beifall AfD)

Ende März sind gerade einmal 8 Milliarden des 100 Milliarden Euro schweren Bundeswehr-Sondervermögens überhaupt verausgabt worden. Wenn bei einer derart existenziellen Frage – wir reden immerhin über die Verteidigung der Freiheit Deutschlands und Europas am Dnepr, wie uns die Kriegsbefürworter immer wieder beschwören –,

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Kommen Sie zu Hessen!)

wenn bei einer so entscheidenden Frage Staat und Gesellschaft derart behäbig sind, was macht uns dann glauben, dass ausgerechnet die Hessische Landesregierung auf die existenziellen Herausforderungen hier in Hessen bessere und schnellere Antworten geben kann? – Richtig, gar nichts.

(Beifall AfD)

Umso gefährlicher ist ein Satz des Ministers: „Es wird wieder eine dezidierte Industriepolitik geben.“ Meine Damen und Herren, mir läuft es dabei kalt den Rücken runter. Aus diesem Satz spricht nicht weniger als Hybris, Paternalismus und „die Anmaßung von Wissen“, wie es Friedrich August von Hayek so treffend formulierte. Wollen wir wirklich eintauchen in die Negativbeispiele gescheiterter Industriepolitik?

Schauen wir doch zu unseren französischen Freunden und Nachbarn. Die Planification, hat die funktioniert? Über 110 % des BIP an Staatsverschuldung, ein marginal höheres Wachstum als bei uns – ein Erfolgsmodell, wirklich? Es ist bestimmt nur schiefgegangen, weil es nationalstaatlich organisiert war. Auf EU-Ebene läuft natürlich alles viel besser – wissen wir doch.

(Beifall AfD)

Wie zum Beispiel bei der Lissabon-Strategie: Sie wurde im März 2000 – wo anders als in Lissabon? – verabschiedet und hatte zum Ziel, die Europäische Union innerhalb von zehn Jahren, also bis 2010, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsort der Welt zu machen. Wow! Was ist daraus geworden? Was hatten wir 2010? – Richtig, die Euro-Staatsschuldenkrise. So geht das also in Brüssel.

(Beifall AfD)

Mit dem aktuell stattfindenden Marsch in Schulden- und Transferunion, verräterischerweise genannt: NextGenerationEU

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Kommen Sie noch zu Hessen?)

– Herr Kollege, keine Sorge –, mit NextGenerationEU zeichnet sich wieder ein ähnlich teures und erfolgloses Debakel ab.

(Holger Bellino (CDU): Denken Sie an die Redezeit! – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Jetzt schauen wir doch einmal auf die Erfahrungen in Deutschland. Ja, Deutschland ist schon ein bisschen näher an Hessen als Brüssel. Möchte jemand wirklich zurück zu den Erfahrungen mit der deutschen Solarindustrie in den Nullerjahren? Echt, wollen wir das? – Lassen Sie uns noch einmal kurz rekapitulieren: Die Subventionen pro Arbeitsplatz waren deutlich höher als bei der deutschen Steinkohleförderung, aber deren Stromerzeugung war wenigstens grundlastfähig.

Aber heute sind wir natürlich viel schlauer. Das sieht man zum Beispiel an Intels Chipfabrik in Magdeburg: Die Subventionen pro Arbeitsplatz würden ein ganzes Erwerbsleben zum Durchschnittslohn finanzieren. Subventionen pro Arbeitsplatz – Herr Minister, ist das Ihre Vorstellung moderner Wirtschaftspolitik? Ich hoffe, nicht.

(Beifall AfD)

Offensichtlich müssen wir hier noch einmal die Grundlagen erfolgreicher Wirtschaftspolitik rekapitulieren. Und – Achtung: Pointe – es sind die gleichen wie der eingangs genannte Dreiklang. Unternehmerische Freiheit, also ohne übermäßige staatliche Gängelung die Bedürfnisse von Kunden befriedigen zu können und auf Veränderungen des Marktes reagieren zu können, das ist die Erfolgsformel für Unternehmen. Dazu gehören auch Rechts- und Investitionsunsicherheit – ohne sie keine Investitionen. Und auch hier gehört der Wohlstand dazu. Im unternehmerischen Kontext sind damit natürlich Profitabilität und Kapital gemeint, um überhaupt die Investitionen tätigen und stemmen zu können.

Genau davon, von diesem Grundverständnis der Erfolgsfaktoren erfolgreichen Wirtschaftens, findet sich in der Regierungserklärung ganz genau gar nichts – gar nichts.

(Beifall AfD)

Stattdessen der süße Lockruf des Hessenfonds, also Steuerzahlergeld, sprich: Subventionen und Darlehen für staatlich gewünschtes Wirtschaften. Meine Damen und Herren, das ist der schleichende Tod der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall AfD)

Wenn wir ehrlich sind, kann die Landesregierung tatsächlich nur sehr wenig Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in unserem Bundesland nehmen. Berlin und immer mehr Brüssel geben den Takt vor. Aber umso wichtiger ist es doch, dass wir die in Hessen verbliebenen Stellschrauben auch zum Wohle von Wirtschaft und Bürgern nutzen.

Statt der Wirtschaft das Leben leichter zu machen, haben Sie gerade genau das Gegenteil beschrieben, Stichwort: HVTG. Ich bin schon auf den Eiertanz der CDU gespannt, wenn auf einmal all das, was man in der letzten Legislaturperiode noch verhindert hat, nämlich die Änderungen der SPD am Hessischen Vergabe- und Tariftrueugesetz, also was letzte Legislaturperiode noch böse und schlimm war, genau das ist, was in einer schlechteren wirtschaftlichen Situation die Unternehmen brauchen. Ich bin sehr gespannt, wie Sie das hinkriegen.

(Beifall AfD)

Denn was bedeutet das am Ende für die Unternehmen? Mehr Bürokratie, mehr Dokumentationspflichten, mehr Rechtsunsicherheit, weil die vergabefremden Kriterien jenseits der Kosten mit Unsicherheiten behaftet sind. Das Risiko von Klagen unterlegener Bieter steigt natürlich. Das heißt, die Umsetzungsprojekte werden mit hoher Wahrscheinlichkeit noch weiter in die Länge gezogen. Herzlichen Glückwunsch dazu. Öffentliche Ausschreibungen werden für die erfolgreichen Unternehmen noch unattraktiver, erst recht, wenn sie in Verkäufermärkten agieren. Der Kontrollaufwand seitens des Staates steigt natürlich auch immens.

Aber ich mache mir keine Illusionen: Dieser Ever-Read wird kommen. Schließlich muss auch der kleinere Koali-

tionspartner einmal etwas vorzuweisen haben, erst recht, wenn es um die letzten verbliebenen Verbündeten, die Gewerkschaften, geht. Das sind übrigens die gleichen Gewerkschaften, die bei den diversen Anhörungen zum Thema HVTG nie plausibel erklären konnten, warum ausgerechnet in Zeiten des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels die Unternehmen nicht aus schier Profitgier gute Arbeitgeber sind, um nämlich Nachwuchs und Neueinstellungen überhaupt anzuziehen. Diesen Denkfehler konnten sie komischerweise nie auflösen.

(Beifall AfD)

Apropos Fachkräftemangel: Natürlich darf der Fachkräfteimport aus dem Ausland nicht als Lösungsmittel in der Regierungserklärung fehlen. Zitat:

„Wir brauchen gezielte Zuwanderung in fast alle Branchen. Das ist keine Frage von Ideologie, sondern von Mathematik und Pragmatismus.“

Das ist gut, Herr Minister. Das gefällt mir richtig gut. Der Gedanke an Mathematik und Pragmatismus, das ist wirklich einmal etwas Neues hier im Land. Die Grundrechenarten gehören gemeinsam mit den Naturwissenschaften und dem gesunden Menschenverstand ohnehin zu unseren zuverlässigsten Verbündeten. Also lassen Sie uns doch einmal eine pragmatische Plausibilitätsrechnung anstellen.

Es wird gern die Zahl von 400.000 benötigten Fachkräften pro Jahr herumgereicht. Nehmen wir das einfach einmal hin. Die Wirtschaft möchte 400.000 Fachkräfte mehr pro Jahr in Deutschland. Gehen wir einmal davon aus, die Hälfte davon sei verheiratet; dann sind wir schon bei 600.000. Wenn jetzt jedes dieser 200.000 Paare im Schnitt zwei Kinder hat, sind wir bei einer glatten Million Personen jedes Jahr, allein durch qualifizierte Zuwanderung.

Jetzt schauen wir doch einmal, wie viele davon nach Hessen kommen. Wir sind als ein so schönes Bundesland natürlich überdurchschnittlich attraktiv – ist doch klar. Kalkulieren wir also einmal mit einem Zehntel: 100.000 neue Hessen jedes Jahr, und das nur über qualifizierte Zuwanderung. Wir reden nicht über Asyl, wir reden nicht über Familiennachzug, wir reden nicht über EU-interne Migration und, und, und.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Sagten Sie „qualifizierte Zuwanderung“?)

Wie wird sich das wohl auf unsere Wohnungsmärkte auswirken? Wie sieht es denn aus im Wohnungsbau? Das Schöne ist, es gibt ein einfaches Schlagwort: 22 in 22. Im Jahr 2022 wurden nämlich ca. 22.000 Wohnungen gebaut. Wer jetzt ernsthaft diese qualifizierte Zuwanderung in diesem enormen Ausmaß fordert, der muss auch beantworten: Was bedeutet das für Kitas, für Kindergärten, für Schulen, für Krankenhäuser, für Gesundheitseinrichtungen und, und, und? Das sind doch genau die Bereiche, wo Sie jetzt schon Personalmangel haben.

(Beifall AfD)

Wer Fachkräfteeinwanderung ernsthaft als Lösungsmittel anpreist, der muss auf all diese Fragen eine überzeugende Antwort geben; sonst streut er Bürgern und Unternehmen schlicht Sand in die Augen und macht unseriöse Versprechungen.

Ähnlich mäßig seriös sind auch die Rezepte, die gegen Wohnungsnot angeboten werden. Die klingen natürlich alle gut, aber das Problem ist, die sind weder neu noch origi-

nell. Das hat auch in der Vergangenheit schon alles nicht funktioniert. Immer wieder ist von Verschlangung von Vorschriften, von Vereinfachung, von Entbürokratisierung die Rede. Nur: Wo ist sie? Sie ist weit und breit nicht zu erkennen, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Kommen wir zum Stichwort der Mobilität. Herr Minister, Ihre Ministerialen brennen da ein richtiges Feuerwerk ab. Auf der Tonspur war es jetzt nicht ganz so explosiv wie im Skript. Aber diese Bonmots muss ich mit Ihnen teilen:

„Mobilität ist für uns ... ein Wert an sich. ... Der Verkehr muss enkeltauglich werden ...“

Was immer das heißen soll – aber klingt gut.

(Heiterkeit AfD)

„[Das] Deutschland-Ticket ist eine Revolution [für] ... Unbeschwertheit im Dschungel der Tarife ...“

Herr Minister, wahrscheinlich ist Ihnen selbst aufgefallen: Das war „a bit too much“. Aber gut, nehmen wir es einfach einmal hin.

Aber dann gibt es wirklich einen richtig guten Satz, und den haben Sie auch genau so gesagt:

„Es wird ein Kraftakt, die Verkehrsverbände gut finanziell auszustatten und das Deutschland-Ticket zum Erfolg zu bringen.“

Da hat er recht, der Herr Minister. Und genau, weil das so ist, ist das Deutschland-Ticket in seiner jetzigen Fassung ein schwerer Fehler.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, wie kam es zu diesem Fehler? Nun, zum einen: Die Pilotphase war eine Farce, weil das Ergebnis schon vorher feststand. Die Politik wollte das Ding haben. Deswegen hat die Kritik des Personals, der Fahrgäste usw. null bewirkt. Sie wollten das Ding, jetzt haben sie das Ding.

Die Finanzierung ist unseriös. Der alte und sehr richtige Grundsatz der paritätischen Finanzierung durch Entgelte und Förderung durch Steuerzahlergeld auf der anderen Seite ist über Bord geworfen worden, und er wird so schnell nicht wiederkommen. Gerade für Berufs- und Fernpendler ist das natürlich eine Supersache; die können jetzt deutlich Geld sparen. Das sind aber keine Neukunden. Das heißt, diese Ersparnisse bei den Kunden fehlen den Verbänden. Es handelt sich ausschließlich um Mitnahmeeffekte. Das sind keine Neukunden, das ist völlig ohne Lenkungswirkung.

(Beifall AfD)

Die meisten echten Neukunden wird es natürlich im gut erschlossenen urbanen Raum geben, wo die Auslastung eh schon hoch, wenn nicht gar zu hoch, ist. Für die Investitionen im ländlichen Raum, um den ÖPNV dort – „attraktiv“ will ich gar nicht sagen – erträglich zu machen, fehlen den Verkehrsverbänden nun die Einnahmen.

Der Eiertanz der letzten Wochen hat uns auch belehrt, dass noch längst nicht entschieden ist, ob und wie diese Defizite vernünftig gedeckt werden. Das Deutschland-Ticket schafft zusätzliche Nachfrage und senkt gleichzeitig die Fähigkeit der Verbände, darauf mit Angebotsausweitung

zu reagieren. Das ist ein toxischer Cocktail zulasten der Fahrgäste und des Personals.

(Beifall AfD)

Aber – wie könnte es anders sein? – der absolute Höhepunkt der Grundrechenartenleugnung verbirgt sich natürlich im Abschnitt Energiewende. Seit einigen Wochen kennen wir dank einer Studie von BDEW und EY das Preisschild der Energiewende, zumindest für die nächsten zwölf Jahre. Es beträgt 100 Milliarden Euro pro Jahr – autsch.

Aber, meine Damen und Herren, das sind nicht die Gesamtkosten. Das sind nur die Investitionen, die jedes Jahr fällig werden. Die laufenden Kosten zum Beispiel für Netzbetrieb und -stabilisierung, Regelenergie, Redispatch, die Kompensation von Lastabwurf, Einspeiseabregelung usw., das alles kommt noch obendrauf,

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): So viele Fachbegriffe auf einmal!)

und es ist Ihre Verpflichtung, das zu wissen.

(Beifall AfD)

Das ewige Ammenmärchen von sinkenden Stromkosten durch mehr Erneuerbare haben wir auch gerade wieder gehört.

(Stephan Grüger (SPD): Ohne Energiewende wird es doppelt so teuer!)

Aber leider ist es Unsinn. Es widerspricht jeder Logik und jeder Erfahrung. Auch dazu eine Plausibilitätsrechnung: Betrachten wir die Kosten für die Öl- und Gasimporte in den letzten 15 Jahren. Da gab es genau ein Jahr, wo diese mehr als 100 Milliarden Euro betrugten, und das war 2022. Wir erinnern uns: Russlands Angriff auf die Ukraine mit entsprechenden Energiepreiskapriolen. In allen anderen Zeiträumen der letzten 15 Jahre lagen die Kosten deutlich niedriger, im Durchschnitt bei 71 Milliarden Euro.

Aber so deutlich der Preisabstand ist, so wenig sinnvoll ist dieser Vergleich; denn in Öl- und Gasimporten stecken auch die Kosten für Benzin, Treibstoffe, Verkehr, für den Gebäudesektor, während die 100 Milliarden Euro ausschließlich auf den Stromsektor entfallen.

Meine Damen und Herren, Kosten und Investitionen der Energiewende sind ein volkswirtschaftlicher Aderlass, dem keinerlei Investitionsrendite gegenübersteht.

(Beifall AfD)

Obwohl wir Jahre und 6.000 Kilometer hinterherhinken, sind in den letzten drei Jahren die Netzentgelte um 48 % gestiegen. Das Energiewendebarmeter der IHKs fällt entsprechend aus. 52 % aller Unternehmen und 63 % aller Industrieunternehmen sind negativ oder sehr negativ von der Energiewende in ihrer Wettbewerbsfähigkeit betroffen. Die Reaktion ist vollkommen klar: Arbeitsplatzverlust, Produktionsverlagerung. Falls jetzt irgendjemand anfängt, zu jubeln, weil das dem Weltklima irgendetwas bringt, bitte nicht. Sie stellen sich selbst ein schlechtes Zeugnis aus.

(Beifall AfD)

Produktive Wertschöpfung wird aus Deutschland vertrieben und auf dem Altar des Klimaschwindels geopfert. Unsere Zukunft als Industrieland und damit auch als Kulturland ist gefährdet. Die Lage für Hessens Wirtschaft ist dramatisch schlecht.

Dazu muss man auch auf die Rahmenbedingungen aus Berlin und vor allem aus Brüssel blicken. Ich habe mich hier bewusst auf die Regierungserklärung konzentriert. Aber was in Brüssel ausgerechnet von einer deutschen CDU-Politikerin als Regulierungs-Tsunami losgetreten wird, ist atemberaubend. Ich will es gar nicht aufzählen, meine Redezeit ist weg, wenn ich das alles aufzähle.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Sie haben Herrn Krahl! Der macht das dann alles gut!)

Blicken wir einmal kurz auf Ursula von der Leyen. Seit sie Klassensprecherin geworden ist, ist sie von niemandem außerhalb von Partei und Fraktion zu irgendetwas gewählt worden, und das hat wahrscheinlich seinen Grund. Das wird auch am 9. Juni so bleiben. Es laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Frau von der Leyen,

(Beifall AfD – Zurufe)

Stichwort: Pfizer-Gate. Warum man von diesem kleinen Detail in den deutschen Medien nichts erfährt, das können vielleicht die Kollegen von den selbst ernannten Qualitätsmedien erklären. Ich kann es Ihnen nicht erklären.

Minister Mansoori hat an den Beginn seiner Regierungserklärung die Erinnerung an 75 Jahre Grundgesetz gestellt. Auch das ist gut so. Im Grundgesetz ist in Art. 23 niedergelegt, dass die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der EU mitwirkt, die „föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist“. Dieser Grundsatz wird in Brüssel nur leider mit Füßen getreten. Stattdessen sehen wir uns einem Staatsstreich in Zeitlupe gegenüber. Die EU usurpiert immer mehr die Kompetenz-Kompetenz, und das ist ein eklatanter Bruch der europäischen Verträge.

Vizepräsident René Rock:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist aufgebraucht.

Andreas Lichert (AfD):

Danke schön. Ich komme damit zwangsweise zum Schluss.

Herr Minister, ich möchte Ihnen noch eines mitgeben. Wie können Sie einerseits mit Wohlfühlvokabeln und Glückseksrhetorik um sich werfen und dann diesen Satz sagen: „27 % der Beschäftigten mit Migrationshintergrund halten die Betriebe am Laufen“? Was ist die Aussage für die 73 % ohne Migrationshintergrund? Was wollen Sie denen sagen?

(Beifall AfD)

Das ist wahrhaft toxische Identitätspolitik, von der wir in diesem Land viel zu viel haben. Sie sind der Wirtschaftsminister aller Hessen. Bitte handeln Sie danach.

(Beifall AfD – Turgut Yüksel (SPD): Er hat es nicht verstanden!)

Vizepräsident René Rock:

Danke, Herr Abgeordneter Lichert. – Jetzt erteile ich dem Abgeordneten Kasseckert von der CDU das Wort.

Heiko Kasseckert (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister Mansoori, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Herrn Mansoori und gratuliere Ihnen zur ersten Regierungserklärung, zur ersten persönlichen Regierungserklärung für Sie und, wie mir der Kollege Eckert mitgeteilt hat, der ersten Regierungserklärung der SPD nach 35 Jahren.

(Vereinzelter Beifall CDU – Tobias Eckert (SPD): 25!)

– 25? Da war der Wunsch Vater des Gedankens, aber gut.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Wie gesagt, ich gratuliere Ihnen zur ersten Regierungserklärung.

Herr Mansoori, Sie haben einen großen Bogen gespannt vom Grundgesetz, unserer stabilen Demokratie, die uns von vielen Volkswirtschaften wesentlich unterscheidet, über die Rahmenbedingungen unserer Wirtschaftspolitik bis hin zu den Begriffen Mut und Vertrauen, die Sie in Ihrer Rede intensiv und mehrfach ausgedrückt haben. Ich glaube, das braucht es auch, wenn wir den Blick nach vorne richten in einer zugegebenermaßen nicht ganz einfachen Zeit.

Ich möchte den Begriffen Mut und Vertrauen noch einen Begriff hinzufügen. Das ist der Begriff Verlässlichkeit. Die Menschen und auch die Unternehmen müssen sich auf die Politik verlassen können. Nichts ist schlimmer, als ständig neue, wechselnde Rahmenbedingungen oder faule Kompromisse zu erleben. Wir würden bei uns im Land sagen: rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. – Das ist alles andere als planbare Grundlagen.

Wenn wir nach Berlin schauen – das kann ich uns allen nicht ersparen –, dann sieht man dort genügend Beispiele: Heizungsgesetz, Verbrenner-Aus, Lieferkettengesetz, all diese Begriffe, all diese Beispiele kennen wir zur Genüge.

(Moritz Promny (Freie Demokraten): Von-der-Leyen-Politik!)

Das sind die Dinge, die die Menschen und auch die Unternehmen belasten. – Wir haben das Credo: Wir dürfen nur das versprechen, was wir auch halten. Das haben wir uns vorgenommen, und das werden wir auch einhalten.

(Beifall CDU und SPD)

Lassen Sie mich die Dinge etwas einordnen, was nicht ganz ohne den Blick auf geopolitische Veränderungen, auf europäische Rahmengesetzgebung und am Ende auch auf die Folgen nationaler Wirtschaftspolitik geht. Ich will mich aber aus Zeitgründen auf das Thema nationale Grundlagen beschränken und, wenn es die Zeit zulässt, am Ende am Vorabend der Europawahl auch einen Blick nach Europa werfen.

Der Wohlstand und der Zusammenhalt, von denen Herr Mansoori gesprochen hat, von denen wir in der Regierungserklärung gehört haben, fußen im Wesentlichen auf einer starken Wirtschaft. Die Zusammenhänge brauche ich diesem Haus nicht zu erklären. Aber die Ausgangslage, wenn wir über Wirtschaftspolitik in Deutschland reden, ist dramatisch und eindeutig. Darüber kann man nicht streiten.

(Zuruf AfD: Hört, hört!)

Das globale Wirtschaftswachstum steigt, bei uns in Deutschland nimmt es ab. Deutschland hat in den Jahren 2021 bis 2023 netto fast 350 Milliarden Dollar an Investitionskapital an das Ausland verloren. Im gleichen Zeitraum wurden in Frankreich beispielsweise rund 50 Milliarden Dollar Zuwachs an Investitionen verzeichnet. All diese Faktoren, all diese Entwicklungen zeigen, dass es keine Konjunkturdellen oder Sonderfaktoren sind, die wir in Deutschland zu verkraften haben, sondern dass der Motor in unserem Land stottert. Solange die Ampelregierung nicht gewillt ist, dieses Strukturproblem adäquat zu adressieren, schlafwandelt unsere Republik weiter in Richtung des wirtschaftlichen Abstiegs.

Der IWF hat gerade seine globale Wachstumsprognose erhöht. Die Weltwirtschaft nimmt Fahrt auf, doch die Eurozone kann das Tempo nicht mitgehen und befindet sich auf der Verliererseite. Deutschland hat sogar die rote Laterne. Kein Industrieland schneidet schlechter ab als die Bundesrepublik.

Wir hatten diese Situation schon einmal. Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb brauchen wir ein Umsteuern der Rahmenbedingungen. Wir brauchen niedrigere Steuern, wir brauchen weniger Bürokratie, eine bessere Infrastruktur und eine sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie.

Wenn wir einen Blick in den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung werfen, dann offenbart auch dieser ungeschminkt die strukturelle Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft. Die Bundesregierung musste ihre eigene Wachstumsprognose radikal senken. Ende des Jahres werden wir auf demselben gesamtwirtschaftlichen Niveau wie 2019 sein. Das ist ein halbes Jahrzehnt Stagnation.

Die Tatsache, dass die Wirtschaft zurzeit nicht wächst, ist besorgniserregend. Das lässt sich dramatisch an Zahlen ablesen. In Deutschland sind bereits 20 % der Produktion der Chemie, von Metallen, von Glas und von Papier weg. Sie ist einfach weg. Das ist allerdings nicht ganz einfach so geschehen. Das, was im Jahreswirtschaftsbericht schwarz auf weiß nachzulesen ist, ist kein Schicksalsschlag oder Zufall. Es ist die Konsequenz des Beschreitens eines wirtschaftspolitischen Irrwegs und der falschen Priorisierung. Die alleinige Fokussierung auf das Thema Klimaschutz war und ist eine Sackgasse.

Das will ich an der Stelle deutlich machen: Der Klimawandel ist eine gewaltige Herausforderung, um den wir uns mit größter Aufmerksamkeit kümmern müssen. Aber er darf nicht missbraucht werden, um unser Land grundlegend zu verändern. Wer Klimapolitik gegen Wohlstand stellt, schadet der Sache massiv. Sobald der Kampf gegen den Klimawandel zu teuer wird, wählen die Bürgerinnen und Bürger ihn ab. Die erfolgreiche Transformation wird von den Bürgern und den Märkten getragen und niemals gegen sie erzwungen. Genau dadurch wird der notwendige Wandel erschwert. Für Klimaschutz braucht man Akzeptanz und einen langen Atem.

(Beifall CDU und Stephan Grüger (SPD))

Ich sage deutlich, dass es dabei nicht um das Ob geht, also um die Frage, ob wir Klimaschutz machen. Vielmehr geht es um die richtigen Maßnahmen und die richtigen Mittel. Freiheitsbeschränkungen, Verbote, Wachstumsstopp oder Konsumverzicht, all diese Begriffe, die in den vergangenen Jahren von der Regierungspolitik begleitet wurden, sind es nicht. Sie bedeuten weniger Wachstum. Das erleben

wir gerade. Weniger Wachstum bedeutet weniger Bildung, weniger Gesundheit, weniger Wohlstand und weniger technischer Fortschritt. Das trifft vor allem die Schwächsten in unserer Gesellschaft.

(Beifall CDU)

Ich will es noch einmal in aller Klarheit sagen: Wohlstand und Zusammenhalt, das ist das Thema dieser Regierungserklärung, brauchen Wachstum. Mit 0,2 % Wachstum, das ist die aktuelle Prognose des ifo Instituts, werden wir die großen Herausforderungen unserer Zeit nicht bewältigen können. Es geht um den demografischen Wandel der Sozialsysteme, die Dekarbonisierung, die Infrastruktur, die angesprochen wurde, und um die Verteidigungsfähigkeit, ein neues Thema, das ebenfalls angesprochen wurde.

Wir brauchen deutlich mehr Wachstum, um Gestaltungsspielräume zu erhalten und Verteilungskämpfe zu verhindern. Die Erfolgsfaktoren dafür sind Innovationen und Technologien, aber nicht Verbote oder Subventionen. Was wir brauchen, ist ein Wandel im Kopf, eine Rückbesinnung auf das, was wir soziale Marktwirtschaft mit den Prinzipien Wettbewerb, Freiheit, Verantwortung, Eigentum und Haftung nennen.

Das war der Geist, den wir in unseren Koalitionsverhandlungen geatmet haben: Was wir brauchen, ist im Prinzip ein neues Denken. Natürlich wissen wir, dass wir allein in Hessen nicht die Welt ändern und auch nicht die deutsche Wirtschaft retten können. Aber wir können einen erheblichen Anteil dazu beitragen, dass die hessische Wirtschaft gute Rahmenbedingungen vorfindet und wir uns auf nationaler Ebene, beispielsweise über den Bundesrat, zu Wort melden.

Hessen ist ein starker Wirtschaftsstandort in der Mitte Europas und in der Mitte Deutschlands. Unsere günstige Lage ist ein grundlegender Wettbewerbsvorteil, den wir mit dem Frankfurter Flughafen reichlich nutzen können. Deshalb finden Sie in unserem Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zum Flughafen Frankfurt. Er ist die Grundlage für ein starkes Wachstum und schafft in dieser Region Arbeitsplätze für über 80.000 Menschen.

Wir unterstützen die Bemühungen des Flughafenbetreibers, sich weiterhin als eines der stärksten und wichtigsten europäischen Drehkreuze weiterzuentwickeln. Marius Weiß und Herr Minister Lorz waren zugegen: Den Ausbau des Terminals 3 und die Realisierung der vor wenigen Tagen vorgestellten Cargostrategie, diese Vorgaben und diese Ziele, wollen wir intensiv begleiten.

Wir wollen, dass der Flughafen weiterhin international wettbewerbsfähig bleibt. Dazu gehört, dass wir auf nationaler und europäischer Ebene gegen jede Art der Steuererhöhung und zusätzlicher Belastungen eintreten. Eine Verschärfung der Bedingungen für den Flughafenbetrieb in Frankfurt wird es deshalb mit uns nicht geben.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Lieber Stefan Naas, da sind wir uns hinsichtlich des Textes des Dringlichen Antrags der Fraktion der FDP sogar einig.

Lieber Stefan, auch das kann ich dir nicht ersparen: Die Fraktion der FDP verschweigt aber, dass es gerade die Herren Minister Lindner und Wissing waren, die beide dafür gesorgt haben, dass zum 1. Mai dieses Jahres die nationale Luftverkehrssteuer gestiegen ist und die Fördermittel für die Sustainable Aviation Fuels gekürzt wurden.

(Zuruf Freie Demokraten: Wir haben dafür gekämpft!)

– Das glaube ich dir sogar. – Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen,

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

um den Flughafen letzten Endes wettbewerbsfähig zu halten.

Der Finanzplatz Frankfurt ist ein weiterer wichtiger Global Player. Neben der Europäischen Zentralbank zeigen die jüngsten Erfolge der Hessischen Landesregierung gemeinsam mit der Stadt Frankfurt bei der Ansiedlung der Regulierungsbehörde AMLA die Attraktivität des Finanzplatzes. Deshalb werden wir uns auch in der Fintech-Szene weiter engagieren. Dort entstehen die Dienstleistungen und die Ideen von morgen.

An dieser Stelle will ich das Thema digitaler Wirtschaftsstandort hervorheben. Denn dieser ist inzwischen still und leise mit einem Volumen von über 40 Milliarden Euro ein ganz wesentlicher Baustein unserer hessischen Wirtschaft. Er soll weiterhin wachsen.

Es geht um die Industrie, Metalle, die Automobilindustrie, die Chemie und die Pharmazie. Hessen war einmal die Apotheke Europas. Selbst wenn wir diese Zuschreibung eingebüßt haben, sind wir immer noch einer der wichtigsten Standorte für diese Branche.

Wir wollen gerade für und mit der Industrie Maßnahmen verabreden, mit denen wir die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit Hessens und Deutschlands unterstützen. Das Konzept des vernetzten Industrieparks wollen wir weiterführen. Wir wollen uns zur Industrie in Hessen bekennen.

Herr Minister Mansoori hat vom Industrietrichter gesprochen. Das ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der Politik und der Wirtschaft. Das ist ein wichtiges Bindeglied, das Verständnis schaffen muss und das Vertrauen schaffen soll. Vor allem soll es Innovationen in Gang setzen.

Hessen ist und bleibt ein Industriestandort. Deshalb ist gerade die Neujustierung der Energiepolitik notwendig. Der Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien, von dem hier auch die Rede war, kann aber am Ende die Angebote leistungsfähiger Kraftwerke für die Grundlast nicht ersetzen.

Das ist natürlich kein Landesthema. Aber wir müssen das auf der Agenda des Bundes belassen oder müssen es dorthin bringen, wenn wir nicht sehenden Auges den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer hessischen Industrie in Kauf nehmen wollen.

Die vorgestellte Kraftwerksstrategie des Bundeswirtschaftsministers lässt im Übrigen im Ansatz nicht erkennen, wie Deutschland hinsichtlich der Energieversorgung gegenüber anderen Weltregionen wettbewerbsfähig bleiben soll. Das Gegenteil ist der Fall. Diese Kraftwerksstrategie wird auch künftig viel zu hohe Preise zementieren, von denen die hessischen Unternehmen im Wettbewerb mit Sicherheit stark betroffen sind.

(Beifall CDU, Tobias Eckert und Marius Weiß (SPD))

Aber es geht nicht nur um die Global Player, über die wir hier reden. Vielmehr bilden die kleinen und mittel-

ständischen Unternehmen das Rückgrat unserer hessischen Wirtschaft. Sie bilden aus, sie sichern die Qualität, und sie sind vor Ort. Ein Blick hinter die Kulissen und die vielen Gespräche, die wir alle führen, verraten uns, dass gerade diese kleinen und mittelständischen Unternehmen zunehmend unter Druck geraten.

Ich will jetzt die Themen Inflation, Energiepreise und Zinsen nicht weiter vertiefen. Was aber die kleinen und mittelständischen Unternehmen belastet, das ist die Bürokratie – Bürokratie, Bürokratie und nochmals Bürokratie. Deshalb haben wir uns als zentrales Vorhaben dieser Regierung den Abbau der Bürokratie und die Beschleunigung der Planungs- und der Genehmigungsprozesse vorgenommen.

In Zeiten knapper Kassen besteht für die Politik gerade im Abbau von Bürokratie der stärkste Hebel; den wollen wir nutzen. Wir werden die Hessische Bauordnung bis auf ihre Grundzüge durchforsten; denn die Wahrheit ist auch, dass wir in den sogenannten fetten Jahren immer mehr Auflagen, immer mehr Wünsche und immer mehr Kostentreiber aufgenommen haben. Jetzt ist der Schmerz groß genug.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu?)

Wir sind fest entschlossen – Herr Minister Mansoori hat dazu bereits die Arbeitsgruppen vorgestellt – und bauen darauf, dass die Expertise von Fachleuten dazu führt, dass wir tatsächlich Bürokratie und unnötige Regelungen in der HBO abbauen können.

(Beifall CDU und SPD)

Neben der Hessischen Bauordnung wurde hier schon das Vergabegesetz angesprochen, ein ebenfalls wichtiger Hebel, um Industrie und Handwerk von Bürokratie zu befreien. Wir haben uns auf die Anhebung der Vergabefreigrenze auf 20.000 Euro verständigt. Das gibt vielen Kommunen und vielen weiteren Auftraggebern die Möglichkeit, ohne umständliche bürokratische Verfahren Vergaben umzusetzen.

Wir haben uns auch darauf verständigt, dass wir Tariftreue im Sinne von Tariforientierung sicherstellen wollen. Das Vergabegesetz ist ein leidiges Thema; das weiß ich. Die Diskussion wird heute nicht beendet sein, aber oft werden wir von Kommunen und anderen Auftraggebern darauf angesprochen, dass die Möglichkeiten, die das Vergabegesetz bisher geschaffen hat, nicht genutzt werden. Deshalb darf es nicht sein, dass sich am Ende Auftragnehmer, kleine und mittelständische Unternehmen, von Aufträgen der öffentlichen Hand abwenden. Unser Ziel muss sein, bei aller Notwendigkeit von Tariftreue und bei aller Notwendigkeit von Regulierung am Ende ein einfaches, ein vernünftiges und auch ein für die Kommunen umsetzbares Vergabe- und Tariftreuegesetz zu bekommen. Dafür sind wir angetreten. Ich bin im Geist unserer Vereinbarung sicher, dass wir das auch erreichen.

(Beifall CDU und SPD)

Eine Punktlandung haben wir schon beim kostenfreien Meisterbrief hinbekommen, der vor wenigen Tagen vorgestellt wurde. Das ist eine breit getragene Initiative – auch das will ich an dieser Stelle sagen – nicht nur der die Regierung tragenden Fraktionen, sondern auch unserer früheren Konstellation. Ich glaube, auch die FDP ist auf den Zug der kostenfreien Meisterausbildung aufgesprungen. Es ist richtig: Das würdigt den Stellenwert des Handwerks und seine Bedeutung für die Wirtschaft. Mich freut, dass

das umgesetzt werden konnte. Daher bin ich froh, dass wir eines der Ziele, die wir im Regierungsprogramm versprochen haben, bereits abhaken können.

(Beifall CDU und SPD)

Ich will einen weiteren Baustein der Wirtschaft, aber auch unserer Gesellschaft im Sinne von Zusammenarbeit ansprechen, nämlich das Thema „Immobilien und Wohnungsbau“. Diese Branche liegt am Boden; das haben wir hier schon mehrfach und intensiv diskutiert. Hohe Baupreise, hohe Zinsen, Inflation, Fachkräftemangel – all diese Gründe haben dazu geführt, dass die Branche am Boden ist.

Wir haben in diesem Hause schon mehrfach über Möglichkeiten diskutiert, wie wir es besser machen können. Eine dieser Maßnahmen ist das von Herrn Ministerpräsidenten Rhein versprochene Hessengeld, das wir zum 1. März dieses Jahres eingeführt haben.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Mit viel Kleingedrucktem!)

Es ist eine Eigentumsförderung und ein Baustein beim Wohnungsbau, während wir auf der anderen Seite nicht nur Eigentumsförderung betreiben,

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ratenzahlung!
– Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zehn Jahre Ratenzahlung!)

sondern auch den sozialen Wohnungsbau fördern wollen. Auch hierfür haben wir uns ein breites Programm vorgenommen. Ich bin sicher, dass es uns gelingt, mit diesem Programm einen Impuls in die Bauwirtschaft zu geben.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Einen Impuls für steigende Preise!)

Viele Maßnahmen neben der HBO, etwa Stichwort: Erd-aushub, führen dazu, dass wir es schaffen können, diese Branche in Hessen aus eigener Kraft wiederzubeleben.

In diesem Zusammenhang wurde auch das Thema Regulatorik angesprochen. Der Herr Minister hat das Thema des spekulativen Leerstands dargestellt, über das wir auch schon diskutiert haben. Wir sind für weniger Regulatorik angetreten. In dem Sinn, wie die SPD das Thema des spekulativen Leerstands dargestellt hat, können wir es genauso unterstützen. Niemand will spekulativen Leerstand. Wir wollen, dass die bestehenden Wohnungen zum Wohnen genutzt werden. Deshalb haben wir dieses Instrument mitgetragen.

(Beifall CDU und SPD)

Auf der anderen Seite ist die SPD mit uns zu dem Ergebnis gekommen, dass wir bei der Regulatorik einiges vereinfachen oder zum 31. Dezember 2025 auslaufen lassen können, beispielsweise den Umwandlungsvorbehalt.

Meine Damen und Herren, ich will mit Blick auf die Uhr keine weiteren Maßnahmen darstellen, sondern zum Schluss kommen. Wir befinden uns in unübersehbar schwierigen Zeiten, in denen die Landkarte der globalen wirtschaftlichen Kraftzentren neu erstellt wird. KI, Wasserstoff, Quantencomputing, Computerchips – es geht um die Entwicklung der wichtigen Technologien der Welt und damit auch um die Verteilung des künftigen Wohlstands.

Wir haben in Hessen eine Reihe von innovativen Unternehmen, die sogenannten Hidden Champions und Welt-

marktführer. Das ist gleichsam ein guter innovativer Kapitalstock, und gerade diese einmalige mittelständisch geprägte Struktur sichert uns eigentlich eine besondere Anpassungsfähigkeit selbst an erhebliche Veränderungen. Zu guter Letzt haben wir mit der sozialen Marktwirtschaft den richtigen Kompass, um immer wieder neu erfolgreich sein zu können.

Vizepräsident René Rock:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Ende kommen.

Heiko Kasseckert (CDU):

Jawohl. – Letzte Sätze: Dafür braucht es keine Politik, die Zukunftstechnologien selbst festlegt oder ausruft und jeden Subventionswettkampf mitmacht. Unser Land ist nicht deshalb erfolgreich, weil Behörden oder die Beamten im Wirtschaftsministerium die Wirtschaft steuern,

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das passt jetzt so gar nicht!)

sondern, lieber Stefan, es ist erfolgreich, weil Unternehmer Risiken eingehen, Innovationen wagen, die Verantwortung übernehmen. Sie brauchen dafür endlich wieder eine Politik, die Ordnung schafft, die Eigentum sichert, Wettbewerb ermöglicht und eine gute Arbeitsmoral belohnt.

Dafür treten wir an, und daran wollen wir uns messen lassen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und SPD)

Vizepräsident René Rock:

Danke, Herr Abgeordneter Kasseckert. – Ich erteile Frau Kinkel von den GRÜNEN das Wort.

Kaya Kinkel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich beginne mit dem, was uns eint. Uns eint ganz klar die gemeinsame Haltung zur Demokratie. Uns eint die gemeinsame Haltung zu Vielfalt und zur Bedeutung des Grundgesetzes. Im Kampf gegen die Feinde der Demokratie hat die Landesregierung ganz klar die Unterstützung von uns GRÜNEN.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, vereinzelt CDU und Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Jenseits dessen hat der Wirtschaftsminister aber eine Rede mit viel Pathos, großen Versprechungen und wenig konkreten Maßnahmen gehalten.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Oh ja!)

Man könnte fast meinen, das war die Rede vom SPD-Parteitag.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Recycelt!)

Aber wir sind hier nicht auf einem Parteitag. Die Hessinnen und Hessen wollen keine blumigen Wahlkampfreden, sondern sie wollen genau wissen, wie der Wirtschaftsminister die Herausforderungen der Zukunft ganz konkret angehen wird. Das haben Sie heute leider nicht beantwortet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe Lena Arnoldt (CDU) und Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Wenn wir eines in den ersten 100 Tagen festgestellt haben – inzwischen sind schon mehr als 100 Tage vergangen –, dann ist es Folgendes: Was Boris Rhein und Kaweh Mansoori sagen, tritt so nicht ein. Das war so beim Hessengeld, das vollmundig versprochen wurde. Am Ende bedeutet es nur einen Mini-Zuschuss im Jahr des Hauskaufs. Das ist so beim kostenlosen Meister, der alles andere als kostenlos ist. Und das wird wohl auch beim angekündigten Hessenfonds so sein, der bisher nichts weiter als eine vage Idee im Koalitionsvertrag ist.

(Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Es gibt ein griechisches Sprichwort: „Viele versprechen Berge und machen dann Maulwurfshügel.“ Genau das trifft auf die Politik der Landesregierung zu. CDU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag Berge versprochen, geliefert wurden aber bisher immer nur Maulwurfshügel.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Viele Maulwurfshügel sind auch ein Berg! – Weitere Zurufe CDU)

Ich möchte zu Beginn darauf eingehen, dass Hessen und Deutschland alle Voraussetzungen für einen starken Wirtschaftsstandort haben. Es gibt derzeit viele, die das in Abrede stellen möchten. Herr Kassekert, Sie selbst haben gerade so gesprochen. Dabei haben Sie vergessen, dass auch die CDU die Anhäufung von Infrastrukturschulden in den letzten 16 Jahren mit zu verantworten hat, ebenso, dass die Digitalisierung verschleppt wurde, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien ausgebremst und der demografische Wandel verschlafen wurde. Das sind alles Altlasten der Bundesregierung unter CDU-Führung. Die sind jetzt aufzuholen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Max Schad (CDU): Weil ihr nichts macht!)

Deutschland ist Exportnation und deshalb mehr als die meisten anderen Länder auf offene Märkte angewiesen. Wenn durch Corona und durch Kriege ganze Länder nicht mehr in diese Märkte integriert sind, dann spüren wir das ganz besonders. Genau wie wir es auch drastisch gespürt haben, dass wir jahrzehntelang auf billiges Gas aus Russland gesetzt haben und – auch das wurde von CDU und SPD maßgeblich vorangetrieben – dass die Energiepreise natürlich durch die Decke gehen, wenn von heute auf morgen über die Hälfte der Energie, die Deutschland zur Verfügung steht, plötzlich wegfällt.

Deshalb möchte ich den Blick noch einmal darauf richten, welche Kraftanstrengungen in den letzten Jahren gelungen sind. Das sind einmal die Gasspeicher, die auch ohne russisches Gas gefüllt sind, die Strompreise, die wieder gesunken sind, die CO₂-Emissionen, die sinken, und der Ausbau der erneuerbaren Energien, die in Hessen und auch in Deutschland weiter Fahrt aufnehmen. Das alles ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das sind Konsequenzen einer ganz konkreten, ambitionierten Politik – maßgeblich auf Bundesebene –, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stephan Grüger (SPD): Auf den Kanzler kommt es an! – Gegenruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stephan Grüger (SPD): Ich habe doch nur zugestimmt!)

Da wir gerade kurz vor einer Europawahl stehen: Es gibt wahrscheinlich kein Land, das so unmittelbar vom europäischen Binnenmarkt profitiert wie Deutschland und die deutschen Unternehmen. Deshalb ist die Wahl am 9. Juni auch für unseren Wirtschaftsstandort Deutschland und Hessen so wichtig. Europa sichert unseren Wohlstand, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stephan Grüger (SPD))

Der globale Wettbewerb ist aber hart. Damit wir auch in Zukunft Weltspitze sind, brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Was macht einen guten Wirtschaftsstandort aus? Das sind einmal die Fachkräfte, die Menschen, die hier leben. Zweitens ist das die Verfügbarkeit von günstiger, das heißt, von erneuerbarer Energie. Drittens ist das das Innovationsumfeld. Viertens sind es die politischen Rahmenbedingungen.

Fangen wir an mit den Fachkräften. Ein starker Wirtschaftsstandort braucht Fach- und Arbeitskräfte: Busfahrerinnen und Busfahrer, Erzieherinnen und Erzieher, Ingenieurinnen und Ingenieure, Menschen, die in der Pflege arbeiten, Medizinerinnen und Mediziner sowie Menschen im Handwerk. – Wir merken gerade überall, dass Menschen schlichtweg fehlen – das bei einer aktuellen wirtschaftlichen Situation von 1 % Wirtschaftswachstum. Schon jetzt sind in Hessen 80.000 Stellen unbesetzt – 80.000 Stellen bei 1 % Wachstum. Wenn wir Wachstumsraten von 2, 3 oder mehr Prozent anstreben, dann wird doch ganz deutlich: Ohne Fachkräfte wird das nichts werden.

Daher ist eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, den Fachkräftemangel anzugehen und zum Beispiel mehr Frauen das Arbeiten zu ermöglichen. Der Minister hat es gesagt. Noch immer arbeiten viele Frauen gegen ihren Willen in Teilzeit, weil sie keine Betreuungsmöglichkeiten haben. Das darf nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der wichtigste Bereich – das hat auch eine Studie des IW gestern bestätigt – ist die Fachkräfteeinwanderung. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz wurde im Bund beschlossen, aber die Landesregierung tut nichts dafür, dass ausländische Fachkräfte auch tatsächlich hierherkommen wollen. Das fängt mit dem Koalitionsvertrag an, der seitenlang detaillierte Maßnahmen beschreibt, wie Menschen abgeschoben werden, wie sie keinen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten oder wie sie ganz und gar daran gehindert werden sollen, nach Hessen und nach Deutschland zu kommen.

Wenn wir wollen, dass Menschen hierherkommen, dann darf sich eine Landesregierung nicht der Sprache von Abgrenzung und Ausgrenzung bedienen, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen im Gegensatz dazu eine echte Willkommenskultur. Wir brauchen eine zentrale Ausländerbehörde ohne monatelange Wartezeiten. Wir können es uns nicht leisten, gut integrierte, hier arbeitende ausländische Menschen abzuschieben.

Natürlich brauchen wir auch bezahlbaren Wohnraum, Mietwohnungsraum für die, die hier sind, und die, die hierherkommen sollen. Das sagen übrigens nicht nur wir GRÜNE, sondern das sagt auch die hessische Wirtschaft.

Wir müssen den Fach- und den Arbeitskräften Lust auf Hessen machen. Die Landesregierung tut aber gerade alles dafür, dass die lieber woanders hingehen, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen braucht außerdem bezahlbare und verfügbare Energie. Die fossile Abhängigkeit hat uns in massive Schwierigkeiten gebracht. Deshalb sind der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netzausbau ganz wichtig für Hessen und absolute Wettbewerbskriterien. Wir sehen schon jetzt, dass es eine wachsende Anzahl an Unternehmen gibt, die nach der Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien entscheiden, wohin sie ihre Standorte verlagern oder neue Standorte erschließen. Dieser Wettbewerb, diese Konkurrenz gibt es auch innerhalb von Deutschland zwischen den Bundesländern.

(Andreas Lichert (AfD): Können Sie dafür ein Beispiel geben?)

Herr Minister Mansoori, sorgen Sie deshalb dafür, dass die Windenergie nicht ausgebremst wird, sorgen Sie dafür, dass es mit der Solarenergie weitergeht, und sparen Sie nicht bei wichtigen Institutionen wie der Landesenergieagentur.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesenergieagentur hilft den Unternehmen zum Beispiel beim Thema Energieeffizienz. Ich habe ein schönes Beispiel gefunden, eine Metzgerei. Damit habe ich hoffentlich auch die Aufmerksamkeit der CDU-Kollegen. Die mittelständische Metzgerei Grasmehr aus Weilburg wurde umfangreich beraten, wie Energieverbrauch, Stromverbrauch, Kältetechnik energetisch optimiert werden können. Sie bekam Beratung von den Maßnahmen über Förderprogramme, alles sozusagen aus einer Hand. Davon hat nicht nur das Unternehmen profitiert, sondern natürlich am Ende auch das Klima. Genau deshalb brauchen wir solche Institutionen wie die LEA, die Landesenergieagentur. Wir müssen das Angebot ausweiten, weil auch das die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hier vor Ort in Hessen stärkt, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen hat ein gutes Innovationsumfeld. Wir haben Top-Universitäten. Wir liegen nach dem Bitkom Länderindex auf dem 4. Platz, was die digitale Wirtschaft betrifft. In Hessen hat sich ein Start-up-Ökosystem etabliert. Das muss auch weiter verbessert werden. In Ihrer Regierungserklärung habe ich leider zu dem Thema heute nichts gehört. Auch in den ersten 100 Tagen waren Start-ups und Gründungen kein Thema für die neue Landesregierung. Aus unserer Sicht muss hier mehr getan werden, als die Programme und Maßnahmen der alten Landesregierung weiterzuführen. Das ist auch nicht falsch. Ich nenne den GreenTech Accelerator ryon aus Gernsheim, der maßgeblich von Tarek Al-Wazir, Angela Dorn und Michael Boddenberg auf den Weg gebracht wurde. Es ist absolut richtig, dass Sie das mit gleicher Priorität fortführen. Das reicht aber natürlich nicht.

Ja, ich habe den Koalitionsvertrag auch gelesen.

(Tobias Eckert (SPD): Sehr gut!)

Da steht auch einiges zu Start-ups drin, aber am Ende muss man dafür dann auch Geld zur Verfügung stellen. Spätestens mit dem nächsten Haushalt werden wir sehen, welche

Priorität Sie diesen Maßnahmen wirklich einräumen, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben Zusammenhalt in den Mittelpunkt Ihrer Regierungserklärung gestellt, was ich ausdrücklich richtig finde. Nur gemeinsam mit Gesellschaft, mit den Unternehmen, mit Politik und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern können die Veränderungen so gestaltet werden, dass alle davon profitieren.

Wir sind mittlerweile in einer globalen Veränderung des Klimas: Überschwemmungen in vielen Teilen der Erde, Wasserknappheit in Spanien, Rekordtemperaturen unserer Weltmeere. Das alles erzeugt leider nicht mehr die großen Headlines, die angesichts dieser dramatischen Situation eigentlich angebracht wären. Robert Habeck hat letzte Woche so treffend gesagt: Klimaschutz ist eigentlich das falsche Wort. Wir schützen, wenn wir das Klima schützen, Freiheit, menschenwürdiges Leben und Menschlichkeit auf der Erde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Studien, die ausrechnen, wie teuer es wird, wenn die Klimaveränderungen ungebremst so weitergehen. Das Ergebnis ist sehr deutlich. Die wirtschaftlichen Schäden des Klimawandels werden sechsmal höher ausfallen als die Kosten, die veranschlagt werden, wenn die Erderwärmung auf maximal 2 Grad begrenzt wird. Für Deutschland würde das eine schrumpfende Wirtschaft mit minus 11 % Wirtschaftswachstum bedeuten, wenn sich das Klima weiter ungebremst verändert – minus 11 %. Wir haben derzeit eine Stagnation. Es kann sich also jeder ausmalen, was minus 11 % Rückgang der Wirtschaftsleistung bedeutet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch nicht die erste Studie, die solche Ergebnisse bringt. Solche Zahlen müssten doch eigentlich dazu führen, dass Klimaschutz ganz weit oben auf der wirtschaftspolitischen Agenda steht. Stattdessen findet sich zu dem Thema gähnende Leere in der Regierungserklärung. Wir erinnern uns: Das Wort Klimaschutz hat es noch nicht einmal mehr in die Bezeichnung eines Ministeriums geschafft. Das ist aus unserer Sicht eine fatale Vernachlässigung einer der größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts, meine Damen und Herren.

Es geht darum, globale Veränderungen so zu nutzen und so zu gestalten, dass wir eine klimaneutrale, nachhaltige und zukunftsfeste Wirtschaft haben. Wir wissen spätestens seit der Corona-Krise, dass wir das nicht nur aus Gründen des Klimas anstreben sollten. Dafür braucht es aber verlässliche Rahmenbedingungen durch die Politik.

Herr Minister, Sie haben gesagt, dass das Schlagwort Transformation nicht das richtige sei.

(Tobias Eckert (SPD): Das hat er so nicht gesagt!)

Ich erinnere mich an ein Transformationsgesetz, das die SPD in der vergangenen Legislaturperiode eingebracht hat. Wir können es nennen, wie wir wollen: Wirtschaftswandel, Veränderungsprozess.

(Tobias Eckert (SPD): Genau hingucken! Das hat er gesagt!)

Viel wichtiger als das Wort sind doch die konkreten Auswirkungen, die diese auf die Menschen haben.

(Zuruf Tobias Eckert (SPD))

Da reicht es eben nicht, zu sagen, dass man sie sieht. Wenn ich mich nicht irre, dann stammt dieses Zitat aus dem Avatar-Film. Vielmehr braucht es ganz konkrete Politik. Zum Beispiel braucht es einen konkreten Transformationsfonds mit klaren Kriterien, der allen Unternehmen offensteht, die sich in Richtung Klimaneutralität oder in Richtung Digitalisierung umbauen wollen.

(Tobias Eckert (SPD): Haben Sie immer abgelehnt!)

Ich finde es gut, dass Sie bei Kali + Salz waren. Das begrüße ich ganz besonders als jemand, der aus der Kali-Region kommt. Warum erst Sie und dann der Ministerpräsident innerhalb von zwei Wochen dem Unternehmen einen Besuch abgestattet haben, das hat sich mir nicht ganz erschlossen. Vielleicht ist die Stimmung zwischen Ihnen doch nicht ganz so gut, wie Sie versuchen zu erzählen. Wie dem auch sei. K+S ist auf jeden Fall ein Unternehmen, das in einem Umbauprozess steckt und das Transformationsunterstützung braucht.

Das ist aber nicht das Einzige. Deshalb darf es auch nicht das Privileg eines einzelnen oder eines großen Unternehmens sein, Zugang zu solchen Mitteln zu haben. Vielmehr braucht es einen Transformationsfonds, der wirklich allen Unternehmen in Hessen offensteht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tobias Eckert (SPD): Hessenfonds!)

Es braucht einen Transformationsfonds nicht nur für die Industrie, sondern auch für Gewerbe, für Handwerk und für Handel. Dieser darf nicht nur Unternehmen mit Tarifbindung offenstehen, weil wir sonst 80 % der Unternehmen davon ausschließen würden. Ferner muss er natürlich mit ausreichend Mitteln ausgestattet sein, weil er sonst nur für ein paar große Unternehmen reicht.

Die Landesregierung hat heute vollmundig einen Berg versprochen. Ich bin sehr gespannt, ob mehr als nur ein Maulwurfshügel dabei herauskommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Landesregierung ist zwar noch nicht so lange im Amt, aber auf eines kann man sich verlassen: Das, was Boris Rhein und Herr Mansoori sagen, tritt so nicht ein. Das beginnt beim Hessengeld. Die Versprechung war, die Grunderwerbsteuer gehe aufs Haus. Herausgekommen ist: Über zehn Jahre erstatten wir anteilig die Grunderwerbsteuer. Das wird doch keine einzige zusätzliche Familie in die Lage versetzen, Eigentum zu erwerben. Im Gegenteil, das wird allerhöchstens dankbar von denjenigen mitgenommen, die ohnehin einen Eigentumserwerb geplant hatten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel ist der kostenlose Meister. Die SPD hat selbst einmal vorgerechnet, dass die Meisterprüfung zwischen 4.000 und 16.000 Euro kostet. Gleichzeitig hat die SPD gefordert, dass der Zuschuss weiterentwickelt wird. Was wird aber stattdessen gemacht? Der Zuschuss wird lediglich erhöht. Wir finden, wo „kostenlos“ draufsteht, muss auch kostenlos drin sein. Das ist ein weiterer Maulwurfshügel, wo früher einmal ein Berg versprochen worden ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Immer Ratenzahlung!)

Oder die großspurige Ankündigung, dass der ländliche Raum nun Teil des Ministeriums von Herrn Mansoori ist: ein Etikettenschwindel. Die Zuständigkeit für den ländlichen Raum liegt noch immer komplett im Umweltministerium. Aber Herr Mansoori hat immerhin das Türschild dafür bekommen.

(Tobias Eckert (SPD): Man muss Mobilität für den ländlichen Raum mitdenken!)

Wir haben noch nicht über den fehlenden Mieterschutz gesprochen. Außerdem haben wir noch nicht gesprochen über die Mittel, die beim Radverkehr gekürzt werden sollen. Gesprochen haben wir außerdem noch nicht über die On-Demand-Verkehre, den zehnspurigen Autobahnausbau, den Sie plötzlich befürworten, sowie das Hickhack bei der Entscheidung über das Wachstumschancengesetz.

Herr Minister, Sie haben gesagt, Sie würden keine Luftschlösser versprechen. Doch genau das tun Sie und die Landesregierung seit Regierungsantritt. Nun sehen wir, dass mit jedem Projekt, das in die Tat umgesetzt wird, ein Luftschloss nach dem anderen zerplatzt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unternehmen, Start-ups, Industrie, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen, sie alle sind bereit, die aktuellen Herausforderungen, die Transformation und die Veränderungsprozesse anzugehen. Aber es braucht die richtigen Rahmenbedingungen. Das erwarten wir von Ihnen, das erwarten wir von der Landesregierung. Sie dürfen nicht durch Ihren Regierungsstil mit leeren Versprechungen zu einer Hessenbremse werden. Da werden wir sehr genau hinschauen.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten, Herr Abgeordneter Naas, zu Wort gemeldet.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute die erste Regierungserklärung des neuen hessischen Wirtschaftsministers gehört. Herr Mansoori, Sie haben viel über das Grundgesetz und über Demokratie gesprochen. Wir teilen das.

Sie haben weit zurückgegriffen. Sie haben über den Buchdruck gesprochen, über das Internet und über die Waschmaschine, auf die Sie nicht verzichten wollen. Herr Minister, wir teilen auch diese Auffassung. Auch wir wollen nicht mehr auf die Waschmaschine verzichten.

Aber, Herr Minister, das war eine blumige Schönwetterrede. Das waren viele Allgemeinplätze. Sie haben über alles gesprochen, aber über die hessische Wirtschaft haben Sie als Wirtschaftsminister nicht gesprochen. Das ist ein Fehler.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Wort haben Sie zur aktuellen Lage der Wirtschaft gesagt, Herr Wirtschaftsminister. Da haben wir nämlich kein schönes Wetter. Es ist Sturm aufgezogen. Die Zahlen

sind schon genannt worden: 0,3 % Wachstumsprognose für dieses Jahr. Diese ist noch einmal herunterkorrigiert worden. Herr Wirtschaftsminister, wir sind das Schlusslicht in Europa – auch wir hier in Hessen, auch unsere Wirtschaft stagniert. Deshalb schauen wir uns doch einmal die entscheidenden Branchen in Hessen an.

Bei der Chemie- und der Pharmaindustrie zeigt sich ein dramatischer Einbruch. Wettbewerbsnachteile belasten das Geschäft. Wir sind nicht mehr konkurrenzfähig. Bei der pharmazeutischen Industrie ist Wachstum nur noch im Ausland möglich. Das sind nicht die Überschriften der Freien Demokraten, sondern das sind die Überschriften des Verbandes der Chemischen Industrie.

Wie sieht es denn bei der klassischen Chemie aus? Minus 16 % in der Produktion im Jahr 2023 nach minus 12 % im Vorjahr.

Bei der pharmazeutisch-technischen Industrie zeigt sich ein Minus von 8 % in der Produktion und ein Minus 8 % beim Gesamtumsatz. Darüber haben Sie hier und heute kein einziges Wort verloren, und das ist ein Armutszeugnis für einen hessischen Wirtschaftsminister.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, der Apotheker der Welt, der Standort Hessen, liegt mittlerweile selbst auf der Intensivstation. Kein Wort dazu in Ihrer Rede.

Der Frankfurter Flughafen, früher unser Wachstumsmotor, unser Tor zur Welt. Wie sieht es denn aus mit dem Luftverkehr in Hessen? Das europäische Ausland ist längst wieder beim Vor-Corona-Niveau angekommen. Aber die Passagierzahlen in Frankfurt liegen immer noch 20 % unter dem Vor-Corona-Niveau. Das Geld wird längst im Ausland erwirtschaftet, aber nicht mehr am Standort Frankfurt.

(Tobias Eckert (SPD): Wo denn?)

– Das kann ich Ihnen sagen. Die griechischen Flughäfen sind heute profitabler als der Standort in Frankfurt. Diese Standorte haben wir während der Finanzmarktkrise vom griechischen Staat übernommen. Diese Standorte sind profitabler. Deswegen hätte ich von Ihnen gerne einmal etwas zum Flughafen Frankfurt gehört. Diesen haben Sie nicht mit einem einzigen Wort erwähnt.

(Beifall Freie Demokraten – Marius Weiß (SPD): Stimmt doch überhaupt nicht!)

– So ist es, Kollege Weiß. Da muss man einmal die Rede nachlesen. Ich habe genau zugehört. Kein Wort zum Flughafen vom hessischen Wirtschaftsminister.

Kommen wir zum Geschäftsklimaindex. Seit der vergangenen Konjunkturumfrage im Herbst 2023 zeigt die hessische Wirtschaft nur wenig Bewegung und befindet sich weiter auf sehr niedrigem Niveau. Das sagen nicht wir. Das ist im Geschäftsklimaindex nachzulesen. Kein Wort dazu in Ihrer Rede.

Herr Minister, die Zahlen zum Wohnungsbau erspare ich Ihnen an dieser Stelle. Aber auch dazu haben Sie nichts gesagt.

Herr Minister, reden Sie eigentlich mit der Wirtschaft?

(Zuruf Minister Kaweh Mansoori)

– Ständig. Es scheint aber nicht angekommen zu sein. Sehen Sie diese Entwicklung nicht?

Meine Damen und Herren, das war eine der schwächsten Regierungserklärungen der vergangenen fünf Jahre, die ich hier gehört habe.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen Marius Weiß (SPD))

Herr Minister, Sie haben schlicht am Thema Wirtschaft vorbeigeredet. Vor dem Hintergrund, dass es im Moment um die Wirtschaft in unserem Land geht, war Ihre Regierungserklärung sehr blass. Es geht auch um unseren Wohlstand. Da gilt der alte Satz: Erst muss etwas erwirtschaftet werden, bevor es verteilt werden kann. – Das muss man Sozialdemokraten gelegentlich und immer wieder einmal in Erinnerung rufen.

(Zurufe SPD)

Da fragen wir uns: Wo sind Ihre Antworten auf diese Herausforderungen? Wie sieht Ihr Konzept aus? Wie sieht Ihre Strategie aus? – Jetzt einmal unter uns: Wo waren Sie in den letzten vier Monaten? Wir hatten den Eindruck, dass Sie abgetaucht waren. Von Ihnen war kaum etwas zu hören.

(Zuruf Marius Weiß (SPD))

– Kollege Weiß, da gibt es eigentlich nichts zu lachen. Auf der Homepage finden sich 33 Pressemitteilungen. Ich habe sie alle gelesen. So viele Pressemitteilungen hat Ihr Vorgänger in einer Woche herausgegeben.

(Heiterkeit Freie Demokraten – Zurufe CDU und SPD)

Es kann ja sein, dass der Kollege Poseck die PR-Abteilung Ihres Vorgängers abgeworben hat. Wir haben manchmal diesen Eindruck.

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten – Zurufe SPD)

Kollege Weiß, schauen wir uns einmal die Inhalte an: Schülerradeln, eine Vorstellung der Tourismuszahlen, die neue Dauerkarte am Radweg in Biebrich. Das waren die Themen.

Herr Minister, heute haben Sie gesagt, Sie wollen weiterhin in den Straßenbau investieren. Was für eine Überraschung. Wer hätte denn gedacht, dass Sie das nicht wollen? Wir erwarten von einem hessischen Verkehrsminister, dass er das tut. Außerdem haben Sie gesagt: Die Bahnen müssen fahren, und die Straßen müssen befahrbar sein. – Was für Erkenntnisse. Auf die wären wir alleine nicht gekommen.

(Heiterkeit Freie Demokraten – Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Meine Damen und Herren, das war eine ganz blasse Regierungserklärung.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir einmal zu den Vorgängen im Ausschuss. Wir wären in den zwei Ausschusssitzungen gerne mit Ihnen ins Gespräch gekommen. Wir hätten gerne mit Ihnen über Ihre Ziele für dieses Land diskutiert. Sie sind aber allen Fragen ausgewichen. Von Ihnen kamen dazu nur ganz dürre Sätze.

(Andreas Lichert (AfD): Das wären Informationen, die die Öffentlichkeit beunruhigen würden!)

Da passt es ganz gut ins Bild, dass sich die ersten Wirtschaftsverbände bei uns beschwert und gesagt haben, es sei nicht möglich, beim hessischen Wirtschaftsminister innerhalb von drei Monaten einen Termin zu bekommen.

(Minister Kaweh Mansoori: Das stimmt doch nicht!)

– Oh doch, das haben wir gehört, und das passt ins Bild.
– Meine Damen und Herren, Wirtschaftsminister in Hessen zu sein ist keine Station in einer Beamtenlaufbahn, sondern das ist ein Amt, für das man mit Feuer und Flamme brennen muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung machen. Herr Minister, Ihre 100 Tage im Amt waren uns zu ambitionslos. Sie müssen einen Gang zulegen.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, schauen wir uns doch einmal das eine Projekt an, das Sie nach 100 Tagen der Öffentlichkeit stolz als fertig vorgestellt haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der halb kostenlose Meister!)

Was war das? – Es ist schon zugerufen worden: der halb kostenlose Meister. Herr Minister, darüber wurde aber schon in der letzten Legislaturperiode beschlossen. Auch das ist ein alter Hut.

(Minister Kaweh Mansoori: Aber es ist jetzt umgesetzt worden!)

– Die Umsetzung kommt ja erst; zum 1. Juni, wie es heißt. Also: Vorsicht an der Stelle. – Wenn man aber einmal genau hinschaut, dann sieht man: Es ist wieder nur eine Mogelpackung. Eine volle Kostenübernahme wurde versprochen, eine kleine Erhöhung hat es gegeben. Als Tiger gesprungen, als Bettvorleger gelandet.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch heute nur Ankündigungen: Sie arbeiten mit Hochdruck an einem Tarifreugesetz, Sie arbeiten mit Hochdruck an einem Gesetz gegen Leerstand, der Hessenfonds soll kommen

(Zuruf Minister Kaweh Mansoori)

– warten Sie –, und zu dem Industriearbeitsdialog ist sogar schon eingeladen worden. – Lieber Herr Minister, während Sie nur ankündigen, haben wir Freie Demokraten in dieser Zeit dem Landtag schon zwei Gesetzentwürfe vorgelegt.

(Beifall Freie Demokraten)

Acht Liberale sind schneller als Ihr ganzes Ministerium. Um es einmal klar zu sagen: Ihre Ankündigungen bedeuten am Ende, wenn man es genau anschaut, nur mehr Staat, nur mehr Bürokratie und weniger unternehmerische Freiheit. Deswegen kann man vielleicht sogar ganz froh sein, dass Sie dabei nicht wirklich vorankommen. Wenn man aber mit dem Motto „Anpacken statt Ankündigen“ wirbt, dann sollte man irgendwann auch liefern.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Minister, meine Damen und Herren, wir Freie Demokraten haben dem Landtag einen Dringlichen Antrag vorgelegt, in dem es heißt: Wir brauchen eine Wirtschafts-

wende in Hessen. Wir brauchen eine Entlastung der hessischen Unternehmen. Wir brauchen am Ende nicht mehr Staatswirtschaft, sondern weniger Staatswirtschaft. – Aus den zwölf Punkten, die wir im Bund fordern, haben wir für Hessen acht Punkte herausgezogen, die für die hessische Wirtschaft zählen.

Wir brauchen nämlich ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftswachstum. Es ist schon gesagt worden, Kollege Kassekert: Das ist gut, und das ist richtig. Wir brauchen Wachstum. Das muss das zentrale Ziel der hessischen Wirtschaftspolitik sein. Das heißt für uns: keine rote Staatswirtschaft und auch kein grünes Gerede vom Nullwachstum. Wir müssen vielmehr den Wettbewerb stärken, und wir müssen den Trend zur Staatswirtschaft stoppen. Das heißt für uns auch, Herr Minister: keine neuen Subventionstöpfe, kein neuer Hessenfonds und auch kein neues Hessengeld. Das ist zwar eine Form der Subvention, am Ende aber ist es ein Bürokratiemonster mit Ratenzahlung.

(Zuruf: Und weg mit dem Dienstwagenprivileg!)

All das sind für uns am Ende notwendige Kriterien, damit die Wirtschaft wachsen kann. Wir müssen auf den Aufbau neuer Bürokratie verzichten. Die Bürgermeister und Landräte sagen mir, dass sie heute dreimal mehr Personal für eine Ausschreibung, für ein Vergabeverfahren brauchen. Das ist insbesondere für kleine Rathäuser in meinen Augen nicht mehr zu stemmen.

Verzichten Sie deswegen auf neue Bürokratie bei Vergabeverfahren. Schmeißen Sie die vergabefremden Kriterien hinaus. Weniger sozialdemokratisches Gemache in der Wirtschaft bringt uns bessere Ergebnisse. Das können Sie mir glauben. Erhöhen Sie die Freibeträge, und – vor allem – vertrauen Sie Ihren Bürgermeistern vor Ort. Sie werden es Ihnen danken.

Beseitigen Sie endlich den Wasserkopf in der Ministerialbürokratie. Schwarz-Grün hat in den letzten zehn Jahren über 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen. Das ist ein Plus von 40 %. Sie von der neuen Koalition reden von Bürokratieabbau und haben zwei neue Ministerien und gleich vier zusätzliche Staatssekretäre geschaffen. Meinen Sie das ernst? Zwei Sozialministerien? Das Gegenteil wäre richtig. Eine gute Wirtschaftspolitik ist und bleibt die beste Sozialpolitik.

Meine Damen und Herren, Sie wissen doch: Am Ende führen mehr Bürokraten immer zu mehr Bürokratie. Deswegen muss unser erstes Ziel sein, den massiven Personal-aufbau in der Ministerialbürokratie zu stoppen.

(Beifall Freie Demokraten)

Lieber Herr Minister, kümmern Sie sich endlich auch wieder um den Frankfurter Flughafen. Der war und ist nämlich unser Wachstumsmotor. Al-Wazir ist nicht einmal zum Spatenstich beim Bau des Terminals 3 gegangen. Sie sollten die landespolitischen Möglichkeiten nutzen, die Luftverkehrsbranche wieder zu stärken. Wir brauchen deswegen – anders, als Sie es ausgeführt haben – auch keine Spreizung der Lärmrentgelte. Es darf keine Erhöhung der Gebühren am Frankfurter Flughafen geben. Nein, wir müssen die Luftsicherheitsgebühren am Ende sogar senken.

Kümmern Sie sich um den Finanzplatz Frankfurt; denn ein starker Finanzplatz ist entscheidend für das ökonomische Fundament unserer Region.

(Beifall Freie Demokraten)

Al-Wazir hat sich dafür nie interessiert. Aber auch Sie habe ich in den ersten 100 Tagen noch nicht am Finanzplatz Frankfurt gesehen – zumindest habe ich das den 33 Presseerklärungen nicht entnehmen können.

Das gilt auch für die Fintechs und die Start-ups, die Technologieunternehmen im Finanzsektor. Auch da erwarten wir von Ihnen deutlich mehr.

(Zuruf Tobias Eckert (SPD))

– Ich habe nicht nur die Pressemitteilungen, sondern auch anderes gelesen, und ich habe mir die Veröffentlichungen auf den Social-Media-Kanälen angesehen. Es war schon ein bisschen mehr, Kollege Eckert.

Herr Minister, ich verrate Ihnen noch ein Geheimnis. Frankfurt ist auch ein Messestandort. Das Land ist an der Messe beteiligt. Auch dazu hätte ich von Ihnen gerne das eine oder andere gehört, aber Sie haben die Frankfurter Messe heute mit keinem Wort erwähnt.

(Beifall Freie Demokraten)

Statt PR-Geld braucht der Messestandort die Rückendeckung der Landesregierung. „Wir holen uns die IAA von Söder zurück“, zitierte die „Bild“-Zeitung den Hessischen Ministerpräsidenten am 1. November 2023. Ich habe im Februar 2024 nachgefragt, was daraus eigentlich geworden ist. Der Chef der Staatskanzlei hat geantwortet: Fehlanzeige, bisher nichts. – Auch von Ihnen haben wir dazu nichts gehört. Auch das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Minister, von keinem anderen Ressortchef haben wir in den ersten Tagen so wenig Konkretes gehört wie von Ihnen. Der Ministerpräsident hat am Wochenende in der Pfarrei St. Marien in Bad Homburg bei Pfarrer Meuer eine Predigt gehalten. Ihr heutiger Auftritt, Ihre Regierungserklärung hat mich ein bisschen an einen Auftritt in der Kirche erinnert. Sie haben einfach nur den Koalitionsvertrag heruntergebetet – wie eine Litanei.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf SPD)

– Ja, der Glaube reicht, vielleicht. – Herr Minister, Sie müssen insgesamt einen Gang zulegen. Wir erwarten mehr Engagement von einem hessischen Wirtschaftsminister, von einem stellvertretenden Ministerpräsidenten. Deswegen fordern wir Sie auf: Stellen Sie endlich die Weichen auf eine Wirtschaftswende. Sorgen Sie für weniger Staat, für weniger Bürokratie und am Ende auch für mehr unternehmerische Freiheit. Wir werden Sie an diesen Maßstäben messen. – Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Herr Abgeordneter Eckert, zu Wort gemeldet. Bitte.

Tobias Eckert (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wohlstand und Zusammenhalt – gemeinsam für einen starken hessischen Standort“ als Überschrift dieser Regierungserklärung: Ich finde, das trifft

sehr gut, worum es dieser neuen Landesregierung geht und was wir mit dem Begriff „Renaissance der Realpolitik“ beschreiben. Realpolitik bedeutet nämlich, dass wir die soziale Marktwirtschaft, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Modell, auf dem wir den Wohlstand unseres Landes aufgebaut haben, wertschätzen, pflegen und weiterentwickeln. Das steht im Mittelpunkt der Debatte über die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Hessen, und das haben wir, Herr Dr. Naas, auch in unserem Koalitionsvertrag deutlich gemacht: Kapitel 7, Seite 101 – für diejenigen, die es nachlesen wollen; Pressemitteilungen und alles andere werden ja hier nachgelesen –:

„Deutschlands Wirtschaft und damit auch die Unternehmen und Belegschaften am Standort Hessen sehen sich zunehmenden und multiplen Herausforderungen ausgesetzt. Wir wollen die Rahmenbedingungen gestalten, die es den hessischen Unternehmen ermöglichen, darauf erfolgreich reagieren zu können, sich dem Wandel zu stellen und damit Zukunftsfähigkeit zu erreichen. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft mit den Säulen Wachstum, Solidarität und Mitbestimmung bildet dabei unsere Grundlage.“

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Damit sind wir als Standort, damit sind wir als Bundesland, und damit sind wir als Bundesrepublik gut gefahren; denn Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben in den letzten Jahrzehnten diese Idee mit Leben erfüllt und echte Sozialpartnerschaft gelebt. Allerdings gibt es im Denken des Wirtschaftsliberalismus – wir haben eben gehört, was wir alles brauchen, damit es der Wirtschaft besser geht –, in diesem Denken des angelsächsischen Kapitalismus

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Kapitalismus!)

– Kapitalismus –, Aussagen wie „Es existieren Werte wie die Solidarität“ nicht. Dort gibt es, genau genommen, überhaupt keine Werte außer Gewinnmaximierung und Dividende.

Auch deswegen ist das deutsche Modell einer wertebundenen sozialen Marktwirtschaft in einer solidarischen Gesellschaft unter Druck geraten. Der Druck ist durch die aggressive Wirtschaftspolitik Chinas, durch die Corona-Krise und durch die Verwerfungen, die der Überfall Russlands auf die Ukraine ausgelöst hat, noch erheblich gestiegen. Aber das Konzept der sozialen Marktwirtschaft ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern vor allem auch ein gesellschaftspolitisches Leitbild. Es geht darum, allen, die den Wohlstand in diesem Land erarbeiten, einen gerechten Anteil an diesem Wohlstand zukommen zu lassen. Das galt damals, und das muss auch heute gelten.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Diese Grundidee von sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit, also die Frage, wie wir unser Wirtschaftsleben gestalten, hat dieses Land viele Jahrzehnte geprägt. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben sie mit Leben erfüllt, und all das hat unser Land so stark gemacht, wie es in den letzten Jahrzehnten war und heute ist. Hessen ist – das ist eben von verschiedenen Vorrednerinnen und Vorrednern schon deutlich gemacht worden – ein wirtschaftlich starkes Land. Unsere Unternehmen, vom Familienbetrieb bis zum Großkonzern, unsere Forschungseinrichtungen, unse-

re Start-ups und unser Mittelstand tragen maßgeblich zum Wohlstand bei.

Nach den wirklich schwierigen Jahren der Corona-Pandemie wächst die Wirtschaft in Hessen wieder, zwar langsam, aber im Vergleich zum Bundestrend deutlich stärker. Das ist wichtig, um den materiellen Wohlstand in unserem Bundesland zu sichern und weiter zu mehren. Nur müssen wir dafür sorgen, dass dieser Wohlstand denen zugutekommt, die ihn Tag für Tag erarbeiten.

Die faire Verteilung des erarbeiteten Wohlstands ist von zentraler Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und damit sind wir direkt beim Thema der Regierungserklärung. Nur wenn wir zusammenhalten, können wir die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen. Auch deshalb können wir in Hessen froh darüber sein, dass sich zum Beispiel die Goethe-Universität in herausgehobener Stellung am bundesweit tätigen Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt beteiligt. Es ist gerade auch die Wissenschaft, die uns entscheidende Hinweise gibt, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt und somit auch gesellschaftlicher Wohlstand erreicht werden.

Lassen Sie mich das an einem konkreten Beispiel illustrieren. Die Bertelsmann Stiftung – wie Sie feststellen, wenn Sie sich in diese Zahlen vertiefen – untersucht seit über zehn Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und erfasst ihn anhand eines Indexes. Laut Bertelsmann Stiftung ist der Gesamtindex für den Zusammenhalt von 2017 bis 2020 auf einen Wert von 52 gesunken, eine deutliche Verschlechterung im Vergleich zu vorher. Zwar liegt der Index insgesamt noch in der oberen Hälfte der Skala, und man kann den Wert angesichts der vielfältigen Belastungen auch als solide interpretieren, aber er muss uns zu denken geben. Er ist ein deutliches Warnsignal und auch eine Aufforderung, dieses Thema des Miteinanders, der Solidarität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Mittelpunkt zu rücken, wenn wir über konkrete Wirtschaftspolitik in diesem Land reden.

(Beifall SPD und CDU)

Wir alle spüren und erleben es in den Gesprächen, aber auch in den unterschiedlichen Bereichen, in denen wir vor Ort politisch unterwegs sind, also in den Wahlkreisen und im gesamten Bundesland, dass bei den Menschen durchaus etwas verrutscht, was Sicherheit, Zuversicht und die Vorstellung betrifft, wie es eigentlich mit diesem Standort weitergeht. Die Zeiten, in denen wir leben, verlangen von uns allen, dass wir uns in sehr kurzer Zeit auf sehr viele Veränderungen einstellen müssen, und wir sehen, dass zu viele Veränderungen in zu kurzer Zeit bei einem Teil der Menschen, und zwar bei keinem ganz kleinen Teil, ein Gefühl von Überforderung, Ohnmacht und Kontrollverlust auslösen können. Der Wandel in unserer Arbeits- und Wirtschaftswelt, also das, worüber auch heute schon intensiv diskutiert worden ist, das, was wir mit „Transformation“ beschreiben, wird nicht immer nur als Chance wahrgenommen, sondern auch als Bedrohung empfunden.

Diese Gefühlslage wird von bestimmten politischen Kräften schamlos ausgenutzt, um Angst, Verunsicherung und Ressentiments zu schüren und die Gesellschaft zu spalten. Das haben wir an diesem Rednerpult heute schon erlebt, und das sehen wir im aktuellen Europawahlkampf.

(Zuruf AfD)

Für ganz wesentlich halte ich da auch einen Befund, der aus der eben zitierten Studie der Bertelsmann Stiftung stammt. Der Befund lautet:

„Die Ergebnisse der aktuellen Studie bestätigen frühere Analysen, dass die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts insbesondere von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in einer Region abhängt. Dort, wo der Wohlstand größer ist und das Armutsrisiko geringer, fällt auch der gesellschaftliche Zusammenhalt stärker aus.“

Weiter heißt es in der Studie:

„Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass ... der Einsatz gegen Armut und Ungleichheit sowie der Abbau regionaler Unterschiede in der Lebensqualität und Wirtschaftskraft zu einem starken Zusammenhalt beitragen können.“

Um es einfacher zu sagen: Da, wo Menschen keine sozialen Verlustängste haben, sondern sich materiell und emotional sicher fühlen können, haben sie Lust, mitzuarbeiten und der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Noch einfacher gesagt: Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik müssen Hand in Hand gehen, wenn wir wirtschaftlichen Wohlstand und den Zusammenhalt der Gesellschaft wollen.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Herr Dr. Naas, wer sich dieser Analyse verweigert, befindet sich eindeutig auf dem Holzweg. Man kann natürlich über wirtschaftspolitische Maßnahmen diskutieren, die das Wachstum fördern, und darüber, wie viel diese Maßnahmen kosten können, sollen oder dürfen. Aber man darf sie nicht beispielsweise gegen die Hilfe zum Lebensunterhalt ausspielen, die der Sozialstaat den Bedürftigsten in unserer Gesellschaft anbietet, ja, anbieten muss.

Wir haben gehört, dass am Rednerpult eben häufig das Thema „75 Jahre Grundgesetz“ angesprochen wurde. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns in diesem Kontext nicht vergessen, dass in Art. 20 Absatz 1 ebendieses Grundgesetzes das Sozialstaatsprinzip verankert ist und genau diese soziale Sicherung garantiert wird. Herr Dr. Naas, wer sich also hinstellt und sagt: „Wir müssen jetzt leider beim Bürgergeld, bei der Kindergrundsicherung, beim Wohngeld oder anderswo im Sozialetat kürzen, um der Wirtschaft zu helfen“, biegt völlig falsch ab und wird im gesellschaftspolitischen Nichts ankommen. Das schadet Wirtschaft und Gesellschaft.

(Beifall SPD und CDU)

Denn aktive Wirtschaftspolitik und aktive Sozialpolitik sind keine Gegensätze, sie gehören zusammen, sie bedingen einander, sie sind zwei Seiten derselben Medaille. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Ich könnte zahlreiche Zitate bringen, wer diese Erkenntnis in der Vergangenheit durchdekliniert hat, und auch von unserer Seite wurde dies immer wieder auf die Fahnen geschrieben, um deutlich zu machen, dass mithilfe einer starken Wirtschaft der größtmögliche Wohlstand und die bestmögliche soziale Absicherung für möglichst viele Menschen erreicht werden sollen. Das ist der Maßstab, der uns doch alle leitet.

Eine Voraussetzung dafür ist, dass sich alle Unternehmerinnen und Unternehmer, egal ob es sich dabei um die Geschäftsinhaberin oder den Geschäftsinhaber selbst oder eine angestellte Managerin oder einen angestellten Manager handelt, ihrer sozialen, gesellschaftlichen Verantwortung

bewusst sind – eine Verantwortung, die entschieden über den wirtschaftlichen Erfolg der eigenen Firma hinausgeht. Auch dies ist eine Form des tagtäglichen Zusammenhalts. Ich bin in Hessen unzähligen Unternehmen sehr dankbar, dass sie genau diesen Zusammenhalt täglich leben, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und CDU)

Die zweite Voraussetzung für das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft ist, dass es starke Arbeitnehmervertretungen und starke Gewerkschaften gibt, die durchsetzen können, dass diejenigen, deren Arbeit die Unternehmen erst erfolgreich macht, auch angemessen am Erfolg beteiligt werden.

Die dritte Voraussetzung dafür, dass die soziale Marktwirtschaft funktioniert, ist ein aktiver Staat, der mit konjunkturpolitischen, wettbewerbspolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen eingreift und ordnet.

Diese drei Voraussetzungen müssen erfüllt sein, wenn es in einer Marktwirtschaft nicht nur um Preise, sondern auch um Werte gehen soll. Um diese geht es uns als Hessenkoalition: um Zusammenhalt, um Solidarität und um Gerechtigkeit. Deswegen wollen wir, CDU und SPD gemeinsam, Hessen einen klaren Orientierungsrahmen geben, in dem sich wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und demokratische Stärke zu einem politischen Ganzen zusammenfügen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und CDU)

Damit sind wir bei den unzähligen Maßnahmen dieser neuen Landesregierung, die bereits umgesetzt, angeschoben und in der Erarbeitung sind. Eines der wichtigsten Instrumente für die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Zukunft unseres Landes wurde hier schon angesprochen: Das ist der Hessenfonds.

Frau Kollegin Kinkel, wenn Sie hier sagen: „Das ist total wichtig, das müsste kommen“, frage ich mich, warum Sie in den letzten zehn Jahren alle unsere Vorschläge zu diesen Themen im Hessischen Landtag abgelehnt haben.

(Beifall SPD)

Wir haben uns im Koalitionsvertrag auf ebendiesen Hessenfonds verständigt, den der Minister hier angesprochen hat.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Er wird ein kraftvolles Instrument werden, das die Schwerpunkte der regierungstragenden Fraktionen, nämlich Innovation und Transformation, zusammenführt, um die bestehende Wirtschaft mithilfe einer flexiblen und klugen Förderung zu verändern – eine Förderung, die Unternehmen unterstützt, Arbeitsplätze sichert und neuen Ideen Raum gibt. Meine Damen und Herren, genau das ist es, was in Hessen bisher gefehlt hat, und ich bin sehr froh und dankbar, dass wir das in Hessen nun endlich Realität werden lassen können.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Herr Kollege Dr. Naas, weil Sie eben gefragt haben: „Wo sind die ganzen konkreten Punkte?“, Der Wirtschaftsminister hat genau das angesprochen, was wir in den Debatten im Hessischen Landtag immer wieder thematisiert haben. Es reicht nicht, nur bei Kaffeekränzchen mit den Unterneh-

merverbänden im Gespräch zu sein, sondern es braucht einen neuen Industrietrialog, bestehend aus Unternehmerinnen und Unternehmern, Gewerkschaften als Akteuren für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Politik.

(Kaya Kinkel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war es doch auch schon vorher!)

– Ich sagte eben: kein Kaffeekränzchen, wie beim Vorgänger, sondern ein zielgerichtetes Vorgehen mit klaren Maßnahmen und Botschaften. – Von daher ist das eine deutliche Veränderung. Wir arbeiten gemeinsam an einem starken Industrieland Hessen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und CDU)

An dieser Stelle möchte ich unserem Wirtschaftsminister auch für etwas danken, was hier eben schon angesprochen worden ist, nämlich, dass er in die Unternehmen geht, um sich vor Ort mit Betriebsräten und Unternehmensleitungen auszutauschen. Es ist gut, wenn ein Wirtschaftsminister in Hessen die Wirtschaftspolitik des Landes nicht einfach aus den kalten, grünen Amtsstuben in Wiesbaden gestalten lässt, sondern dorthin geht, wo die Zukunft unseres Bundeslandes tagtäglich erarbeitet wird.

(Beifall SPD – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das im roten Keller, oder was?)

Kollege Wagner, wir erinnern uns noch an die Aussage eines ehemaligen Wirtschaftsministers, er sei nun wirklich zu beschäftigt, um dauernd vor irgendwelchen Werkstoren rumzustehen. Meine Damen und Herren, die aufsuchende, aktive Wirtschafts- und Industriepolitik der jetzigen Landesregierung ist eindeutig ein positiver Gegenentwurf dazu.

(Beifall SPD und CDU)

Der Wirtschaftsminister hat zu dem, was in den ersten 100 Tagen umgesetzt worden ist, auch schon viel Richtiges gesagt. Mit dem kostenfreien Meisterbrief haben wir in den ersten 100 Tagen etwas auf den Weg gebracht, worüber wir im Hessischen Landtag immer wieder diskutiert haben und den Sie – Frau Kollegin Kinkel – auch schon einmal abgelehnt haben. Damit machen wir mit der Gleichwertigkeit der akademischen und der beruflichen Bildung Ernst, und zwar nicht nur im Reden, sondern auch im Handeln. Deswegen, finde ich, sind diese ersten 100 Tage ein guter Start, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und CDU – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Tarifreue- und Vergabegesetz ist mit Blick auf die Bürokratie schon angesprochen worden. Bei der Bürokratie stellt sich die Frage, wo man auf sie verzichten kann, weil sie nicht notwendig ist, und an welchen Stellen zwingend harte Kontrollen eingeführt werden müssen, um zu verhindern, dass am Ende der Ehrliche der Dumme wird und es zu Lohndumping kommt. Damit können Anreize geschaffen und Maßnahmen wie die Erhöhung des Schwellenwerts umgesetzt werden, um gerade auch kleinen und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, sich auf Ausschreibungen der öffentlichen Hand zu bewerben. Auch das ist eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen in dieser neuen Konstellation.

Die Fachkräftesicherung ist zu Recht angesprochen worden; denn ohne engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne Fachkräfte, kann in Hessen kein Unternehmen

eine gute Zukunft haben. Sie ist Schwerpunkt dieser Regierungsarbeit. Wenn wir uns die unterschiedlichen Bereiche anschauen, angefangen bei der Stabsstelle Fachkräftesicherung, die eine zentrale ressortübergreifende Koordinationsfunktion hat, stellen wir fest, dass sie alle breit aufgestellt sind. Ehrlicherweise, muss man sagen, sind es Antworten auf Fragen wie: „Gehen wir die wirklichen Probleme an? Wollen wir ein buntes, vielfältiges, offenes Land sein, und sorgen wir dafür, dass die Menschen in diesem Land auch gerne an der wirtschaftlichen Wertschöpfung und der Prosperität mitarbeiten?“, die den Unterschied ausmachen. Deshalb freue ich mich auf die Impulse dieser Landesregierung.

Die Koalition entwickelt auch die Energiepolitik für Hessen weiter; sie ist bereits angesprochen worden. Diese Energiepolitik stellt die regionale Wertschöpfung und die Arbeitsplätze vor Ort in den Mittelpunkt, meine Damen und Herren. Auch das schafft Sicherheit für die Menschen und die Unternehmerinnen und Unternehmer in Hessen.

Die Liste dessen, was die Koalition auch in anderen Themenbereichen vorantreiben wird, ließe sich lange fortführen, vom Wohnungsbau über den Mieterschutz, das Hessengeld, die Mobilität, die zukunftsfeste Aufstellung des ländlichen Raums, den Flughafen, bis zum Bürokratieabbau und bis zu vielem anderen mehr. Würden wir alle Maßnahmen ausführen, die das Thema des heutigen Nachmittags betreffen, würde das sehr umfangreich werden. Wir haben alle Punkte, in denen wir unser Bundesland voranbringen wollen, im Koalitionsvertrag dargelegt.

(Beifall SPD und CDU)

Aber ich will Ihnen vor allem eines sagen: Diese einzelnen Bausteine, über die wir lange diskutieren könnten, werden nahtlos ineinandergreifen. Sie werden einen verlässlichen und sicheren Orientierungsrahmen schaffen. Sie werden zeigen, dass es, wenn es darum geht, das pragmatisch, lösungsorientiert und zielstrebig anzugehen, was für unser Bundesland wichtig ist, einen Unterschied macht, wer regiert – und das ist die hessische Sozialdemokratie gemeinsam mit ihrem Partner CDU.

(Beifall SPD und CDU)

Gemeinsam sorgen wir dafür, dass die Hessinnen und Hessen merken: Diese Regierungskoalition und diese Landesregierung machen es möglich, dass in unserem Land Sicherheit, Wohlstand und gesellschaftlicher Zusammenhalt gewahrt bleiben und gestärkt werden.

Ich möchte zum Schluss noch eines festhalten: Ja, wir bekennen uns zu Realpolitik und Pragmatismus, zu Lösungsorientiertheit und Zielstrebigkeit. Wir werden uns aber der Methode der Rattenfänger entgegenstellen, die auf sehr komplexe Fragestellungen sehr schlichte Antworten anbieten und immer nur nach Schuldigen sucht, wo ein Problem nach Verantwortung ruft. Was wir anbieten, sind vernünftige Antworten, die unser Land nicht weiter spalten, sondern den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Darauf können sich die Menschen, die Unternehmen und die Sozialpartner in Hessen verlassen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD und CDU)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Sehr geehrte Damen und Herren, da keine Wortmeldungen der fraktionslosen Abgeordneten vorliegen, sind wir am

Ende der Debatte. Die Regierungserklärung wurde abgehalten.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 44:**

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU, Fraktion der SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der Freien Demokraten

Kein Platz für Antisemitismus und Rassismus an hessischen Schulen – Fokus auf Wertevermittlung, Demokratieverziehung und politische Bildung legen
– Drucks. 21/558 –

(Zuruf Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

– Herr Stirböck, Sie haben das Wort.

Oliver Stirböck (Freie Demokraten):

Unser Antrag zum letzten Tagesordnungspunkt müsste an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum überwiesen werden.

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Das tun wir sehr gerne. Vielen Dank für die Erinnerung.

Jetzt kommen wir zum zuvor genannten Tagesordnungspunkt 44. Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Als erster Redner hat sich Herr Abgeordneter Wendel von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet.

Christian Wendel (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der vorangegangenen Debatte wurde das wichtige Ereignis schon mehrfach erwähnt: In Kürze begehen wir den 75. Jahrestag der Unterzeichnung unseres Grundgesetzes. Das Grundgesetz und die Grundrechte bilden unsere Wertebasis. Unsere Verfassung gibt den Rahmen vor, wie wir unser Zusammenleben als Gesellschaft gestalten. Art. 1 des Grundgesetzes, die unantastbare Würde des Menschen, ist noch mehr als ein rechtliches Gebot. Es ist der moralische Kompass für unser Zusammenleben. Deshalb gilt für uns mit aller Entschiedenheit: Antisemitismus und Rassismus haben in Hessen keinen Platz und haben auch in hessischen Schulen keinen Platz. Deshalb markiert der erste Absatz unseres gemeinsamen Antrags in aller Klarheit unsere Position:

„Der Hessische Landtag verurteilt jede Form von Antisemitismus und Rassismus.“

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Es ist ein starkes Zeichen, dass wir diesen Antrag nicht nur als Regierungskoalition, sondern gemeinsam mit den Fraktionen von FDP und GRÜNEN stellen. Wir bekennen uns ohne jede Einschränkung zum Existenzrecht Israels und verurteilen erneut mit aller Entschiedenheit die von der Hamas verübten Terrorakte, und bekunden unsere volle Solidarität mit dem Staat Israel.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Die Sicherheit Israels hat für Deutschland und für Hessen zentrale Bedeutung, sie ist Staatsräson. Das entschiedene

Eintreten gegen Antisemitismus ist Aufgabe für die Gesellschaft als Ganzes, und dem sind wir als Hessischer Landtag unmissverständlich verpflichtet.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Bei diesem Thema, das von so entscheidender Bedeutung ist, spielt Bildung eine zentrale Rolle. Nelson Mandela sagte einst, Bildung sei die mächtigste Waffe, die wir nutzen könnten, um die Welt zu verändern. Diese Worte können als leitend für unseren Antrag bezeichnet werden; denn Bildung vermittelt nicht nur Wissen, Bildung formt Werte, prägt Haltungen, stärkt das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft. Diese Werte müssen in unseren Schulen gelebt und gelehrt werden, um sicherzustellen, dass unsere Gesellschaft – gerade mit den jungen Menschen – gegen jede Form von Extremismus zusammenbleibt und zusammensteht.

Die Rolle der Schulen in der Wertevermittlung ist von großer Bedeutung. Unsere Schulen sind mehr als nur Bildungseinrichtungen. Sie prägen die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen. Hier lernen sie, was es bedeutet, verantwortungsvolle Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft zu sein. Hier werden Grundrechte nicht nur gelehrt, sondern hier wird auch erfahren – durch Respekt, Toleranz und das Eintreten für die Menschenwürde –, Gemeinschaft miteinander zu leben und zu gestalten. Denn in einer Zeit zunehmender Heterogenität und gesellschaftlicher Spannungen ist es umso wichtiger, dass unsere Schulen weiterhin klar und deutlich Position zu unseren Grundwerten beziehen.

Was bedeutet das konkret, liebe Kolleginnen und Kollegen? Wir verurteilen alle Formen von Antisemitismus und Rassismus und treten ihnen entschlossen entgegen – nicht nur, weil es unsere historische Verantwortung ist, sondern auch, weil sie die Grundpfeiler unserer Demokratie bedrohen. Sie sind ein Angriff auf die Grundlagen unserer Gesellschaft und können niemals toleriert werden.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Wir fördern aktive Bildungsprogramme, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern zum kritischen Mitdenken und zum Austausch und Diskurs anregen. Es geht darum, junge Menschen mit den Werkzeugen auszustatten, die ihnen helfen, Vorurteile zu überwinden und gegenseitiges Verständnis zu fördern und zu stärken. Wir unterstützen die Verbindung unserer Schulen mit außerschulischen Bildungs- und Gedenkstätten in Deutschland und darüber hinaus, wie Yad Vashem und vielen weiteren.

Solche Kooperationen sind entscheidend, um ein tiefgreifendes Verständnis für die Geschichte und für die Verantwortung aus der Geschichte für die Gegenwart zu schaffen. Daher betonen wir im Antrag auch, wie wichtig es ist, dass an allen hessischen Schulen die sicherheitspolitische Lage Israels und der Nahostkonflikt im Unterricht behandelt werden, um auch antisemitische Klischees und Ressentiments aufzuklären und diese abzubauen. Wir betonen die Bedeutung der Demokratiebildung als eines der wichtigsten Ziele von Schule als Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende. Wenn wir unsere jungen Menschen im Anliegen dieses Antrags bilden und weiterhin so bilden, bereiten wir sie darauf vor, als mündige Bürger zu handeln und für eine freiheitliche, demokratische, gerechte und humane Gesellschaft einzustehen. Ich danke ausdrücklich allen, die sich für diese so wichtige Aufgabe einsetzen und dafür engagieren. Lassen Sie uns gemeinsam sicherstellen, dass unsere Schulen auch in Zukunft Orte sind, an denen Demokratie, Vielfalt und Toleranz nicht nur gelehrt, sondern miteinander gelebt werden. – Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächste Rednerin spricht die Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten, Frau Abgeordnete Knell. Bitte sehr.

Wiebke Knell (Freie Demokraten):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Berufsschüler, die öffentlich den Holocaust beklatschen, TikTok-Creatorinnen, die Hamas-Propaganda in hessische Kinderzimmer tragen, und Studierende, die israelfeindliche Parolen auf Unicampussen brüllen: Mit unvorstellbarer Härte spüren wir auch in Hessen die Folgen des 7. Oktobers. Der Antisemitismus breitet sich auf unseren Straßen und Schulhöfen aus, in den digitalen Medien und in den Hochschulen. Menschen werden in unserem Land beleidigt, angefeindet und angegriffen, weil sie Juden sind – und das dürfen wir nicht hinnehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bernd Erich Vohl (AfD) und Dirk Gaw (fraktionslos))

Wir Freie Demokraten sind deswegen sehr dankbar, dass wir einen gemeinsamen Antrag stellen. Wir als demokratische Fraktionen müssen uns dem Kampf gegen Antisemitismus gemeinsam stellen. Dieser Kampf gegen Antisemitismus beginnt in der Schule. Wir haben im letzten Jahr abgefragt, wie viele antisemitische Vorfälle pro Jahr es gibt: Das waren angeblich zwischen zwei und sechs jährlich, und das kann unmöglich die Realität sein.

Die Meldepflicht einzuführen war deswegen auch ein wichtiger und richtiger Schritt. Aber für ein realistischeres Bild braucht es neben den besseren Meldestrukturen auch Lehrkräfte, die sensibilisierter sind. Zu oft sind sie mit der Behandlung des Themenkomplexes Israel und Nahostkonflikt überfordert und erkennen Antisemitismus nicht, oder sie wissen nicht, wie man auf antisemitische Aussagen reagieren soll. Das gilt gerade für den israelbezogenen Antisemitismus.

Das Thema wird an den Schulen jedoch virulent. Vor allem junge Menschen sind auf TikTok, in den sozialen Medien vielfach mit antisemitischen Aussagen konfrontiert. Der TikTok-Algorithmus begünstigt zudem das Verschwinden in sogenannten Rabbit Holes, in denen man dann nur noch die eine Perspektive präsentiert bekommt.

Häufig gilt dann auch: je zugespitzter die Aussage, desto höher die Reichweite. Aber Schule ist dazu der Gegenentwurf, den wir brauchen. Schule ist ein Raum, in dem kontrovers diskutiert werden kann, in dem Antisemitismus

und Menschenfeindlichkeit nicht unwidersprochen stehen bleiben, vor allem nicht unwidersprochen stehen bleiben dürfen.

(Beifall Freie Demokraten und Vanessa Gronemann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir Freie Demokraten sind fest davon überzeugt: Bildung ist das beste Mittel gegen Terror und Geschichtsverfälschung.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür braucht es aber vor allem gut ausgebildete Lehrkräfte. Das hat nicht zuletzt auch der Vorfall im Caligari-Kino gezeigt. Deswegen müssen auch alle Lehrkräfte die Möglichkeit bekommen, sich zum Themenkomplex Antisemitismus und Nahostkonflikt fortzubilden.

Es braucht aber auch noch mehr Kooperationen mit und auch Programme für außerschulische Träger in der Antisemitismusprävention und Institutionen wie die Bildungsstätte Anne Frank, das Fritz Bauer Institut, das Jüdische Museum. Die hessischen Gedenkstätten bieten auch Fortbildungsmöglichkeiten und Workshops an. Sie sind Ansprechpartner für pädagogisches Personal. Sie forschen und positionieren sich, und sie machen jüdisches Leben und das Thema Antisemitismus sichtbar.

Dazu gehören auch die Kooperation mit Yad Vashem, die übrigens auf unsere FDP-Bildungsministerin Dorothea Henzler zurückzuführen ist, und auch die mit der israelischen Generalkonsulin vereinbarte Stärkung von Austauschprogrammen, die wir ausdrücklich begrüßen. Kooperationen und Programme sollten weiter ausgebaut werden. Die Beantragung von Mitteln sollte so einfach wie möglich gestaltet werden. Alle, die sich hier engagieren, brauchen unsere Unterstützung.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Antisemitismus diskutieren, diskutieren wir oft darüber, was Schule eben alles tun kann und tun muss. Und ja, Schule ist auch ein wichtiger Ort. Aber ich möchte schon darauf hinweisen, dass Schule eben auch nur ein Puzzlestück im gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen Antisemitismus sein kann.

(Beifall Freie Demokraten, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin davon überzeugt, dass wir Bildungsarbeit umfassend verstehen müssen und auch die sozialen Medien, die Hochschulen, die Kulturszene und die offene Kinder- und Jugendarbeit noch mehr einbeziehen müssen.

Meine Damen und Herren, Antisemitismus gefährdet Jüdinnen und Juden in unserem Land, aber er gefährdet auch unsere Demokratie. Er gefährdet unsere vielfältige Gesellschaft. Das Eintreten gegen Antisemitismus ist damit immer auch ein Eintreten für unsere Demokratie. Für diese Aufgabe – damit komme ich auch zum Schluss – tragen wir als Hessischer Landtag, tragen wir alle als Abgeordnete persönlich die politische Verantwortung. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächste Rednerin hat sich die Abgeordnete Heidt-Sommer von den Sozialdemokraten zu Wort gemeldet.

Nina Heidt-Sommer (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir leben in einer Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit, in einer Gesellschaft, an der sich jeder Mensch beteiligen und in der er sich einbringen kann. Vielfalt macht uns stark. Unsere Demokratie, das sind wir alle. Ich freue mich heute über die Diskussion zu dem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen hier im Landtag.

Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellen uns als Demokratinnen und Demokraten auf die Probe. Wir aber stehen für Solidarität und Empathie. Wir stehen an der Seite aller, die Zielscheibe des Hasses sind.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Wenn Menschen Angst davor haben, mit Kippa auf die Straße oder in die Synagoge zu gehen, wenn Kinder und Jugendliche Angst davor haben, sich in den Schulen zu ihrem jüdischen Glauben zu bekennen, verschiebt das, fast 80 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus, unsere demokratische Ordnung. Dem wirken wir auf allen Handlungsebenen, mit allen Handlungsmitteln des demokratischen Rechtsstaats entgegen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

An unseren Schulen werden gesellschaftliche Entwicklungen 1 : 1 abgebildet. Wir verteidigen unsere Schulen als Orte der Demokratie. Schülerinnen und Schüler lernen in einem geschützten Rahmen, sich in unserer demokratischen Gesellschaft zu bewegen. Die Schule ist der Ort, an dem sich Schülerinnen und Schüler sicher fühlen. Hassreden und Vorwürfe, die andere niedermachen, werden an unseren Schulen unterbunden. Respekt und Empathie sind die Grundlagen für Wertevermittlung. Das sind die Grundlagen der Gespräche an unseren Schulen. Meine Damen und Herren, politische Bildung in allen Schulformen und im lebenslangen Lernen ist die Lebensversicherung unserer Demokratie.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Grundrechte sind nicht verhandelbar. Die Menschenwürde, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, der Gleichheitsgrundsatz, die Freiheit des Glaubens und des Wortes bilden die Basis unserer Demokratie. Den Schulen kommt die Aufgabe zu, diese Werte zu leben und diese Werte sowohl auf konkrete Situationen des Schulalltags als auch auf politische Entwicklungen zu beziehen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gegen Antisemitismus zu stehen – das ist auch aus den Reden meiner Vorrednerin und meines Vorredners deutlich geworden – ist eine der entscheidenden Aufgaben unserer Zeit. Antisemitismus hat viele Formen. In unserer deutschen Geschichte spielte Antisemitismus für das nationalsozialistische System die entscheidende Rolle. Antisemitismus war die Klammer, die

für den völkischen Nationalismus identitätsstiftend war. Diesen Antisemitismus gibt es weiter. Antisemitismus war aber schon immer wandelbar. Der kommt auch heute in vielen verschiedenen Formen vor.

Deshalb begrüßen wir das Programm zur anwendungsorientierten Demokratieforschung unseres Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur genauso wie die Selbstverpflichtung zur Einführung einer Ansprechperson für Antisemitismus an allen hessischen Hochschulen.

Fast 80 Jahre nach der Schoah lehnen viele die Erinnerung an das Leid der Jüdinnen und Juden ab. Auch dies ist eine Form des Antisemitismus. Wir leben in einer Zeit, in der die letzten Überlebenden nach und nach sterben. Wir vermissen so viele mutige und bewundernswerte Zeitzeuginnen und Zeitzeugen schmerzhaft. Die Erinnerung an die Schoah gehört immer dazu, wenn wir uns dem Antisemitismus entgegenstellen. Wir müssen Erinnerungsarbeit so aufstellen, dass die Schuld der Täter präsent bleibt. Das Leid und die Entmenschlichung der Opfer stellen wir auch weiter in den Mittelpunkt. In unserer Erinnerungsarbeit tragen wir die Verantwortung, ein „Nie wieder“ zu garantieren, denn „Nie wieder“ ist jetzt.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Erinnerungsarbeit als Teil der Demokratiebildung ist eine Kernaufgabe von Schule, an allen Schulformen. Antisemitismus und Rassismus dürfen keinen Platz an unseren Schulen haben. Deshalb ist es aus unserer Sicht so wichtig, dass die Landesregierung mit vielen Kooperationspartnern das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus und das daraus entstandene Leid sowie die daraus resultierende gesamtgesellschaftliche Verantwortung in den Fokus schulischer Auseinandersetzungen nimmt.

Meine Damen und Herren, Demokratie lebt von Demokratinnen und Demokraten. Wir praktizieren unsere Art, zusammenzuleben, mutig und mit Freude. Wir leben unseren demokratischen Streit um die besten Lösungen und geben dies an unseren Schulen auch an die nächste Generation weiter. – Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Mulch der AfD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Lothar Mulch (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine erste Rede beginne ich, indem ich den Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein zitiere, der am 30. Juni 2023 sagte, dass Hessen eines der Bundesländer sei, in dem die Dinge gut funktionierten und die Leute zufrieden seien.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann man natürlich so sehen, aber meine Wahrnehmung ist eine andere. Meine Wahrnehmung ist, dass kaum etwas gut funktioniert in Hessen. Außergewöhnlich gut funktioniert, zumindest aus Sicht der deutschen Bevölkerung, aus Sicht der einheimischen Bevölkerung mit und ohne Migrations-

hintergrund, nahezu gar nichts mehr; und unser Schul- und Bildungssystem macht da leider keine Ausnahme.

(Beifall AfD)

Der aktuelle Antrag legt davon Zeugnis ab. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass in unseren Schulen Antisemitismus heute wieder offen zur Schau gestellt werden kann, ist unerträglich. Dass in Deutschland Menschen, die eine Kippa tragen, nicht mehr ohne Angst in unsere sich immer dramatischer wandelnden Innenstädte gehen können, ist unerträglich. Ich denke, insoweit besteht Konsens.

(Beifall AfD)

Jedoch Ihr Antrag ist unvollständig. Sie benennen lediglich den Anlass für die aktuellen unerhörten Vorgänge, nämlich den Krieg in Gaza; aber die eigentliche Ursache für diesen neuen Antisemitismus an unseren Schulen verschweigen Sie. Diese blenden Sie in bewährter Manier aus und benennen sie nicht; und darum mache ich das.

(Beifall AfD)

Die Ursachen dafür, dass in Hessens Schulen Antisemitismus heute wieder offen zur Schau gestellt wird, sind die überwiegend illegale Migration aus islamischen Ländern und die vielfach gescheiterte Integration. Sie, die CDU, fordern in Ihrem Antrag ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels von Menschen, von denen viele an jedem einzelnen Tag ihres bisherigen Lebens eingebläut bekommen haben, dass Israel kein Recht habe, zu existieren. Viele der Schüler, denen Sie hier Werte wie Demokratie, Toleranz und Gewaltfreiheit vermitteln wollen, haben den Judenhass mit der Muttermilch aufgesogen.

(Beifall AfD)

Die meisten dieser jungen Menschen wurden in Gesellschaften sozialisiert, in denen nicht das Existenzrecht Israels, sondern Antisemitismus zur Staatsräson gehört. Und jetzt kommen Sie und wollen diesen Menschen allen Ernstes Ihren Wertekanon überstülpen und glauben, mit diesem Antrag ließe sich diese Sozialisation von heute auf morgen rückgängig machen. Wie anmaßend, wie naiv, wie weltfremd ist das denn?

(Beifall AfD)

Sie, die CDU, gerieren sich als Problemlöser, dabei sind Sie verantwortlich für die Missstände, die Sie in diesem Antrag anprangern. Sie, die CDU, und sonst niemand. Sie haben diese Menschen unkontrolliert in unser Land gelassen; und Sie haben diejenigen, die darauf hinwiesen, dass diese Menschen nicht nur die Hoffnung auf ein besseres Leben mitbringen, sondern auch all ihre Konflikte, Probleme und Ressentiments, diese Warner diffamiert,

(Zurufe CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen einmal zuhören!)

um sich Ihre lächerliche Willkommenskultur nicht kaputt machen zu lassen. Und jetzt schalten Sie in den Empörungsmodus.

(Beifall AfD)

Jetzt schalten Sie in den Empörungsmodus, wenn sich in unseren Schulen die antisemitischen Zwischenfälle häufen, wenn vor Behörden israelische Flaggen heruntergerissen werden, wenn Islamisten in dichten Kolonnen durch unsere Städte ziehen, die unsere Werte mit Füßen treten, die Israel vernichtet sehen wollen, die die Errichtung des Kalifats

fordern, unsere Rechtsordnung ablehnen, Hass predigen und für die unsere Frauen und Mädchen Menschen zweiter Klasse sind.

(Sascha Meier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden Sie über die AfD?)

Es gibt nur ein wirksames Mittel, mit dem man diesen Antisemitismus erfolgreich bekämpft, nämlich, indem man migrantische Antisemiten aus islamischen Ländern nicht mehr in unser Land lässt und die, die hier sind, wenn möglich, abschiebt.

(Lisa Gnadl (SPD): Hören Sie mit diesem Hass auf!)

Dieser Antrag ist dagegen ein untauglicher Versuch. Das Problem dieses neuen beschämenden Antisemitismus an unseren Schulen lösen Sie damit jedenfalls nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Abgeordneter Mulch, Sie müssen bitte zum Schluss Ihrer Rede kommen.

Lothar Mulch (AfD):

Zwei Sätze noch. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch, die Fraktion der Alternative für Deutschland stimmt – –

(Zurufe – Lachen CDU)

Gestatten Sie mir noch einen Satz: Die Fraktion der Alternative für Deutschland stimmt mit Ihnen überein. An hessischen Schulen dürfen Antisemitismus und Rassismus keinen Platz haben, niemals wieder.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Sie müssen zum Schluss kommen. Ich habe Ihnen jetzt schon eine halbe Minute gegeben. Das ist jetzt der letzte Satz.

Lothar Mulch (AfD):

Solange Sie, die CDU, der einzigen Partei, mit der die Lösung der angesprochenen Probleme gemeinsam möglich wäre, der Alternative für Deutschland, die kalte Schulter zeigen und sich auf Ihre Brandmauer beziehen, so lange ist der Antrag das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht. Wir werden ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Das war eine deutliche Veränderung der aktuellen Debatte. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass dies die erste Rede des Abgeordneten Mulch war.

(Beifall AfD – Holger Bellino (CDU): Hoffentlich auch seine letzte!)

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Sascha Meier von den GRÜNEN gemeldet.

Sascha Meier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ausführungen gerade eben tut mir ordentlich der Kopf weh, und ich freue mich nun, dass wir wieder zu einer Debatte zurückkehren, die mit Niveau geführt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir wollen als Parlament ein Zeichen setzen, doch Sie kommen hier mit stigmatisierenden Aussagen um die Ecke. Sie sind diejenigen, die Hass und Hetze schüren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Ihnen, die den Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ der deutschen Geschichte bezeichnet haben, braucht niemand Nachhilfe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir sowohl weltweit als auch in Deutschland eine massive Zunahme von antisemitischem Hass und Hetze, von Kundgebungen, auf denen der Terrorangriff der Hamas auf Israel verharmlost und das Existenzrecht des Staates Israel offen infrage gestellt werden – und das hier in Deutschland, fast 70 Jahre nach dem Holocaust. Diese Entwicklung ist absolut unerträglich und inakzeptabel.

Die Daten des Jahresberichts 2023 der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen zeigen alarmierende Trends auf. Antisemitische Äußerungen, das Zeigen des Hitlergrußes, die zunehmende Verbreitung von Hass und Intoleranz haben insbesondere seit dem 7. Oktober zugenommen. Die antisemitischen Vorfälle an Universitäten und Schulen der letzten Tage und Wochen sind absolut inakzeptabel. So stellt auch Meron Mendel von der Bildungsstätte Anne Frank fest:

„Wenn man einen unabhängigen palästinensischen Staat fordert, der friedlich neben dem israelischen Staat existiert, muss man das öffentlich äußern dürfen. Auch Solidaritätsbekundungen mit der palästinensischen Zivilgesellschaft in Gaza müssen auf unseren Schulen erlaubt sein. Viele wollen auf Demonstrationen ihre Trauer um die zivilen Opfer auf palästinensischer Seite ausdrücken. Der Staat muss garantieren, dass dies möglich ist ... Eine Grenze ist natürlich überschritten, wenn der Terror der Hamas und die brutalen Massaker vom 7. Oktober gefeiert werden, gegen Jüdinnen und Juden gehetzt und zur Gewalt aufgerufen wird [und das Existenzrecht des Staates Israel infrage gestellt wird].“

Es ist unsere Pflicht, nicht nur, aber insbesondere in Anbetracht der deutschen Geschichte, klarzumachen: Wir erdulden keine Hakenkreuze. Wir erdulden keinen Antisemitismus. Wir erdulden keinen Rassismus. Wir erdulden keine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Die demokratischen Fraktionen in diesem Hause diskutieren bekanntlich häufig ziemlich laut, engagiert und nach meinen Erfahrungen der letzten paar Monate auch mit ziemlich unterschiedlichen Positionen – und das ist auch gut so. Dass wir uns trotz all dieser inhaltlichen Differenzen bei diesem zentralen Thema, dem Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, gemeinsam positionieren, ist ein wichtiges Zeichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir lassen uns nicht spalten. Wir haben gemeinsame Grundwerte, die uns Demokratinnen und Demokraten einen. Für genau jene stehen wir über Parteigrenzen hinaus ein. Antisemitismus und Rassismus haben keinen Platz in Hessen, in Deutschland und sollten es auch nirgendwo anders haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Holger Bellino (CDU))

Die aktuelle Lage verdeutlicht: Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken und politische Bildung an unseren Schulen noch weiter ausbauen. Unsere Schulen müssen als Orte der politisch-historischen Bildung, der demokratischen Wertevermittlung, der Vielfalt und Toleranz in ihrer Rolle gestärkt werden, Lehrkräfte geschult und Beratungsstrukturen niedrigschwellig genutzt werden können. Hier ist in den letzten Jahren auch schon viel passiert, unter anderem mit dem Ausbau des Politik- und Wirtschaftsunterrichts an weiterführenden Schulen und der Stärkung der Demokratiebildung in der Lehrkräfteausbildung.

Wegen der aktuellen Entwicklung halten wir es aber für notwendig, Demokratiebildung und Extremismusprävention an unseren Schulen noch weiter auszubauen, insbesondere die Thematisierung des Nahostkonflikts sowie des Umgangs mit Hate Speech. Desinformation und Verschwörungstheorien in sozialen Medien müssen noch stärker in dem hessischen Kerncurriculum sowie in der Lehrkräfteausbildung verankert werden.

Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass alle, auch fachfremde Lehrkräfte umfassende Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich Antisemitismus- und Extremismusprävention erhalten. Zudem brauchen Lehrkräfte und Schulleitungen bei antisemitischen oder rechtsextremen Vorfällen eine enge Begleitung durch Träger der historisch-politischen Bildung.

Wir setzen uns auch dafür ein, Kapazitäten und Angebote der Gedenkstätten weiter auszubauen. Wir wollen, dass alle hessischen Schülerinnen und Schüler mindestens einmal in ihrer Schulzeit eine NS-Gedenkstätte besuchen. Das ist essenziell, um ein tiefgreifendes Verständnis und Bewusstsein für die Schrecken der Vergangenheit, die Ursachen und Folgen von Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die Herausforderungen der Gegenwart zu schaffen. Trotz Zeiten klammer Kassen darf an diesen wichtigen Stellen nicht gespart werden. Politische Bildung, Demokratiebildung und die Erlebbarkeit von Demokratie müssen auch weiterhin und gerne noch ambitionierter ausfinanziert werden.

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es liegt an uns, dass unsere Schulen zu Festungen der Demokratie und zu Bastionen gegen Intoleranz und Hass werden. Nur so können wir die Werte vermitteln, die für eine freie und demokratische Gesellschaft unerlässlich sind. Lassen Sie uns hieran weiterhin gemeinsam entschlossen arbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als Nächste spricht die Landesregierung. Herr Minister Schwarz, bitte.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Hochverehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Eines will ich vorwegschicken: Ich bin den Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP ausdrücklich dankbar für diesen gemeinsamen Entschließungsantrag. Er ist ein wichtiges Signal, ein starkes Signal, das die demokratischen Fraktionen in diesem Parlament im Kampf für die Verteidigung unserer Demokratie, im Kampf für die Verteidigung unserer Grundwerte und im Kampf gegen Antisemitismus und gegen Extremismus setzen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, das will ich schon sagen: Ich bin ebenfalls dankbar dafür, dass in nahezu jeder Rede auch das Grundgesetz angesprochen worden ist. In neun Tagen feiern wir 75 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, 75 Jahre Grundlage für Frieden, Freiheit, Wohlstand.

Das will ich an dieser Stelle hinterlegen: Unsere Demokratie steht nicht unter Denkmalschutz. Sie muss jeden Tag aufs Neue gelebt und verteidigt werden. Insofern ist es unsere Aufgabe, auch in diesem Parlament, genau das zu tun. Das ist das starke Signal, das von der heutigen Debatte ausgeht.

Ich möchte nicht zuletzt vor diesem Hintergrund auf die Bedeutung von Demokratiebildung sowie die Bekämpfung von Antisemitismus bzw. Antisemitismusprävention eingehen; denn, meine Damen und Herren Abgeordnete, Schulen sind Orte der Wertevermittlung. Schulen sind die Orte, wo Demokratie gelebt wird. Schulen sind die Orte, wo wir die Grundlagen unseres Grundgesetzes vermitteln. Dadurch gelingt es, und das ist das gemeinsame Ziel, dass wir mündige Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erziehen, damit sie genau diese Fackel des Erfolges von Frieden, Freundschaft, Freiheit und Demokratie auch weitertragen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Es ist mir wichtig, an der Stelle zu hinterlegen: Es gibt hier eine Fraktion, die es schafft, bei einem solchen Thema die Tonlage in einen völlig unerträglichen Bereich hineinzutragen. Ich sage das sehr deutlich, Herr Abgeordneter Mulch: An den hessischen Schulen wird jedem einzelnen Fall von antisemitischem Verhalten nachgegangen, er wird verfolgt, so wie es sich gehört, im Rahmen von Ordnungsmaßnahmen und Ordnungsrecht. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Das wird an hessischen Schulen nicht akzeptiert. Da stehen wir alle beieinander.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Was in einer solchen Debatte immer wieder von großer Bedeutung ist, das ist, dass das Signal der Freundschaft zum Staate Israel gesendet wird, dass das Signal gesendet wird, dass wir uneingeschränkt Israel, unseren Freunden, unsere Solidarität gegenüber zeigen, und auch das Signal, dass Israel selbstverständlich nach dem mörderischen Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 das Recht hat, sich selbst zu verteidigen

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

– ja, ich finde, das kann man hier unterstreichen –, und nicht zuletzt das deutliche Signal, das hell und weit leuchtet, dass Antisemitismus in unserer Gesellschaft und unseren Schulen keinerlei Platz und keinerlei Akzeptanz findet, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Die Schulen haben einen klaren Auftrag, den habe ich eben schon skizziert: mündige, starke Persönlichkeiten zu erziehen, die genau wissen, wofür sie stehen.

Ein großer Wissenschaftler mit jüdischem Hintergrund, Albert Einstein, hat etwas unglaublich Kluges formuliert, er hat immer sehr viel Kluges formuliert.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Er hat auch den Nobelpreis dafür bekommen!)

Er hat gesagt:

„Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn man all das, was man in der Schule gelernt hat, vergisst.“

Wenn man das auf dieses Thema übersetzt, bedeutet das, dass die Bildung so stark sein muss, dass jeden Tag durch gute Bildung in Erinnerung gerufen wird, dass der Staat Israel unser Freund ist und wir genau diese Freundschaft auch leben.

Deswegen will ich hier noch einmal hinterlegen, was wir vor 14 Tagen gemeinsam erleben durften. Auf Einladung der Landesregierung kam eine israelische Jugendgruppe – leider 14 Tage verspätet. Wieswegen? Weil der Iran Israel am Tag des Abflugs mit 300 Drohnen und Raketen übersät hat und der Luftraum gesperrt wurde.

Ich bin froh, dass die Freunde aus Israel heil und behütet hier ankamen. Wir hatten tolle Begegnungen. Es sind Freundschaften entstanden mit den Jugendlichen der Carl-von-Weinberg-Schule. Gemeinsam haben wir die I. E. Lichtigfeld-Schule der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt besucht. Ich habe dort die Gelegenheit gehabt, eine Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern zu führen. Worum ging es? Es ging zum einen um jüdisches Leben. Es ging zum anderen um Freundschaft. Es ging darum, Grenzen und Barrieren zu überschreiten und die Verbindung zwischen den Menschen zu stärken.

Ich kann Ihnen sagen, es war sehr beeindruckend, welche Tiefe diese Gespräche hatten, und auch die Dankbarkeit zu erfahren, dass man einmal aus der Stresssituation herauskommt und ein Stück Normalität erleben und zur Schule gehen darf. Das ist das, was die israelischen Jugendlichen seit dem 7. Oktober letzten Jahres nicht jeden Tag erleben dürfen.

Deswegen war es gut und richtig, dass die Freunde aus Israel bei uns waren. Wir werden diesen Austausch intensivieren. Seit über 50 Jahren hat das Land Hessen eine tolle Kooperation mit einer Vielzahl von israelischen Schulen. Diese Kooperation wollen wir ausbauen. Aber wir machen nicht nur die direkte Kooperation, sondern selbstverständlich wird die Wertevermittlung auch in Schulen genau so gelebt, wie es sich gehört.

Wir haben es eben schon gehört: eine Vielzahl von Workshops und Fortbildungen auch für Lehrkräfte, wie man

beispielsweise mit antisemitischem Verhalten im Unterricht umzugehen hat. Handreichungen, Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung und Demokratieerziehung sind ein Teil. Darüber hinaus, tagtäglich aktualisiert, die Unterrichtsmaterialien zum Nahostkonflikt. Ja, das bedarf einer tagtäglichen Aktualisierung auf der Homepage des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen, und die geschieht. Über die Kooperation beispielsweise mit der Gedenkstätte Yad Vashem und der Bildungsstätte Anne Frank wurde hier schon berichtet.

Meine Damen und Herren, die Demokratie und die ihr zugrunde liegenden Werte gilt es zu schützen, fortlaufend und immer. Das ist unser aller Aufgabe in Schule und weit darüber hinaus. Insofern darf ich noch einmal Danke sagen, Danke den Damen und Herren Abgeordneten, dass sie zum Ehrentag, zum Geburtstag des Grundgesetzes diesen wichtigen Entschließungsantrag heute hier gemeinsam eingebracht haben. Das ist genau das richtige Zeichen in dieser Zeit. Alles Gute. Gott schütze Israel. – Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, auch wenn jetzt etwas Redezeit angewachsen wäre.

Die parlamentarischen Geschäftsführer haben mir signalisiert, dass über diesen Antrag direkt abgestimmt werden soll. Dann tun wir das sehr gern. Deswegen rufe ich jetzt den Dringlichen Entschließungsantrag betreffend kein Platz für Antisemitismus und Rassismus an hessischen Schulen, Drucks. 21/558, zur Abstimmung auf.

Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD, der GRÜNEN und der FDP sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich der Stimme? – Wer stimmt mit Nein? – Mit Neinstimmen der AfD ist der Antrag angenommen. Herzlichen Dank.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu dem **Tagesordnungspunkt 5:**

Erste Lesung

Gesetzentwurf

Fraktion der Freien Demokraten

Gesetz zur Einrichtung eines Hessischen Normenkontrollrats (Bürokratieabbaugesetz)

– Drucks. 21/481 –

Der Fraktionsvorsitzende Naas hat bemerkt, dass mir noch die Wortmeldung fehlt. Wir wissen aber, dass der Gesetzentwurf von den Freien Demokraten eingebracht werden soll. Insofern bitte ich jetzt um die Einbringung. Herr Abgeordneter Naas, Sie haben das Wort mit siebeneinhalb Minuten.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Max Weber hat einmal gefragt:

„Was haben wir eigentlich noch dieser Maschinerie entgegensetzen, um einen Rest des Menschseins

freizuhalten von der Alleinherrschaft bürokratischer Lebensideale?“

Das klingt vom Duktus her ein bisschen nach dem 19. Jahrhundert. Dieses Zitat ist auch im 19. Jahrhundert entstanden. Aber Max Weber meinte schon damals die Bürokratie, und er hat bis heute recht behalten. Seine Beobachtungen sind heute aktueller denn je.

Wir müssen uns doch heute als Landtag genauso fragen: Was haben wir der Bürokratie in diesem Land eigentlich noch entgegensetzen? Der Begriff ist heute schon häufiger gefallen: Bürokratieabbau. Wir haben neuerdings sogar einen Entbürokratisierungsminister. Aber wenn Sie aufs Land rausfahren und mit den Unternehmerinnen und Unternehmern sprechen, wenn Sie mit den Bürgermeistern und Landräten sprechen, was bekommen Sie denn da zu hören? Es ist egal, welche Verwaltung und welcher Wirtschaftszweig, es ist auch egal, wie groß das Unternehmen ist: Alle klagen über zu viel Bürokratie.

Herr Minister Poseck – jetzt ist er leider nicht da – war auf der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes. Da haben sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einmal so richtig ausgeheult und haben gesagt: Herr Minister, wenn Sie eines nach Wiesbaden mitnehmen, dann das: Wir brauchen weniger Bürokratie in Hessen. Wir müssen aus diesem Dschungel raus, wir müssen diesen Dschungel lichten. Denn es ist ein Riesenproblem. Jede Minute, jede Stunde, die wir mit überflüssiger Bürokratie zubringen, hindert uns am eigentlichen Kerngeschäft. Unternehmer verdienen dann kein Geld, können keine Steuern zahlen, und das spüren wir dann natürlich auch in der Politik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns Freie Demokraten ist Bürokratieabbau der erste und der wichtigste Beitrag zur Wirtschaftswende.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir brauchen Deregulierung, und wir brauchen Entbürokratisierung auf allen Ebenen. In der EU braucht es weniger von der Leyen und mehr von der Freiheit.

(Vereinzelter Beifall Freie Demokraten – Zuruf Alexander Bauer (CDU))

Auf Bundesebene hat unser Justizminister Buschmann ein erstes umfassendes Bürokratieabbaugesetz auf den Weg gebracht

(Hartmut Honka (CDU): Ui, ui, ui!)

– ja, das war gut, und das war richtig –,

(Beifall Freie Demokraten)

während die hessischen GRÜNEN die letzten zehn Jahre dieses Land mit viel zu vielen Normen und Regeln überzogen haben. Das mag für den einen oder anderen nicht so schlimm sein; denn die Wirtschaft lief die letzten Jahre ganz gut. Aber jetzt boomt die Wirtschaft nicht mehr: Nullwachstum, hohe Energiepreise, wir steigen ab im Wettbewerb. Das liegt auch und vor allem daran, dass wir in diesem Land zu viel Bürokratie haben.

Hessen muss endlich entbürokratisiert werden. Jetzt wird der eine oder andere sagen: Ich sitze schon seit 1987 im Landtag, „Entbürokratisierung“, das habe ich schon einmal gehört. – Der Kollege Lortz und andere könnten das vielleicht sagen, und sie haben recht. Bürokratieabbau gab es

hier schon einmal institutionalisiert, und zwar in der Regierung Koch unter Schwarz-Gelb. Zwischen 1999 und 2001 hat man 39 % der Normen reduzieren können – durch eine Normprüfungskommission. Das ist über 20 Jahre her. Das steht heute noch so auf der Homepage der Staatskanzlei. Das können Sie nachlesen, rufen Sie es auf. Danach gab es aber leider keine Erfolge mehr, nach 2001.

Diese Normprüfungskommission gibt es immer noch. Sie besteht aus einem Staatssekretär und vier Abteilungsleitern aus verschiedenen Ministerien. Wie heißt es auf der Homepage der Staatskanzlei weiter?

„So hatte sich die Arbeitsgruppe jahrelang mit den Förderrichtlinien für Kindergärten auseinandergesetzt, zum Beispiel damit, ob die Höhe der Kleiderhaken geregelt werden muss, damit die Kinder ihre Mäntel selbst aufhängen können.“

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Die Höhe von Kleiderhaken in Kindergärten muss nicht reguliert werden. Um das festzustellen, braucht man keine Normprüfungskommission.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn sich eine Normprüfungskommission vor 20 Jahren mit dieser Frage beschäftigt hat und dies immer noch auf der Homepage als Erfolg gefeiert wird, dann ist diese Kommission gescheitert.

Lieber Herr Staatsminister, da reicht es auch nicht, wenn man jetzt auf den letzten Metern mit einer neuen Stabsstelle um die Ecke kommt und einen erfahrenen Verwaltungsjuristen in der Staatskanzlei beauftragt. Das ist zu wenig. Wir sagen, Bürokratieabbau macht man nicht mit Bürokraten. Wir Freie Demokraten finden, dass es an der Zeit ist, endlich die Wirtschaft einzubinden, Zeit für die Praktiker. Wir wollen die Normprüfungskommission mit der Wirtschaft besetzen, und wir wollen sie zu einem echten Normenkontrollrat ausbauen.

(Beifall Freie Demokraten)

Was hat der ehemalige Staatssekretär Martin Worms dazu schon gesagt? Auch das können Sie auf der Homepage der Staatskanzlei nachlesen. Er hat gesagt:

„Die Erkenntnis, dass es sich lohnt, Normprüfungsstellen zu institutionalisieren, hat sich in der Bundesregierung durch die Schaffung eines Normenkontrollrats und auch in anderen Bundesländern durchgesetzt.“

Meine Damen und Herren, bravo, exakt so ist es. Deswegen schlagen wir Freie Demokraten Ihnen heute die Einrichtung eines hessischen Normenkontrollrates vor und haben dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt.

(Beifall Freie Demokraten)

Schauen Sie nach Bayern, schauen Sie nach Sachsen, schauen Sie nach Baden-Württemberg oder nach Thüringen. Die haben erkannt, an den Bürokratieabbau müssen Praktiker ran, diejenigen, die die Auswirkungen von Gesetzen und Regelungen in ihrem Alltag zu spüren bekommen, Praktiker aus Industrie und Handel, Praktiker aus dem Handwerk und den freien Berufen, ja, auch aus den Kommunen, aus den Wirtschaftskammern, aus den Arbeitnehmervereinigungen und aus dem Verbraucherschutz. Sie sind diejenigen, die den Bürokratismus jeden Tag zu spüren bekommen. Deswegen sind sie die besten Ansprech-

partner, wenn es um den Bürokratieabbau in Hessen geht, und nicht die Bürokraten in den Ministerien.

Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt fragen: Was macht eigentlich der neue Minister für Entbürokratisierung? Kollege Pentz, 100 Tage sind vorbei. Die GEMA ist ein schöner Gedanke, aber das ist nach 100 Tagen ein bisschen wenig. Deswegen: Aufwachen, jetzt geht es um den wirklichen Bürokratieabbau.

Ich finde, jeder hat eine Chance verdient, Sie auch, aber unser Gesetzentwurf auch. Deswegen schlagen wir ihn heute zur Zustimmung vor und freuen uns auf die weitere Beratung in den Ausschüssen und bei der Anhörung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Franz, Fraktion der CDU, zu Wort gemeldet.

Peter Franz (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen, liebe Kolleginnen! Sehr geehrter Herr Naas, zunächst möchte ich Ihnen meinen Dank aussprechen, dass Sie dieses durchaus wichtige und zentrale aktuelle Thema in den Fokus der parlamentarischen Befassung rücken. Gleichwohl bleibt die zentrale Frage, wie wir uns dem dringend erforderlichen Bürokratieabbau stellen. Da empfehle ich einen Blick in unseren Koalitionsvertrag.

Aber da Sie in Ihrer Rede unsere Bürgermeister angesprochen haben, gestatten Sie mir einen kleinen Exkurs. Als ich Ihren Gesetzentwurf gelesen habe, ist mir durch den Kopf gegangen: Es ist verwunderlich, dass Sie der Landesregierung Hausaufgaben ins Heft schreiben, die Sie in Berlin selbst nicht wirklich angehen.

(Beifall CDU)

Ich will es plastischer ausdrücken: Vielleicht sollten Sie Ihren Kollegen in Berlin Nachhilfe geben. In Berlin hat man das Wunder vollbracht, ein großes Bürokratiemonster zu schaffen, ein sogenanntes Cannabis-Legalisierungsgesetz.

(Zurufe Freie Demokraten)

Reden Sie einmal mit Ordnungsdezernenten und Bürgermeistern in Hessen, am Bodensee, in Kiel. Fragen Sie sie.

(Beifall CDU)

Sie sind mehr als verzweifelt. Sie wissen nicht mehr, ob sie lachen oder weinen sollen bei dem, was sie umsetzen sollen.

(Zuruf Moritz Promny (Freie Demokraten))

Kommen wir zurück zu Ihrem Antrag. Ein anderer Gedanke war, ein bisschen frei nach dem Motto: Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe einen hessischen Normenkontrollrat. Dieser soll dann als unabhängiges Expertengremium eingerichtet werden, um die Landesregierung auf den Gebieten der Deregulierung und Entbürokratisierung zu beraten.

(Zuruf Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

Aber Sie haben es selbst eingeräumt, Sie haben es richtig erkannt: Erstens gibt es bereits ein solches Gremium.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das steht in dem Gesetzentwurf drin!)

Zweitens erfüllt die Landesregierung diesen ganzheitlichen Ansatz, weil sie bereits politisch Verantwortliche mit am Tisch hat. Ich bin mir sicher, Herr Staatsminister Pentz wird das noch im Einzelnen ausführen.

Sie haben völlig außer Acht gelassen, dass wir uns des wichtigen Themas angenommen haben und als ersten wichtigen Schritt einen Minister für Entbürokratisierung ins Kabinett berufen haben.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Sie schlagen vor, dass alle neuen Vorhaben bezüglich „Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit, Kostenwirksamkeit, Verständlichkeit und Vollzugseignung“ geprüft werden.

(Beifall Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Die Beantwortung dieser zentralen Fragen findet in Hessen schon lange statt. Das kann ich Ihnen versichern. Das ist hier gelebte Praxis. Ich kenne kein einziges Gesetz, das verschwenderisch, unsinnig oder Ähnliches ist.

Für eine entsprechende Kontrolle, die Sie zu Recht einfordern, brauchen wir kein weiteres aufgeblähtes Normenkontrollgremium, wie Sie es in Ihrem Gesetzentwurf vorsehen. Sie wollen Bürokratieabbau und kommen mit einem großen Bürokratiemonster.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Am Rande angemerkt: Es gibt eine nicht unbeachtliche Anzahl von Rechtsakten, bei denen die Kostenwirksamkeit immer im Vordergrund der Überlegungen steht. Die Abwägung hierzu zu treffen, das obliegt dem vom Souverän Gewählten, nämlich der Landesregierung. Ich denke, das sind wir gut aufgestellt.

Wenn Sie den Koalitionsvertrag gut gelesen hätten: Auf Seite 116 wird das Hessentempo ausdrücklich ausgeführt. Bürokratieabbau ist ein großes Wort. Man muss das viel weiter denken. Es gehören viele Themenfelder dazu. Es ist klar zum Ziel gesetzt worden, dass in Hessen Verwaltung neu ausgerichtet wird, dass in Projekten gedacht wird, dass eine neue Führungs- und Fehlerkultur etabliert wird, dass die Verwaltung pragmatischer und flexibler wird.

Dabei ist es aber unabdingbar, dass wir, die Politik, die Ziele formulieren und dass diese dann von der Verwaltung umgesetzt werden. Damit ein unabhängiges Gremium, einen aufgeblähten Apparat zu betrauen – ich befürchte, wir erreichen das genaue Gegenteil von dem, was Sie eigentlich wollen.

Dies bestätigt interessanterweise der Bericht – Sie haben ihn angesprochen – des Nationalen Normenkontrollrats. Der Bundesjustizminister stellt in seinem Jahresbericht 2023 fest: „Noch nie war der laufende Erfüllungsaufwand so hoch wie heute.“ Er bezweifelt die Wirksamkeit dieses Systems.

Deswegen, finde ich, wir müssen endlich damit aufhören, dass Bürokratieabbau, Entbürokratisierung und entsprechende Gesetzestitel nur Schlagworte für Sonntagsreden sind. Wir müssen an dem Thema arbeiten.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Von daher ist es völlig richtig, dass wir den grundsätzlich erforderlichen Abbau bürokratischer Hürden und Hemmnisse in den zuständigen Ausschuss geben, den wir damit betraut haben, und gemeinsam mit dem zuständigen Minister Pentz die Sache anpacken und Lösungen erarbeiten. Dies ist – das haben wir vorhin auch bei der Regierungserklärung gehört – dringend erforderlich für die wirtschaftliche Erholung in unserem Lande. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Das war die erste Rede des Abgeordneten Franz im Hessischen Landtag. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Außerdem möchte ich noch unseren ehemaligen Kollegen Peter Stephan auf der Besuchertribüne begrüßen.

Wir kommen zum nächsten Redner. Das ist Herr Abgeordneter Jürgen Frömmrich, Fraktion DIE GRÜNEN.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Leider ist die Debatte, die wir gerade führen, ein bisschen von zwei Polen gesteuert. Ich finde das nicht gut. Wir sollten uns vielleicht an die Debatten, die wir vorher geführt haben, erinnern und den Punkt suchen, wo wir die Gemeinsamkeiten haben. Wir sollten die Gemeinsamkeiten betonen und schauen, dass wir bei einer solchen Frage, die durchaus komplex ist – der Kollege Franz hat gerade versucht, das herauszuarbeiten –, einen Kern, einen gemeinsamen Weg finden.

Da hilft es nicht, auf der einen Seite die Last der Bürokratie zu überzeichnen und alle, die in Ministerien arbeiten, als Bürokraten zu bezeichnen, was nicht so ist, und auf der anderen Seite das kleinzureden, was die anderen Kolleginnen und Kollegen vorgeschlagen haben.

Kollegen von der FDP und Kollege Franz, ich will einmal daran erinnern: Es gibt diesen Normenkontrollrat. Er ist sehr erfolgreich gewesen. Wenn Sie einmal auf die Liste des Normenkontrollrats der Bundesrepublik Deutschland gehen, dann werden Sie finden, dass drei Bürokratieentlastungsgesetze auf den Weg gebracht worden sind, die Milliardenbeträge an Bürokratiekosten eingespart haben. Wenn man ein solches Instrument und ein solches Gremium als – ich will es ein bisschen despektierlich sagen – Laberbüde abtut, dann ist dies diesem Gremium nicht angemessen; denn eingeführt hat dieses Normenkontrollgremium 2006 die Bundesregierung unter Angela Merkel. Deswegen achte man darauf, was man im Plenum des Hessischen Landtags so sagt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Unruhe)

Deswegen lassen Sie uns alle einmal überlegen, was wir gemeinsam im Bereich des Bürokratieabbaus machen können. Da nützt es nichts, zu zitieren, dass man sich im Koalitionsvertrag Dinge vorgenommen hat. Das ist wichtig, das ist richtig, aber das Schreiben in Koalitionsverträge sind noch keine Ergebnisse, lieber Kollege Franz.

Vielleicht sollte man den Vergleich mit der Schwalbe nennen, die noch keinen Sommer macht. Einen Minister zu befragen, macht noch kein Bürokratieabbaugesetz und keinen Bürokratieabbau.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Lassen Sie uns deswegen über das reden, was hier als Vorschlag vorgelegt wurde. Ich will ausdrücklich sagen, dass ich den Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion dankbar dafür bin, dass sie diesen Vorschlag gemacht haben. Denn damit haben wir die Möglichkeit, hier über dieses Thema zu diskutieren.

Entbürokratisierung und Bürokratieabbau macht man nicht mit wohlklingenden Pressemitteilungen. Vielmehr macht man das mit Initiativen, mit konkreten Vorschlägen und durch Gesetze. Da die Landesregierung dazu noch nichts vorgelegt hat, ist es doch begrüßenswert, dass sich eine Fraktion dieses Hauses Gedanken darüber macht und einen Vorschlag in das Haus eingebracht hat, über den man reden kann.

Man kann das dann mit den Vorschlägen abgleichen, die die Landesregierung macht. Wir schauen dann, welches der beste Weg ist. Herzlichen Dank in Richtung der Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Ich will einmal daran erinnern, dass der Bürokratieabbau kein Thema ist, das uns gerade einmal so eingefallen ist. Bei der Recherche habe ich einen schönen Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung“ aus dem Jahr 2003 gefunden. Da steht geschrieben, dass die CDU schon 1978 versprochen hat, zu entbürokratisieren. Heiner Geißler hat seinerzeit einen Rat eingerichtet. Der hieß „Verwaltete Welt – Gesellschaft in Fesseln“. Das Thema begleitet uns also doch andauernd.

Ja, der Bürokratieabbau ist in aller Munde. Studien zeigen, dass gerade kleine und mittelständische Unternehmen mit der Umsetzung der rechtlichen Regelungen besonders belastet sind. 90 % der Betriebe sind kleine und mittelständische Unternehmen. Der überwiegende Teil davon sind kleinste Unternehmen. Das sind Unternehmen, die zwischen ein und neun Beschäftigte haben. Da macht derjenige, dem der Laden gehört, am Wochenende das, was er an Bürokratie auf den Tisch des Hauses gelegt bekommen hat. Das kostet nicht nur Geld, sondern das kostet ihn auch das Wochenende.

Deswegen ist es doch sinnvoll, über dieses Thema zu reden. Wir sollten darüber reden, wie man die Unternehmen von der Bürokratie entlastet, wie man sie von Formularen, von Meldezetteln, von Statistiken und von Kosten entlastet. Lassen Sie uns doch darüber reden.

Wenn die Landesregierung dafür Vorschläge hat, können wir die gerne diskutieren. Wir würden das dann in diese Diskussion einbinden. Ein erster Aufschlag ist aber gemacht.

Wir alle sind Teil des Schaffens dieser Bürokratie. Wir sind der Gesetzgeber. Die Landesregierung bringt Gesetze ein. Wir waren alle schon in der Verantwortung und haben Gesetze gemacht. Deswegen müssen wir uns auch als Parlamentarier fragen: Müssen wir eigentlich jede Statistik vorgelegt bekommen? Ist jede Zahl, die wir über die Unter-

nehmen erfassen, überhaupt sinnvoll und für unsere Arbeit wichtig? Das müssen wir uns selbst fragen.

Wir müssen dann aber auch akzeptieren, dass weniger Regelungen und weniger Regulierung dazu führen können, dass möglicherweise manches nicht geregelt wird und man nachher nicht fragen kann: Warum ist das eigentlich nicht geregelt? Ich habe jetzt auf einmal bei meinem Gebäude ein Problem mit dem Abstand. Warum habt ihr das als Gesetzgeber nicht geregelt? – Wir müssen uns dann an die eigene Nase greifen und sagen: Wir haben dann auch keine Rundumversorgung.

Diese Debatte zu führen, ist durchaus sinnvoll. Das gilt auch für die hessischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, sie wären uns dankbar, wenn wir diese Debatte offen führen würden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Die Fraktion der FDP schlägt vor, einen Normenkontrollrat einzurichten, wie der Bund ihn hat. Dort gehören unabhängige Experten dem Gremium an. Vorbild ist der Nationale Normenkontrollrat. Andere Bundesländer haben das auch. Deswegen kann man da schauen, wie man das umsetzen kann. Das ist ein gutes Instrument, das beim Ministerium der Justiz angesiedelt ist.

Das soll so auf Hessen übertragen werden. Es ist doch sinnvoll, Expertisen aus unterschiedlichen Bereichen einzubinden. Man könnte Vertreterinnen und Vertreter aus dem Handel, aus der Industrie, aus dem Handwerk, aus den freien Berufen und aus den Kommunen in solch ein Gremium holen. Man könnte dann schauen, was sie für Vorschläge oder Alternativvorschläge machen, wenn wir Gesetzentwürfe erarbeitet haben.

Es ist doch zielführend, Praktiker in einen solchen Prozess einzubinden. Das steht aber nicht im Gesetzentwurf der Fraktion der FDP. Darüber sollten wir reden. Ich glaube, es wäre auch hilfreich, wenn wir die Wissenschaft in einen solchen Prozess einbinden würden. Vielleicht könnte sie uns an der einen oder anderen Stelle beraten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das können wir dann aber in der Anhörung diskutieren.

Ich habe es vorhin zwischengerufen. Mir läuft die Zeit weg. Man sollte sich einmal die Erfolge anschauen, was im Bund da geleistet wurde. Im Jahr 2006 wurde dieses Gremium eingeführt. Gegenüber dem Ausgangswert wurden die Bürokratiekosten um 25 % gesenkt. Das ist für ein Unternehmen wirklich viel Geld. Lassen Sie uns doch darüber nachdenken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Abgeordneter Frömmrich, Sie haben es schon gemerkt. Wenn Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede kommen würden.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, ich habe es gemerkt. Ich möchte ein paar letzte Sätze sagen.

Man kann sich das einmal anschauen. Das wurde gerade angesprochen. Das Bürokratieabbaugesetz hat im Jahr 2019 allein bei den Meldungen der Arbeitsunfähigkeit 550 Millionen Euro an Bürokratiekosten eingespart. Bei der elektronischen Archivierung wurden 530 Millionen Euro an Bürokratiekosten eingespart. Da ist es doch aller Anstrengungen wert, darüber zu reden.

Ich sage: vielen Dank für diesen Vorschlag. Wir freuen uns auf die Anhörung im zuständigen Ausschuss sehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Schenk für die Fraktion der AfD zu Wort gemeldet.

Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Naas, nicht alles, was sich laut Titel „Bürokratieabbaugesetz“ als Blockbuster geriert, ist dann tatsächlich auch ein solcher Kassenschlager. Ich habe mir den eingebrachten Gesetzentwurf etwas genauer betrachtet. Da hatte ich dann doch eher die Inspiration eines B-Movies.

Zunächst einmal will ich sagen, dass wir Ihr Anliegen verstehen, Bürokratie abzubauen. Das ist wieder etwas, bei dem wir uns alle einig sind. Wer will das nicht?

Selbstverständlich befinden sich unsere Verwaltung und die Wirtschaft in einem Erstickungsmodus, wenn es darum geht, mit bürokratischen Vorschriften belastet zu werden. Das muss dringend geändert werden.

(Beifall AfD)

Kurz ein paar Sätze zum Kollegen Frömmrich. Sie sprachen davon, dass wir alle hier in der Verantwortung gewesen seien. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin stolz darauf, sagen zu können: Wir waren es nicht.

(Beifall AfD)

Ich weiß, Sie sind darüber froh. Aber, was die Bürokratie angeht, wäre es gut, wenn wir Regierungsverantwortung hätten. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall AfD)

Betrachten wir uns einmal den Lösungsentwurf der FDP. Sie haben gesagt, es gebe bereits die Normprüfstelle. Sie hat eine etwas andere Ausrichtung. Aber sie deckt einen Großteil der Aufgaben ab. Da wird jetzt schon hinsichtlich der Notwendigkeit, der Zweckmäßigkeit, der Kostenwirksamkeit, der Verständlichkeit usw. geprüft. Ob das dann ankommt oder nicht, das steht auf einem anderen Papier.

Ihr angedachter Normenkontrollrat soll ehrenamtlich arbeiten und mit Praktikern aus den verschiedensten Branchen besetzt werden. Wir haben das gehört. Das klingt gut. Herr Kollege Naas, wenn man sich allerdings die Branchen etwas genauer betrachtet, dann muss ich Ihnen sagen, dass der Normenkontrollrat doch wieder sehr groß wirkt.

Sie wollen einen Praxisbezug durch die Besetzung mit verschiedenen Berufsgruppen herstellen. Dazu sage ich Ihnen: Es macht schon einen Unterschied, ob Sie einen Zahnarzt

oder einen Architekten, ob Sie einen Rechtsanwalt oder einen Facharzt da sitzen haben.

(Zuruf Freie Demokraten: Was ist Ihr Vorschlag?)

– Ich sage Ihnen nur, welches die Schwächen Ihres Entwurfs sind. – Schauen wir einmal auf die Vertreter der Kommunen. Das ist immer sehr verfänglich. Wir haben da dann einen Oberbürgermeister oder einen Landrat. Wir haben dann den Vorsitzenden eines Städtebundes oder wen auch immer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Stelle ist es wichtig, dass alle diese Positionen parteipolitisch gebunden sind. Das kann dann ein toller Normenkontrollrat werden.

(Beifall AfD)

Der Normenkontrollrat soll eine Geschäftsstelle bekommen, die mit Bediensteten der Landesverwaltung besetzt werden soll. So viel will ich nur zu dem Stichwort sagen, es gebe keinen zusätzlichen Personalaufwand. Wir wissen doch alle, wie das in der Realität läuft. Natürlich würde es in der Praxis zu einem Personalzuwachs kommen. Das ist völlig klar. Keiner sagt doch: Ich habe Kapazitäten frei und mache das einfach on top. – Herr Naas, das wissen Sie genauso gut wie wir alle, die mit der Verwaltung arbeiten.

Das muss man auch schon sagen: Die Prüfungsergebnisse, die erarbeitet werden sollen, hätten sicherlich auch einen Bezug zur Landesregierung. Es ist durchaus zu befürchten, dass die Landesregierung durch die Besetzung dieser Stellen einen gewissen Einfluss nehmen könnte. Ich bin jetzt einmal realistisch. Sie würde wahrscheinlich Einfluss nehmen.

Der Normenkontrollrat hätte darüber hinaus nur ein Prüfrecht, aber keine Prüfpflicht.

(Beifall AfD)

Eine weitere Schwäche Ihres Entwurfs ist, dass Mitglieder des Normenkontrollrates kein Sondervotum in Prüffällen abgeben dürfen, falls sich das Gremium nicht auf einen Mehrheitsbeschluss einigt. Aber gerade das ist doch für Parlament und Bürger draußen interessant, liebe Kollegen:

(Andreas Lichert (AfD): Sehr richtig!)

Welche Argumente stehen sich denn gegenüber? Das wollen wir doch wissen.

(Beifall AfD)

Des Weiteren soll der Normenkontrollrat ausgerechnet für einen Bereich – jetzt wird es witzig – nicht zuständig sein und nicht einmal berechtigt sein, Regelungsvorhaben zu prüfen, soweit nämlich verbindliches Recht der EU umgesetzt wird.

(Heiterkeit AfD)

Dabei verursacht genau dieser Bereich die meisten Probleme.

(Beifall AfD)

In Anbetracht der Tatsache, dass die Europawahl vor uns steht, würde ich dazu noch etwas sagen, aber ich muss auf die Uhr achten.

(Zuruf CDU: Das ist auch eine Art von Normenkontrolle!)

Zu allem Überfluss sollen die Stellungnahmen des Kontrollrates nicht öffentlich sein. Dann bringen sie gar nichts; denn der Druck der Öffentlichkeit ist es, der manches Mal manchen politischen Unfug gerade noch verhindert.

(Beifall AfD)

Der Kollege Frömmrich hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es einen Normenkontrollrat auf Bundesebene gibt; das wissen Sie auch, liebe Freidemokraten. Er wurde 2006 eingeführt; wir hörten es. Ich muss allerdings sagen: Kollege Frömmrich, die Erfolge, die Sie angepriesen haben, sehe ich nicht ganz. Denn wie konnte es trotz dieses Kontrollrates Gesetze wie das unsägliche Heizungsgesetz und die kommunale Wärmewende geben,

(Beifall AfD)

obwohl für jedermann ganz offensichtlich ist, dass der Erfüllungsaufwand für diese Gesetze jedes leistbare Maß übersteigt und Immobilienbesitzer, Kommunen, Verwaltung und die Wirtschaft vor unlösbare Probleme stellt?

(Andreas Lichert (AfD): So ist es!)

Das erleben wir tagtäglich.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen. Das Kernelement Ihres Anliegens muss doch eine für das Parlament und die Öffentlichkeit einsehbare obligatorische Darstellung des Erfüllungsaufwandes neuer Gesetze und Vorgaben sein. Das wollen wir doch, mit einem Wort: verpflichtende Transparenz. Nur dann ergibt ein Entbürokratisierungsgesetz auch Sinn. Es geht nicht nur um den Erfüllungsaufwand für die Verwaltung, sondern vor allem auch für die Bürger. Der Kollege Frömmrich hat eben angesprochen, wie kleine und mittelständische Unternehmen unter der Bürokratie leiden.

Schließlich fehlt es daran, dass jedem Regelungsvorhaben der Regierung automatisch und verpflichtend eine entsprechende Analyse der Normenprüfstelle der Staatskanzlei beiliegt, wenn es von der Regierung in den parlamentarischen Geschäftsgang gegeben wird. Diese Analysen sollten in der Parlamentsdatenbank öffentlich einsehbar sein. Dazu brauchen wir einen solchen Gesetzentwurf nicht. Wir brauchen keinen Blockbuster. Etwas anderes würde reichen: Wenn es der FDP – sie ist immerhin in der Bundesregierung – und auch der Landesregierung mit ihrem Vorhaben des Bürokratieabbaus wirklich ernst wäre, müssten sie einfach auf die Landwirte, auf die mittelständischen Unternehmer, auf die Handwerker und die Freiberufler hören; denn sie wissen ganz genau, wovon sie reden.

(Beifall AfD)

Schaffen Sie mit diesem Gesetz keine neue Bürokratie; hören Sie den Menschen zu. Wir jedenfalls lehnen den Entwurf in dieser Fassung ab. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Das war die erste Rede des Abgeordneten Schenk. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall AfD und vereinzelt SPD)

Möglicherweise haben Sie gleich die Chance auf eine zweite Rede; denn der Abgeordnete Frömmrich hat sich zu

einer Kurzintervention gemeldet. Sie haben zwei Minuten, Herr Abgeordneter Frömmrich. Bitte.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Manchmal verhindert vertiefte Sachkenntnis die muntere Debatte. Deswegen möchte ich die eine oder andere Sache klarstellen, die der Kollege in den Raum geworfen hat.

Ich glaube, Sie haben sich nicht mit dem Thema beschäftigt; denn, wenn Sie über den Kontrollrat des Bundes reden, sage ich Ihnen, dass man das nachlesen kann. Man muss nur auf die Internetseite des Justizministeriums gehen. Dort findet man einen Link. Da ist aufgeführt, was der Kontrollrat macht. Dort finden sich auch die Berechnungen dessen, was mit den Bürokratieabbaugesetzen erreicht worden ist.

Was macht ein Kontrollrat nicht? Ich weiß nicht, was Sie sich vorstellen, aber er macht keine Politik. Er überprüft Gesetze, die Politikerinnen und Politiker in einem Parlament diskutieren oder Landesregierungen vorlegen. Wenn Sie dort nachgelesen hätten, würden Sie den Satz finden – Zitat –:

„Im Fokus seiner Prüfung steht nie das politische Ziel eines Gesetzes, sondern immer die Frage, ob zur Zielerreichung möglichst bürokratie- und aufwandsarme Wege gewählt wurden.“

Nur das kann auch die Aufgabe eines solchen Rates sein, weil er nicht Gesetzgeber ist. Die Auffassung der Demokraten in diesem Haus lautet, dass Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse von denen gefasst werden, die demokratisch legitimiert sind, also nicht von Leuten, die von der Landesregierung berufen werden, sondern von Leuten, die gewählt worden sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Sie haben ein Bild nach dem Motto gemalt, da würden Jobs und Stellen für Leute geschaffen, die diesem ehrenamtlichen Beirat zuarbeiten, und, wie man das so kennt, würde hier und da eine Stelle geschaffen. Ich finde, was Sie hier vortragen, ist wirklich Pharisäertum.

(Zuruf AfD: Damit kennt sich Herr Frömmrich ja aus!)

Ich will daran erinnern, wie es war: In der Enquetekommission „Mobilität“ im Hessischen Landtag wurden Sachverständige berufen; die Kollegen erinnern sich noch. Die AfD-Fraktion schlägt jemanden vor; raten Sie mal, wen.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Sehr guter Punkt!)

Den Kollegen Patrick Schenk als Sachverständigen, der dann auch noch Geld vom Hessischen Landtag dafür bekommt, dass er von seiner AfD vorgeschlagen wird.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Widerspruch AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Abgeordneter Frömmrich, Sie müssen zum Schluss kommen.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Herr Kollege Schenk, sich hierhin zu stellen und anderen vorzuwerfen, Sie würden irgendwelche Jobs schaffen, und sich selbst in einer solchen Art das Geld in die Tasche zu stecken – von der eigenen Fraktion –, das ist schon Pharisäertum; das kann man nicht anders nennen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Zur Reaktion hat sich Herr Abgeordneter Schenk gemeldet. Sie haben auch zwei Minuten.

Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD):

Lieber Kollege Frömmrich, ich habe nicht gedacht, dass ich Sie mit den zwei Erwähnungen so triggere.

(Beifall AfD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, überhaupt nicht!)

Erst einmal vielen Dank, dass Sie sich an mich aus der Enquetekommission erinnert haben.

(Zuruf AfD: Großartiger Vortrag! – Gegenruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war die Kollegin Walther!)

Dafür gab es nicht einen Cent, ganz im Gegenteil. Das war ein rein ehrenamtlicher Vortrag, und zwar aus der Praxis

(Beifall AfD)

23-jähriger Kommunal- und Verkehrspolitik auf unterster Ebene, Herr Kollege Frömmrich.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sachverständiger waren Sie!)

Bei zwei Sachen konnten Sie mich nicht überzeugen:

Erstens steht die Frage der Transparenz nicht im Gesetzentwurf der AfD drin.

(Zurufe AfD: FDP!)

– Entschuldigung, nicht im Gesetzentwurf der FDP.

Zweiter Punkt. Kollege Frömmrich, da muss ich Ihnen etwas ganz ehrlich sagen. Die Erfahrung lehrt – das wissen Sie auch –, dass niemand, der heute in der Arbeitswelt steht, freiwillig – schon gar nicht im öffentlichen Dienst – sagt: Ich habe noch Kapazitäten frei, gebt mir noch etwas für die gleiche Eingruppierung drauf; ich schaffe das Doppelte. – Seien wir doch bitte so ehrlich und nehmen zur Kenntnis: Es gibt eine solche Einrichtung nicht umsonst und nicht ohne zusätzliche Stellen. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Grüger von der Fraktion der SPD gemeldet.

Stephan Grüger (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fand es sehr interessant, dass der Gesetzentwurf mit Worten von Max Weber eingebracht wurde und mit durchaus kritischen Worten gegenüber der Bürokratie. Lieber Stefan Naas, ich kann nur empfehlen, sich das Hauptwerk von Max Weber „Wirtschaft und Gesellschaft“ anzutun,

(Lisa Gnadl (SPD): Genau! – Zurufe AfD)

wo er lang und breit ausführt, dass Bürokratie eine fortschrittliche Form der Herrschaftsausübung sei – und die einzige, die Willkür verhindere.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Wörtlich hat er geschrieben: „Man hat nur die Wahl zwischen ‚Bürokratisierung‘ und ‚Dilettantisierung‘“. Ehrlich gesagt – das kann ich nur unterstreichen –: Dann wählen wir doch die Bürokratisierung, die uns vor Willkür schützt.

Ich weiß, dass hier der Begriff Bürokratie von einigen Leuten unterschiedlich angewandt wird. Deswegen ist vielleicht wichtig, wirklich noch einmal darauf hinzuweisen: Bürokratie im Sinne einer regelbasierten Verwaltung ist nichts Negatives. Unser Staat funktioniert nur mit einer regelbasierten Verwaltung. Die Regeln werden wahlweise, wenn es um Gesetze geht, von uns Abgeordneten gemacht,

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das ist ja alles gut!)

und sie werden auch von der Regierung gemacht. Wir gemeinsam kontrollieren die Verwaltung, insbesondere die Regierung.

(Beifall SPD und CDU – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das ist alles kein Problem, Kollege! Ist ja alles gut!)

Da ist jetzt die große Frage: Ist die Einrichtung eines Normenkontrollrats in einer – ich sage einmal – willkürlich von der FDP gewählten Zusammensetzung wirklich das Allheilmittel, um das Thema Bürokratisierung in den Griff zu bekommen?

(Oliver Stirböck (Freie Demokraten): Ein Mittel! Ein Mittel! – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

– Stefan, lass mich doch einfach im Zusammenhang vortragen. Ich kann dir sagen: Das hat für dich auch einen durchaus positiven Ausgang.

(Beifall Ingo Schon (CDU) und Lisa Gnadl (SPD))

Ich greife dem jetzt einmal vor. Wir haben schon einmal – da war es die geschätzte Kollegin Barth an dieser Stelle – unsere Sympathie für so etwas zum Ausdruck gebracht. Die hat sich nicht geändert. In der Form, wie es uns jetzt von der FDP vorgelegt wurde, können wir dem aber nicht zustimmen. Es ist aber wichtig für uns, dass wir zunächst einmal festhalten: Bürokratieabbau bedeutet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten,

(René Rock (Freie Demokraten): Ein neues Ministerium!)

das Übermaß an Demokratie abzubauen. Da, wo es –

(Zuruf: Bürokratie!)

– Was?

(Zuruf: Du hast Demokratie gesagt! – René Rock (Freie Demokraten): Demokratie haben wir auch!)

– Was habe ich gesagt?

(Zuruf: Demokratieabbau!)

– Ach, herrjemine.

(Robert Lambrou (AfD): Wenn das uns passiert wäre!)

Das Übermaß an Bürokratie abzubauen, darum geht es.

(Beifall SPD und Ingo Schon (CDU) – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU) lässt lautstark etwas auf den Boden fallen.)

– Auch eine interessante Form der Beifallsbekundung.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Rede für die Tonne!)

Ich weiß, es ist spät. Ich versuche auch, mich kurzzufassen. Also, wie gesagt, der entscheidende Punkt ist: Das, was wir hier als Gesetzentwurf vorliegen haben, entspricht nicht unseren Vorstellungen, wie wir diesem Thema angemessen begegnen können. Wir freuen uns aber darüber, dass die Debatte damit angestoßen wurde. Insofern vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Gern geschehen!)

Wir sind bereit, diese Debatte offensiv zu führen, aber wir sind auch der Meinung, dass wir da auch über andere Instrumente reden müssen; denn vieles, was wir an Übermaß an Bürokratie sehen und uns auch vorgetragen wird, wird mit diesem Normenkontrollrat auf gar keinen Fall richtig angesprochen. Deswegen sind wir dafür, diese Debatte breiter zu führen. Wir freuen uns auf die Debatte im Ausschuss. Wir freuen uns auch auf die Anhörung, sind gespannt, was die Betroffenen dazu sagen, und werden uns dann entsprechend dazu verhalten. – Vielen Dank und Glück auf.

(Beifall SPD und CDU)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Das war besonders vorbildlich hinsichtlich der Redezeit. – Als Nächste hat die Regierung das Wort. Herr Minister Pentz, bitte.

Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal bei den Fraktionen bedanken, die ihre Beiträge mit eingebracht haben und damit die Bedeutung der Entbürokratisierung hier in den Raum gebracht haben. Letztendlich, lieber Kollege Naas, möchte ich mich auch ausdrücklich bei der FDP bedanken,

(Wiebke Knell (Freie Demokraten): Gern geschehen!)

dass sie ihre Vorstellungen quasi schon in einen Gesetzentwurf gegossen hat. Sie, lieber Kollege Naas, haben die Dinge – teilweise blumig, teilweise mit netten Beispielen, die wir alle aus der „heute-show“ und anderen Formaten

kennen – und auch teilweise Ansätze beschrieben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, lassen Sie uns das deswegen als gemeinsame Chance sehen, das Thema Entbürokratisierung jetzt als wirklich wichtiges Thema anzusehen.

Diese Hessische Landesregierung, diese christlich-soziale Koalition hat dieses Thema zum allerersten Mal in den Ring geworfen und deutschlandweit als Allererste ein Ministerium dafür geschaffen und die Entbürokratisierung damit sozusagen mit Kabinettsrang dargestellt. Wir waren vor fünf Jahren die Ersten mit einer Digitalministerin, Frau Kollegin Sinemus. Wir sind heute gemeinsam als Koalition zwischen CDU und SPD deutschlandweit die Ersten, die dieses Thema, wie ich finde, in den Fokus rücken. Vielen Dank, dass Sie diesbezüglich mithelfen.

(Beifall CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie tatsächlich einladen – ich meine das sehr ernst –, dieses Thema regelmäßig mit mir gemeinsam, mit uns gemeinsam hier und in den Ausschüssen zu beraten. Lassen Sie uns gemeinsam über den Weg streiten, lassen Sie uns gemeinsame Vorschläge machen und erarbeiten. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass dieses Thema weiterhin auf der politischen Agenda ganz oben bleibt.

Ja, Bürokratieabbau wird kein leichtes Unterfangen. Über Jahrzehnte haben wir gemeinsam – Gesellschaft und Politik – immer neue Regeln geschaffen. Immer mit guten Begründungen haben wir versucht, immer weiter und immer tiefer in die Gesellschaft einzudringen, und haben Sachverhalte geregelt, die vielleicht aus heutiger Sicht keiner Regelung bedurften. Meine sehr geehrten Damen und Herren, um es klarzustellen: Bürokratie ist für mich nichts Schlechtes, nicht per se; denn das Gegenteil von Bürokratie ist Anarchie. Das Gegenteil von Bürokratie ist Willkür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns das Ranking der verschiedenen Staaten dieser Welt anschauen, dann sieht man ganz klar: Dort, wo es kein klares Rechtssystem gibt, wo es keine geordnete Bürokratie in normalem Ausmaß – darüber müssen wir reden – gibt, dort gibt es Korruption. Deswegen möchte ich noch einmal klarstellen: Für mich ist Bürokratie per se nichts Schlechtes. Viele Regeln sorgen für Verlässlichkeit und sind deshalb ein wichtiges Mittel gegen die eben benannte Korruption.

Meine Damen und Herren, es gehört aber zur Wahrheit: Wir haben in den letzten Jahren einen Berg an Regeln aufgebaut und vor uns hergeschoben – einen Berg mit neuen Regeln, mit neuen Gesetzen, mit jeder Menge Verordnungen. Stück für Stück ist dieser Berg größer geworden. Jetzt stehen wir vor diesem Berg und spüren, dass selbst der größte Bagger es nicht vermag, diesen Berg auf einmal wegzuschieben. Bürokratie ist aus meiner Sicht deshalb genau so abzubauen, wie wir sie aufgebaut haben, nämlich Stück für Stück und jeweils mit einer guten Begründung.

Im vorliegenden Gesetzentwurf schlägt die FDP-Fraktion vor, einen Normenkontrollrat zu gründen. Dieser soll sich im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens einbringen und bestehende Regeln überprüfen. Der Gedanke, externen Sachverständigen, gerade aus der Wirtschaft, im Gesetzgebungsverfahren einzubinden, ist sicher nicht verkehrt. Im Gegenteil: Mir ist das auch ein zentrales Anliegen.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das klingt nach Zustimmung!)

Der Weg, gesetzlich eine neue Institution zu schaffen, ist aber meines Erachtens nicht wirklich zielführend.

Nach dem vorliegenden Entwurf sollen Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft die Aufgaben des Normenkontrollrats ehrenamtlich wahrnehmen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie soll das eigentlich aussehen? Sollen ehrenamtliche Mitglieder sämtliche neuen Gesetzgebungsverfahren im Blick behalten und gleichzeitig die bestehenden Strukturen durchleuchten? Wie darf man sich das vorstellen, wenn ein Vertreter des Handwerks sozusagen nach seinem Arbeitstag in einem Gremium von sieben Mitgliedern ehrenamtlich dem Normenkontrollrat angehören soll?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich halte das für schwierig. Wenn ich mir die zurückhaltende Bemerkung erlauben darf – mein Vorredner und der Kollege von den GRÜNEN haben es auch angesprochen –: Bereits seit dem Jahr 2006 gibt es einen Nationalen Normenkontrollrat, eingesetzt von der Großen Koalition und ausgestattet mit großen Erwartungen – der Wahrheit die Ehre – und auch mit großen Würfen, die aber, wie ich finde und wie wir heute erleben, draußen nicht die nötige Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern geschaffen haben, weil sie nicht konkret genug sind.

Deswegen werbe ich dafür: Lassen Sie es uns so machen, wie ich es vorgeschlagen habe. Lassen Sie uns die Dinge anschauen. Lassen Sie uns die Bürokratiethemen durchleuchten, analysieren und kategorisieren. Lassen Sie uns auch darüber reden, was eigentlich qua Definition Bürokratie ist.

Seitdem ich Minister für Entbürokratisierung in diesem Land bin, schreiben mir ganz viele Menschen ganz viele E-Mails und ganz viele Briefe. Die allermeisten Menschen schreiben mir von ihren Begegnungen in Verwaltungen, in Behörden und davon, dass sie das Gefühl haben, sie müssten wie ein Bittsteller für einzelne Dinge auftreten. Das ist qua Definition zunächst einmal keine Bürokratie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden uns mit den Kommunen, den Landkreisen und den Regierungspräsidien zusammensetzen. Wir wollen doch, dass die Akzeptanz von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ihren staatlichen Institutionen wächst. Wenn sie nicht wächst, wenn diese nicht sozusagen wieder zusammenkommen, dann stärkt das nur die radikalen Kräfte in unserem Land, und daran haben wir alle kein Interesse.

(Beifall CDU und SPD)

Wir wollen beim Thema Bürokratieabbau Aufbruchstimmung erzeugen.

Ich habe in meinen ersten Tagen schon einiges erlebt. Deshalb will ich Ihnen drei Beispiele nennen. Wir haben Verhandlungen mit der GEMA aufgenommen mit dem Ziel, hessische Vereine nicht nur finanziell zu entlasten, sondern sie auch von bürokratischen Hemmnissen zu entlasten. Ich finde, das ist nicht nur ein hehres Ziel. Diese ehrenamtlichen Damen und Herren, die sich draußen tagtäglich für uns alle, für unsere Gesellschaft engagieren, die der Kitt unserer Gesellschaft sind, müssen wir entlasten. Deswegen ist es richtig, dass wir hier vorangehen.

Wir werden in der Verwaltung – das möchte ich gemeinsam mit der Digitalisierungsministerin machen – unnötige Schriftformerfordernisse und Vorgaben identifizieren und

womöglich abschaffen. Wir haben die Kommunen bei dieser Frage auf unserer Seite.

Lassen Sie mich ein drittes Beispiel nennen. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht mit dem Ziel, kleine Maschinen wie Sitzrasenmäher und Gabelstapler mit einer Versicherungspflicht zu belegen. Wir haben es mit einer von uns erarbeiteten Initiative im Bundesrat geschafft, diese Versicherungspflicht für kleine Aufsitzrasenmäher und Gabelstapler zu verhindern.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das spricht doch für den Gesetzentwurf! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür haben wir jetzt ein eigenes Ministerium! – Weitere Zurufe)

Sie mögen lachen. Ich will Ihnen aber sagen:

(Zuruf)

– Deswegen spreche ich es an. – Meine sehr geehrten Damen und Herren und lieber Kollege Wagner von den GRÜNEN, wenn dieses Gesetz so gekommen wäre, wie es die Ampelregierung gefordert hat, dann hätten alle Versicherungsunternehmen in Deutschland für diese vielen kleinen Fahrzeuge ein Versicherungsrisikobecken aufmachen müssen. Dann hätten sich alle Menschen ein Versicherungskennzeichen besorgen müssen. Dann hätten alle Institutionen nur mehr Arbeit gehabt mit einem Bürokratienstrom.

Meine Damen und Herren, deswegen bitte ich darum, diese Themen nicht ins Lächerliche zu ziehen. Vielmehr sollten Sie mir Ihre Themen geben.

(Beifall CDU und SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam jeden einzelnen Punkt abarbeiten, den wir identifizieren. Lassen Sie uns dort den Finger in die Wunde legen, wo wir es in Europa, im Bund und im Land selbstkritisch tun müssen.

Deswegen freue ich mich auf die Debatte im Ausschuss. Ich bedanke mich für die wunderbare Gelegenheit, das Thema noch einmal auszubreiten, und wünsche Ihnen jetzt einen wunderschönen Abend.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Den Fraktionen wäre noch Redezeit zugewachsen. Da mir aber keine weitere Wortmeldung vorliegt,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir müssen alle noch Sitzrasenmäher fahren! – Weitere Zurufe)

darf ich damit feststellen, dass der Gesetzentwurf eingebracht und die erste Lesung abgehalten worden ist.

Dieser Gesetzentwurf wird federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Außerdem darf ich Sie alle noch darauf hinweisen, dass heute Abend ab 20 Uhr der parlamentarische Abend der Deutschen Automatenwirtschaft im Restaurant Lumen stattfindet. Ansonsten wünsche ich Ihnen allen noch einen schönen Abend. Bis morgen früh.

(Schluss: 19:15 Uhr)

Anlage (Fragestunde – Drucks. 21/360)**Frage 63 – Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

Welche vom Land durch Kabinettsbeschluss zu besetzenden Aufsichtsräte sind über 100 Tage nach Amtsantritt der neuen Landesregierung noch nicht benannt?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Minister der Finanzen:

Alle kraft Amtsklausel zu besetzenden Mandate in den Überwachungsgremien stehen fest. Alle weiteren Mandate befinden sich im Abstimmungsprozess und werden sukzessive beschlossen. Es ist das Anliegen der Landesregierung, in jedem Einzelfall in Abstimmung miteinander die bestmögliche Lösung zu finden.

Frage 65 – Julia Herz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie die Auswahl der hessischen Startchancen-Schulen bekannt geben?

Antwort Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Gemäß der Bund-Länder-Vereinbarung zur Umsetzung des Startchancen-Programms wird Hessen die teilnehmenden Schulen, die im ersten Programmjahr gefördert werden, bis zum 1. Juni 2024 benennen.

Die Schulen, die ab dem Schuljahr 2025/2026 und nachfolgend in das Programm aufgenommen werden, werden zu einem späteren Zeitpunkt benannt.

(zurück zum Text auf [Seite 421](#))